

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragene in der Post-Beilage-Preisliste für 1899 unter Nr. 7890. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Infections-Gebühr
 beträgt für die festgesetzte Personengebiet oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Versammlungen und Versammlungs-Angehörigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Infrate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. **Wittwoch, den 17. Mai 1899.** Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Spizel und Geistesranke.

Wir haben nunmehr aus Rom nähere Mitteilungen erhalten über den Prozess vor dem Schwurgerichtshof von Ancona gegen Mario Vazzani wegen schwerer Verleumdung, der, wie bereits mitgeteilt, zu 7 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Es dürfte ein interessanter Beitrag zu dieser Attentatsgeschichte sein, wenn wir die Verichte des deutschen Konsuls, die am 11. März d. J. durch den Direktor im Auswärtigen Amt, Hellwig, dem Reichstage unterbreitet wurden, zum Vergleich mit dem Bericht über die Gerichtsverhandlung in Ancona in die Erinnerung zurückrufen.

Bundesrats-Bevollmächtigter Direktor Hellwig im Reichstag:

Die Vorgänge, die sich im vergangenen Herbst in Alexandrien ereignet haben, werden Ihnen aus der Zeitung bekannt sein. Zur Klarstellung der Sache will ich hier nur drei Verichte des Konsuls aus Alexandrien vortragen. Am 17. September berichtet er, habe er vom italienischen Konsul erfahren, durch einen Zufall seien bei einem italienischen bekannten Anarchisten, der einen Straßenbahn-Unfall erlitten habe, Papiere gefunden worden, aus denen hervorgeht, daß 28 namhafte, bekannte, italienische Anarchisten sich nach Kairo, Port Said und Alexandrien begeben hätten; andere seien nach Palästina abgereist. (Hört! hört! rechts. Lachen links.) Ferner sei in einer anarchischen Versammlung beschlossen worden, den durch das Bombenattentat von Barcelona bekannten Anarchisten Vassio nach Alexandrien kommen zu lassen, vermußlich in der Absicht, ihn dort ein Attentat ausführen zu lassen.

Ein zweiter Bericht vom 15. Oktober besagt, daß der deutsche Konsul von dem Chef der hiesigen Geheimpolizei erfahren habe, daß man einer größeren anarchischen Unternehmung auf der Spur sei. Wenn der deutsche Kaiser nach Alexandrien kommt, sollten auf dem Mehemet Ali-Platz Bomben nach ihm geschleudert werden. Die Bomben seien hier angefertigt worden. Nach Abänderung des Reiseplans des deutschen Kaisers seien die Bomben in der Werkstatt des Hugo Parini niedergelegt worden. Wahrscheinlich sollten sie nach Palästina gebracht werden. Auch seien bereits zwei Anarchisten nach Port Said abgegangen und dort verhaftet worden. Die Bomben seien in eine Kiste verpackt gewesen. Als gestern der italienische Konsul mit zwei Koffern und anderen Polizisten in das Magazin des Parini eingetreten sei, hätte er die Kiste alsbald erblüht. (Heiterkeit links.) Parini aber hätte auf das entschiedenste geantwortet, den Inhalt zu kennen, er hätte behauptet, ein Unbekannter hätte sie hingestellt. Er hätte dann einen Hammer ergriffen, um die Kiste zu öffnen, sicherlich aber in der Absicht, sich und seine Umgebung in die Luft zu sprengen. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Nachdem Parini darzu verhindert und verhaftet wurde, hätte er unter beständigen Drohungen erklärt, Anarchist zu sein. Außer ihm seien noch acht weitere Anarchisten verhaftet, hätten aber sämtlich jede verbrecherische Absicht geäußert. In der Kiste waren zwei Bomben enthalten, die sowohl durch eine Zündschnur wie durch Aufwerfen auf den Boden zur Explosion gebracht werden konnten. Jede Bombe wog 2 kilo 130 Gramm und war mit etwa 20 Rebolverpatronen groben Kalibers geladen.

Der dritte Bericht ist vom 24. Oktober datiert und sagt, daß der bereits mehrfach erwähnte Anarchist Vassio auf dem Dampfer Malta eingetroffen und verhaftet sei. Außer einem richtigen, hätte er noch einen zweiten Paß auf den Namen Campanelli bei sich geführt und auch seine Koffer so gezeichnet. Bei ihm verstaft sei ein Verzeichnis der Personen gefunden worden, die zu seinen Reisekosten mit beigetragen hätten und das seien dieselben, die in Alexandrien verhaftet worden seien. Es wäre keinem Zweifel unterliegen, daß ein Attentat geplant gewesen sei. Ein Sachverständiger habe die Gefährlichkeit der Bomben untersucht und festgestellt, daß, wenn die Explosion in der Luft erfolgt wäre, die Patronen nach unten gewirkt, und beim Auffalgen der Bombe die Sprengteile der Wände des Ritzes verdrängt hätten.

Bericht der Schwurgerichts-Verhandlung in Ancona:

Mario Vazzani steht unter der Anklage der schweren Verleumdung, weil er im Oktober 1898 in Alexandrien in Ägypten einen gewissen Ugo Parini und andere Verführung gegen das Leben des Kaisers von Deutschland beschuldigt und angebliche Beweise der Verführung erbracht hatte, indem er in den Laden des Parini ein Kistchen mit zwei Dynamitbomben hineinschmuggelte. Der Verhandlung wohnte auch der deutsche Konsul, Herr von Bremen, bei. Von den von der Staatsanwaltschaft geladenen Zeugen, die sämtlich in Ägypten wohnen, war keiner erschienen. Vazzani ist ein kleiner, fetter Mann von etwa 40 Jahren; er hat eine sehr bewegte Vergangenheit hinter sich und war als Polizeispizel berüchtigt. Die Beweisaufnahme beschränkte sich im wesentlichen auf die Verlesung der Aussagen der nicht erschienenen Zeugen.

Der englische Vergbau-Ingenieur Lynn war einer der drei Sachverständigen, die den Inhalt der Bomben untersuchen sollten. Um festzustellen, wie die Bomben gewirkt hätten, wenn sie angezündet worden wären, beschloß man, zwei kleinere Bomben zu konstruieren. Lynn verschaffte sich zwei kleine eiserne Halbkgeln und wollte sie von dem arabischen Zingieher Nachum zusammenlöten lassen. Da dieser keine Zeit hatte, schickte er seinen 15-jährigen Lehrling, der die Arbeit mit Leichtigkeit machte. Als Lynn sich über die Geschicklichkeit des Zingieher wunderte, erzählte der letztere, daß er vor einiger Zeit im Laden seines Meisters eine ganz ähnliche Arbeit gethan und zwei weit größere Halbkgeln zusammengeklüftet habe; die Angeln seien für einen Europäer bestimmt gewesen, der sich für einen Beamten der Elektrizitätsgesellschaft ausgegeben habe. Da der Lehrling auch die Wohnung des Europäers genau angab, konnte bald ermittelt werden, daß Vazzani der Besteller der Arbeit war.

In mancher Hinsicht interessant ist die Aussage des Chefs der Geheimpolizei von Alexandrien, Major Emil Treves. Treves ist österreichischer Unterthan. Er machte dem italienischen Konsul Vassio nach den von Vazzani erhaltenen Informationen von der Verführung gegen den deutschen Kaiser Mitteilung. Als Vassio ihn darauf aufmerksam machte, daß Vazzani ein schlecht ange-

schriebenes Individuum sei, das viel auf dem Kerbholz habe und auch schon in Betrugsprozesse verwickelt gewesen sei, antwortete Treves: „Ich kenne Vazzanis Vergangenheit, aber schließlich haben doch wohl alle Individuen, die der Polizei geheime Informationen liefern, ein arriehiges Vorleben.“

Die von Vazzani denunzierten „Anarchisten“ weisen die Angaben des Spizels mit Entrüstung zurück. Ein gewisser Francki, von welchem Vazzani genaues über die Bombenverführung erfahren haben will, schwört, daß er Vazzani überhaupt nicht kenne, daß er niemals der anarchischen Partei angehört und daß er erst aus den Zeitungen erfahren habe, was im Werke war. Der Tagelöhner Polli, den Vazzani als seinen Vertrauensmann bezeichnete und der jetzt als Nebenkläger auftritt, hat Vazzani kennen gelernt, als dieser sich auf ein socialistisches Blatt abonnieren wollte, das er, Polli, verkaufte. Er habe dann mit Vazzani eine Vergnügungstour nach Kairo gemacht — Vazzani trug sämtliche Kosten —, aber von Politik oder gar von Bomben sei zwischen ihnen nie die Rede gewesen. Einen Tag nach der Entdeckung der Bomben sei Vazzani zu ihm gekommen und habe ihm geraten, alles zu vernichten, was ihn, Polli, kompromittieren könnte. Er habe jedoch ruhig erwidert, daß er nichts zu fürchten und nichts zu vernichten habe. Ein gewisser Tesi, den Vazzani als den Verfertiger der Bomben angab, erklärte kurz und bündig: „Ich habe von der ganzen Sache keine Ahnung. Den Vazzani kenne ich gar nicht, und wenn er mich beschuldigt, ist er ein Lump.“

Parini, in dessen Laden die Bomben gefunden wurden und der gleichfalls als Nebenkläger auftritt, erzählt, daß ihm eines Tages ein Araber die Kiste zum Aufbewahren gegeben habe; er habe natürlich nicht gewußt, was sie enthielt (angeblich sollte sie Cognac enthalten), und als die Polizei bei ihm erschienen sei, wollte er, nicht ahnend, die Kiste mit einem Hammer aufbrechen.

Trotz dieser niederschmetternden Aussagen blieb Vazzani frech bei seiner Behauptung, daß von den italienischen Anarchisten tatsächlich ein Attentat gegen den Kaiser Wilhelm geplant war. Er habe eines Tages mit dem Tagelöhner Polli Bekanntschaft gemacht und einige Tage später von ihm erfahren, daß er gern nach Italien zurückkehren würde, wenn er das Meißelgeld befäße; er wolle den Anarchismus an den Nagel hängen und in der Heimat ein anderer Mensch werden. „Ich sagte ihm“, fuhr Vazzani fort, „daß ich ihm das Meißelgeld und noch mehr verschaffen würde, wenn er mir etwas über die Anarchisten sagte. Major Treves, der von einer Verführung der Anarchisten gehört hatte, ermächtigte mich, dem Polli 40—50 Pfd. Sterl. zu versprechen. Ich teilte das dem Polli mit und er erzählte mir nun, daß in Kairo ein Attentat gegen Wilhelm II. beschlossen worden sei. Als dann bekannt wurde, daß der Kaiser seinen Reiseplan geändert habe und nicht nach Ägypten kommen werde, wollte ich die Verbindung mit Polli abbrechen. Er riet mir jedoch, auszuhalten, da er erfahren habe, daß die Anarchisten sich nach Palästina begeben wollten. Die Bomben seien bereits zu Parini geschafft worden und sollten von dort aufs Schiff gebracht werden.“

Auf Befragen des Präsidenten mußte Vazzani schließlich zugeben, daß er selbst die Bomben angefertigt habe, um das Vertrauen der Anarchisten zu erwecken und Beweismaterial gegen sie in Händen zu haben. Er habe der Menschheit einen Dienst erweisen wollen und würde heute das, was er gethan habe, noch einmal thun.

Nach der Beweisaufnahme begann das Plaidoyer des Vertreters der Nebenkläger, Adv. Ascoli, der das Spitzelweien scharf charakterisierte und den Angeklagten als ein verlogenem, verworrenem, gefährliches Subjekt bezeichnete. Während die gemeinen Verbrecher oft unbeftraft bleiben, bemühe sich die Polizei, politische Verbrecher zu erfinden und arme, ehrliche Leute ins Unglück zu stürzen. Man habe Alarmgeschichten in die Welt hinausgeschickt, für die Entdecker der „Bombenverführung“ Oedenbefestigungen in Aussicht genommen und war auf dem besten Wege, zehn Familien vollständig zu ruinieren. Vazzani habe ganz allein die Bomben angefertigt und den nicht Witzes ahnenden Polli in eine Falle locken wollen. Auch nicht ein Atom von all dem, was er erjomen habe, sei wahr gewesen. Auf den Chef der Geheimpolizei von Alexandrien ließ der Redner manchen Seitenhieb fallen. Insetz beantragte er gegen Vazzani das Schuldig und eine strenge Verurteilung. Der Staatsanwalt schloß sich dem Advokaten der Nebenkläger in jedem Punkte an und schilderte den Angeklagten aus seinen Strafakten als einen Menschen, dem man jedes Verbrechen zutrauen könne. Auch er beantragte das Schuldig und eine strenge Verurteilung Vazzanis. Die Rede des Verteidigers des Angeklagten mußte angesichts der ganzen Schloße sehr matt ausfallen.

Den Geschworenen wurde eine einzige Frage vorgelegt. Ihre Beratung dauerte nur 10 Minuten; sie sprachen den Angeklagten schuldig unter Bewilligung mildernden Umstände.

Vazzani wurde darauf zu 7 Jahren, 6 Monaten Zuchthaus und zu den üblichen Nebenstrafen verurteilt und für 3 Jahre unter Polizeiaufsicht gestellt.

Mario Vazzani, der von der Reaktionspresse aller Länder gefeierte Entdecker des Bombenanschlags ist entlarvt worden als Anfertiger der Bomben und elender Demunziant. Aber es sind ihm vom Gericht mit d e r n d e U m s t ä n d e bewilligt worden. Und wir begreifen dieses; denn wenn der Chef der Geheimpolizei Vazzanis verbrecherische Vergangenheit sehr wohl kennt und dennoch diesem Lumpen erhebliche Geldsummen übergiebt, um anarchische Verbrechen auszuführen, so bietet dies Verfahren allerdings eine gewisse Entschuldigung für jene elende Kreatur. Denn das Verhalten des Polizeichefs läuft geradezu auf eine Anstiftung zu derartigen Verbrechen, wie Vazzani begangen, hinaus.

Und nur einem Zufall ist es zu verdanken, daß der Polizeispizel und nicht der Sachverständige Lynn auf denselben Lehrling des arabischen Zingieher, der Vazzanis Bomben hatte anfertigen helfen, gestoßen, was wäre geschehen? Die Konsulatsberichte unseres Direktors Hellwig zeigen, wie das Netz der Anklage über die angeblichen Attentäter zusammengezogen worden wäre. Als die Polizei bei Parini eintraf und dieser den Hammer ergriff, um die Kiste zu zerklagen, da geschah es „sicherlich in der Absicht, sich und seine Umgebung in

die Luft zu sprengen; wer hätte dem Parini geglaubt, daß er wirklich nur Cognac in der Spitzelkiste vermittelte, wenn nicht ein Zufall auf Vazzanis Spur geleitet hätte und wenn der Ehrenmann Vazzani Zeugnis wider ihn abgelegt hätte? Wie zahlreich mögen die Fälle sein, in denen der Polizeispizel dunkles Treiben bis zu Ende gediehen und Schuldlose oder erst von den Spizeln Angekiffte in das Zuchthaus geworfen wurden!

Dieses Geschichte des Bombenattentats von Alexandrien zeigt klaffig, wie Attentate gemacht werden.

Die deutsche Presse, die offiziöse und nichtoffiziöse, welche feinerzeit das Attentat von Alexandrien zum Anlaß wüßter Hege gegen die Socialdemokratie nahm, sie hüßte sich jetzt in tiefes Schweigen — wohl nicht das Schweigen der Scham, denn diese Empfindung ist den Umstürzern um Stumm fremd, sondern das Schweigen verblissenen Kerkers, daß eine treffliche Gelegenheit zerrinnt und daß die internationale Spitzelerei im hellsten Lichte offenbar wird.

Nach den Polizeispizeln die geistig Anormalen, welche mit jenen zusammen ungefähr die Gesamtheit der Thatpropagandisten ausmachen. Es fügt sich zum obigen Spitzeldokument, daß der bekannte Psychiater Professor Mendel in der „Freien wissenschaftlichen Vereinigung“ zu Berlin einen sehr bemerkenswerten Vortrag über das Thema „Anarchismus und Geisteskrankheit“ hielt, dessen Schlüsse vielfach mit den von unserer Seite stets über diese Frage ausgesprochenen Anschauungen übereinstimmen. Professor Mendel führte aus:

Angesichts der anarchischen Mordthaten und Bombenattentate, die meist der Ausfluß einer blinden, zwecklosen Zerstörungswut seien, läge selbst dem Laien der Gedanke nahe, daß es sich hierbei um Thaten von Wahnsinnigen handeln müsse. Unzweifelhaft gebe es unter den Anarchisten auch viele geistig gesunde, sogar begabte Menschen, das Gros dieser Gruppe, zu der übrigens nicht wenige bewußte Verbrecher gehörten, bildeten jedoch Personen mit nicht normaler Ideenrichtung. Sie untergeben sich in die Paranoiker, die sich durch ihren Größenwahn und ihre Verfolgungsideen in höherem oder niedrigerem Grade kennzeichnen, aber trotzdem Intelligenz, gutes Gedächtnis und andere Geistesgaben aufweisen, und die Geistes schwachen, von angeborenem Schwachsinn Betroffenen, die schwer begreifen könnten und wegen ihrer geistigen Minderwertigkeit von Kindheit an Zurücksetzungen erfahren müßten. In diesen Leuten bilde sich dann ein gewisses Machgefühl gegen die gesamte Menschheit aus, da sie nicht im Stande seien, die Ursache ihrer Mißerfolge im Leben in sich selbst zu suchen. Die Paranoiker seien unter den Führern der Anarchisten stark vertreten, die Geistes schwachen gäben das eigentliche Material für die Propaganda der That. Mord, Raub, Rost gehörten zur ersten Klasse, sie wiesen die charakteristischen Symptome der Selbstüberhöhung und des Verfolgungswahns auf, wie ihre Reden und Schriften deutlich bekundeten. Hölzel, Caserio, Lucheni, Leute, die es im Leben nie zu etwas gebracht, seien der zweiten Gruppe zuzuzählen. Der Einfluß des Alkoholismus, aber auch der der anarchischen Presse spielte in der Geschichte der Schreckthaten eine große Rolle. Wenn zum Beispiel die Moskische „Freiheit“ wiederholt aufforderte, „ruhig und im großen die Rasse von Ungeheuern, die das Heft in Händen haben, mit allen Mitteln der modernen Wissenschaft zu vernichten“, so müsse das auf schwaumige, sich verfolgt wähnende Menschen eine aufreizende Wirkung haben. Leider scheue man jetzt bei anarchischen Verbrechen, aus Furcht, einen Verbrecher der gerechten Strafe zu entziehen, vielfach noch, die Frage nach dem Geisteszustand des Attentäters aufzuwerfen. Freilich wäre eine derartige Untersuchung auch vom Standpunkt der Bekämpfung des Anarchismus weit praktischer. Ein Narr, der im Arrenbaue ende, fände keine Nachahmer, ein Anarchist, der am Schaffot sterbe, gelte in seinen Kreisen als Märtyrer, sein Tod glorifizierte in den Augen seiner Gesinnungsgenossen seine That und sporne sie zur Nachahmung und zur Rache für die Hinrichtung ihres Genossen an. Der Propaganda der That werde dadurch neuer Nährstoff zugeführt und der notwendige Kampf gegen den Anarchismus erschwert.

Wir brauchen nicht besonders zu betonen, daß der Kampf gegen den Anarchismus vor allem ein Kampf für die sociale und geistige Hebung des Volkes und gegen die politische und wirtschaftliche Reaktion sein muß.

Der niederösterreichische Landtags-Scandal.

—st— Wien, 14. Mai.

Im niederösterreichischen Landtag ist es vorgefallen zu einem Austritt der gesamten Opposition gekommen. Die Abwesenheit ist im österreichischen Verfassungsleben keine unbedeutende Sache; sind doch dergest nicht weniger als vier Landtags-Kampfskörperlichkeiten: Im böhmischen Landtag fehlen die Deutschen, im tirolischen die Italiener und im sibirischen und Görzer die Slowenen. Aber die Abwesenheit entspringt da überall politisch-nationalen Motiven, sie ist die letzte Waffe des Volkswalles, der in der Minorität ist und sich verweigert. Mit dieser Waffe hat der Austritt der Opposition aus dem niederösterreichischen Landtag gar nichts zu thun; hier sind es weder nationale, noch politische Gründe gewesen, die den Austritt veranlaßt haben. Besteht doch die Opposition im Landtage aus den verschiedenartigsten Parteien und Gruppen: Großgrundbesitzer, Liberalen, Socialpolitiken und Deutschnationalen aller Art. Was diese Parteien, die mit einander nicht die geringste Verbindung haben, zur Flucht aus der Landstube veranlaßt hat, ist der Uel über das schamliche Treiben, das die christlich-socialen Mehrheit für Eignung ausführt und das von einem nichtsnutigen Präsidium nicht nur toleriert, sondern sogar mit gemacht wird. Der Schrift hat mit Politik

nichts zu thun, politisch war er auch eine Dummheit, er ist einfach der Ausdruck eines geradezu physischen Widerwillens, der jeden unständigen Menschen bei diesem Gebahren erfassen muß.

Man hat im Ausland auch eine recht undeutliche Vorstellung von dem eigentlichen Wesen der Wiener christlich-socialen Partei. Verführt durch amerikanische, englische, belgische Beispiele, hält man vielleicht den Wiener „Christlichen Socialismus“ für eine wohl wählbare, aber gewiß aus sittlichen Motiven entsprungene Bewegung. Das ist nun ganz falsch; diese Christlich-Socialen haben nichts mit dem Christentum, und schon gar nichts mit dem Socialismus zu schaffen. Es ist einfach die alte schwarze Partei, modernisiert durch den Antisemitismus. Der Jude ist der Vorwand, die Hauptsache ist die Pflaster. In Wien gepflastert es, die vernünftigste Sache als eine „jüdische“ zu bezeichnen, und der Reichstagsrat für ihre Bekämpfung ist gegeben. „Jüdisch“ ist die moderne Schelte, „jüdisch“ ist die Goldwährung, „jüdisch“ ist die Divisifikation, „jüdisch“ ist die Bildung; kurz, hier braucht man keine Argumente, hier nennt man den mißliebigen Mann einen „Juden“, die unangenehme Sache „jüdisch“, und damit ist die Polemik erledigt. Nun ist es klar, wenn es in der Ordinarität keine Grenzen giebt; man schimpft zuerst „Jude“ und fährt bald mit „Sausjud“ fort. Steht also im niederösterreichischen Landtag ein gegnerischer Abgeordneter auf und verächtet es, den Antisemiten irgendwelche unangenehme Wahrheiten zu sagen, so wird er einfach niedergeböhrt und niedergeböhmt. Es giebt wohl keine Spielkarte in Wien, wo in einer Stunde so oft „Landsjud“, „Wagage“, „Gefindel“, „Sausjud“ und andere Unsittelichkeiten gerufen werden, als in jener gefeierten Körperschaft. Und vor gar keinem Menschen macht diese Rohheit Halt. Da sitzt im Landtag der Professor Eugen v. Philippowich, der bekannte Rationalist, der nicht nur ein Mann von großer Bildung, sondern auch von ungemein verbindlichem Wesen und großem Takt ist. Gerade das aber bringt die Antisemiten in Wut. Herr v. Philippowich braucht sich nur zum Worte zu melden, und der Stempel geht los. Man hat dem großen Gelehrten ebenso gut schon „Och“ wie „Geistesproh“ zugezogen; längst hat ihn einer der Anwesenabgeordneten als „kroatische Professor“ bezeichnet, und der „Freie“, der „unverächtliche Mensch“ sind ihm gegenüber ganz landläufige Beschimpfungen. Der Rektor der Techn. der Professor R. i. d., wird gewöhnlich „der Aia mit dem Judasgeßel“ genannt, und was der Abg. R. o. l. e., einer den Antisemiten verhaftetsten Leute, schon angehört hat, das würde man selbst in einer Strizzi-Verammlung nicht vertragen. Kurz, die Sitzungen des Landtages sind der schändlichste und widerlichste Stempel, der jemals in einem Vertretungskörper getrieben wurde.

Das Aergste ist jedoch, daß die Vorsitzenden des Landtages an diesem Treiben die größte Schuld haben. Das Präsidium des Landtages wird nicht gewählt, sondern vom Kaiser ernannt. Die Ernennungen stammen nun aus der Zeit des Wadenther, und sie sind wirklich ein Erbteil jener verurteilten Zeit. Der Landmarschall ist ein zu Grunde gegangener Adliger, der das Gehalt des Landmarschalls als Verloren erachtet und naturgemäß kein anderes Bestreben hat, als bei der Majorität liebend zu bleiben. Und der Landmarschall-Stellvertreter ist der Wiener Viehhändlermeister Strobach, ein Kerl von einer Unbildung, Rohheit und Komplexion, wie sie selbst in der christlich-socialen Partei nur selten erreicht wird. Eine unerbörte Parteilichkeit dieses Präsidiums hat nun den Antritt der Opposition veranlaßt. In einer der letzten Sitzungen erhob der Abg. Roske gegen die Majorität den Vorwurf, daß sie trotz ihrer Versicherung, die Steuern nicht zu erhöhen, die „Zinssteuer“ erhöht habe.

Das war ein einfacher Lapsus, denn das Land hebt überhaupt keine „Zinssteuer“ (eine Art der Besteuerung von Gebäuden) ein; der Redner meinte die „Lulage“, die Zuschläge zu den direkten Steuern, die hauptsächlich seit der Herrschaft der Christlich-Socialen wiederholt und nomhaft erhöht worden sind. Daraufhin erhob sich der Landesausführer Steiner, ein verächtlicher antisemitischer Streber, und nannte den Abgeordneten Roske einen „Verdägen und gemeinen Lügner“ — denn von einer Unrichtigkeit oder Unwahrheit redet man in dem Anwesenlandtag natürlich nicht. Herr Roske verlangte nun vom Vorsitzenden die „Geungung“ eines Ordnungsrufs wider den Beleidiger. Und was that der Vorsitzende, eben jener Strobach? Er erklärte vom Tische des Vorsitzenden, Herr Steiner habe recht gehabt, denn der Abgeordnete Roske sei ein perfider Lügner, für ihn gelten nicht die parlamentarischen Regeln, sondern er müsse anders behandelt werden als andere Menschen! Und als die Opposition gegen diese freche Verleumdung aller parlamentarischen Anstandspflichten eine Verwahrung vorbrachte, erwiderte der Landmarschall, jener gelaupte Baron Gudenus, sein Stellvertreter hätte ganz recht gehabt und es sei nur möglich, wenn er in der Führung der Geschäfte „Energie“ betätige! Das war selbst der ermüdeten und gequälten Opposition zu viel: sie verließ den Landtag und ist nun zwei Sitzungen nicht erschienen.

Solltich hat die Sache natürlich keine Bedeutung, denn der Landtag wird ohnehin in Kürze geschlossen werden. Aber es ist doch möglich, wenn man auch im Auslande von der entsetzlichen Verwahrlosung aller unserer öffentlichen Sitten Nachricht bekommt. Der politische Kampf ist in allen Ländern mit unheimlichen Momenten durchsetzt; jeder Strom führt auch Schlammen mit sich. Aber so ausschließlich mit Mitteln der Gemeinheit, der Verleumdung, der Beschimpfung zu arbeiten, wie es die Wiener Antisemiten thun: das ist wohl noch niemals erlebt worden. Mit diesem Gestudel sich herumzuschlagen müssen, das ist wirklich eine schwere und widerliche Arbeit!

Wien, 16. Mai. Landtag. Die Großgrundbesitzer und die liberalen Socialpolitiker sind abwesend, die Deutschnationalen dagegen sind größtenteils erschienen. Abg. Kaiser erklärt namens der deutschen Volkspartei, dieselbe hätte beschlossen, an der Abstimmung nicht teilzunehmen, da die Interessen des Deutschthums im Landtage nicht gefährdet seien und spricht die Erwartung aus, daß die Rechte der Abgeordneten gewahrt und die Verhandlungen unter Vermeidung persönlicher Beleidigungen geführt werden.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 16. Mai.

Der Reichstag.

Der heute seine Beratung mit § 20a begaun, ist auch nicht über § 20a hinausgekommen. Also ein einziger Paragraph ist das Ergebnis dieser Sitzung. Allerdings ist auch die Abstimmung über § 8 vorgenommen und der mit ihm zusammenhängende § 16 erledigt worden, allein so viel steht jetzt doch fest, daß an Beendigung der zweiten Lesung eines Gesetzes, das 164 Paragraphen enthält, in den zwei Tagen, die uns vor den Pfingstferien höchstensfalls übrig sind, nicht mehr gedacht werden kann. Die §§ 8 und 16, die von der freiwilligen Versicherung der Betriebsbeamten und außerdem der Handwerkermeister, Kleingewerbetreibenden usw. handeln, sind angenommen worden, was für die Betroffenen eine Liebesgabe auf Kosten der Arbeiter bedeutet. Diese freiwillige Versicherung ist eine so vorteilhafte, daß die Versicherung, sie könne zum Gegenstand der Spekulation gemacht werden, durchaus nicht unbegründet erscheint.

Der § 20a, um den heute hauptsächlich gekämpft ward, ist in politischer Beziehung wohl der wichtigste des ganzen Gesetzes. Er betrifft die Verteilung der „Gemeinlast“ und der „Sonderlast“ des angesammelten Vermögens der Versicherungsanstalten — das heißt die Frage, wie weit die Unterstützung der Versicherungsanstalten in den agrarisch-junkerlichen Distrikten durch die Versicherungsanstalten der industriellen Kreise zu gehen hat. Die Regierungsvorlage hatte auch hier wieder den Junkern sehr fetten Liebesgaben zugezählt, wie seiner Zeit im „Vorwärts“ des näheren ausgeführt war. In der Kommission kam es, nach lebhaften Debatten, zu einem

Kompromiß, der den Junkern zwar auch noch Vorteile bietet, jedoch in geringerem Maße. Dieser Kompromiß wurde auch von dem Hause bestätigt.

Die Abstimmung über die §§ 8 und 16 gab zu einer lebhaften Geschäftsordnungs-Debatte Anlaß. Sie war nämlich auf der „Tagesordnung“ der heutigen Sitzung nicht ausdrücklich erwähnt. Es steht da einfach: „Die Beratung wird fortgesetzt mit § 20a. Und nun meinte der Abg. Richter mit Recht die Abstimmung könne unter solchen Umständen nicht vorgenommen werden, wenn ein Mitglied des Hauses widerspreche. Hornell ist das unabweisbar richtig. Vom Präsidenten und einigen Mitgliedern des Hauses ward hiergegen geltend gemacht, daß der Präsident gestern abend bei der mündlichen Angabe der Tagesordnung die Abstimmung angedeutet habe. Der Präsident appellierte schließlich an das Haus — was freilich eine Inkonsequenz war, denn gerade ob das Haus nach Mehrheitsbeschluß zu entscheiden habe oder ob der Widerspruch eines einzelnen genüge, die Abstimmung zu verhindern, war ja der in Frage stehende Punkt. Indes die Mehrheit wollte den Präsidenten nicht ins Unrecht setzen und entschied sich für die Abstimmung.

Morgen Fortsetzung — und zwar beginnt die Sitzung um 1 Uhr, nach schon um 11, wie angedroht worden war. Das Präsidium hat also die Hoffnung, die zweite Lesung vor Pfingsten durchzuführen zu können, offenbar aufgegeben.

(Zu Reichstagsbericht der Sonntagsnummer befindet sich ein leidiger Druckfehler. Statt „das Amendement (gegen das Stimm so kräftig gesprochen) ging nicht durch“ muß es heißen: „ging trotzdem durch“, was sich übrigens aus dem Zusammenhang ergibt.)

Die vaterlandlosen Konservativen

haben nunmehr die ersten acht Paragraphen der Kanalvorlage samt allen Abänderungsanträgen und damit das ganze Gesetz zu Fall gebracht. Die Ablehnung des § 1 erfolgte in der Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses mit 17 gegen 11 Stimmen. Die beiden konservativen Parteien und drei Centrumsmitglieder bildeten die Majorität. Die anderen Paragraphen wurden mit 14 gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Die Konservativen haben den Kanal abgelehnt, obwohl die militärischen Sachverständigen die Notwendigkeit des Kanals für die Vaterlandsverteidigung aufs schärfste betont haben. Bei künftigen Militär- und Marinevorlagen wird man an diese konservativen „Vaterlandlosigkeit“ denken.

Die Angelegenheit scheint einen Konflikt zwischen Regierung und Konservativen zu bedeuten, der nur durch die Unterwerfung eines der beiden Teile zu lösen ist. Aber es scheint auch nur so. Miquel hat für die zweite Lesung im Plenum eine Erklärung des Gesamtministeriums in Aussicht gestellt. Wir vermuten, daß man schließlich doch handelsins werden wird. Mit ausgiebigen „Kompensationen“ werden die Konservativen gewonnen werden. Ihre Sprödigkeit hat nur den Zweck, den Liebesold zu steigern.

Das empfindliche Herrenhaus.

Als das preussische Herrenhaus den gänzlich unparlamentarischen Entschluß faßte, dem Justizminister die Strafverfolgung von vier socialdemokratischen Blättern zu gestatten, fühlte es sich durch eine Schmeichelei und durch die Feststellung einer Thatfache gekränkt. Die Blätter hatten das Herrenhaus eine Institution genannt, von der selbst seine Mitglieder nicht wissen, wozu sie eigentlich auf der Welt ist. Man muß zugeben, daß dieses Justizministerium so hoher Einsicht von unserem Standpunkt aus ein fast ungebührlich starkes Kompliment ist. Aber die Herrenhäuser wahren sich gegen den Verdacht ernsthafter Selbstkenntnis und sie beweisen durch die That, daß sie einen Daseinszweck haben: sie erhalten der Justiz die Möglichkeit, auch einmal ein Parlament laugend zu vertreten. Wäre das Herrenhaus nicht da, so läme die Anklagebehörde niemals zu der Ehre eines parlamentarischen Mandates. Sozann aber stülten sich die Ehlen durch die Feststellung beleidigt, daß die Auffassung, gewisse Menschenlassen seien nur als Mittel für die Zwecke anderer auf der Welt, als unsittlich bezeichnet wurde. Kein Zweifel, daß die Herrenhäuser diese Auffassung haben — der Kampf gegen die Freizügigkeit wird ja nur deshalb geführt, weil die Ehlen ein unüberwindliches Recht auf billige Arbeitskräfte zu haben glauben — und es ist weiter eine wissenschaftliche Thatfache, daß diese Klassenmeinung im Sinne der klassischen deutschen Ethik als die Unsitte an sich zu betrachten, wie die Junker in ihrer Jugend an jeder Unwissenheit hätten lernen können, wenn sie hätten lernen wollen. Es verrät recht spähhaft den Grad der Bildung der Herren, daß sie diese Bedeutung einer für jeden in den Kultur-Traditionen erzogenen Menschen selbstverständlichen sittlichen Auffassung als ein Unerhörtes empfinden, als ein extremes Beispiel socialdemokratischer Frechheit. Eigentlich soll hier unter allerhöchster Genehmigung des Herrenhauses die deutsche klassische Philosophie vors Gericht geschleppt werden, indem man die Verurteilung der Junkerpolitik an ethischen Maßstab für strafällig erklärt. Wenn diese schriftstellernden Leute, die wir wahrscheinlich alle im Grunde unseres Herzens verachten — wie Freiherr v. Mantuffel verachtete — in der Sprache philosophischer Bildung ihre Urteile aussprechen, dann halten das die abnungslosen Gemüther der Herrenhäuser für eine nur mit schweren Strafen abzuwählbare Schmach.

Das aber ist eben die Schuld der „schriftstellernden Leute“. Warum sprechen sie in klassischen Traditionen, warum erinnern sie an jene stiltliche Auffassung, die einst in der Wiedergeburtzeit Preussens das Volk begeisterte? Die „schriftstellernden Leute“ hätten sich auf das Niveau der Junker bemühen sollen, sie hätten ihre Kritik in der Junkersprache äußern sollen, dann wären die Herrenhäuser entzückt gewesen, sie hätten Geist von ihrem Geist verführt. Gerade die Verhandlung über die Strafanträge giebt einen Hinweis, in welcher Weise man künftig das Herrenhaus in die Debatte ziehen muß, wenn es den Herrenhäusern gefallen soll. Wir stellen nach dem Stenogramm eine musterartige Anleihe aus den „Ansprüngen“-Stil zusammen, den wir, wenn wir künftig von jener erlauchten Körperschaft reden, unbedingt anwenden müssen, auf daß wir nicht mit der Staatsanwaltschaft in Verdrängung kommen. Auf fünf Spalten des Stenogramms finden wir die folgenden adelsgesüßelten Worte:

Ansprüngen — Frechheiten — Ingejogenheiten — gemeine Angriffe — Gemeinheiten — Verächterstatter Körper. Gemeinheiten — mit Verachtung hinweggehen (Graf von Schlieben).

Gemeinheiten — öffentlicher Skandal — Keufierungen, die jeder Cenjur spotten (Graf v. d. Schulenburg-Weckenborn).

Wahzettel, die von einem dunkeln Ehrenmann geschrieben werden — derartig gemeines Nachwort — diesen jämmerlichen Leuten gegenüber — derartigen Bissstim — derartige Gemeinheiten — derartige Schandblättern (Freih. v. Mantuffel). Schandartikel (Graf v. Zieten-Schwerin).

Wenn diese Schandblätter nicht mit ihrem Schmutz bewerkelt — das Dinmisse, was in die Welt geschickt wird — Niedertätigkeiten (Freiherr v. Maljahn).

Diese Beschimpfungen der Schmutzblätter aus Schlesien — dieser erbärmlichen kleinen Wurstblätter — dieser erbärmlichen Nachwerke (Freiherr v. Mantuffel).

Verwerfen mit Schmutz (Freiherr v. Maljahn). Man nehme also diese gebildeten Wendungen, rühre sie gut durcheinander, thue reichlich Weis hinzu, nehme einige Graf Pädlerische Dreschbilder und Stimmische Laufjungen-Phantasten

hinzu, destilliere alles sorgfältig durch die Nase und serviere es dann in einer kritischen Schüssel dem Herrenhaus — und kein Gericht der Welt wird etwas Anstößiges in solcher Sprache finden.

Willst du aber ein überiges thun, so widme dem Herrenhaus einen Teil der Wendungen, die man sonst dem Reichstag zu spenden pflegt. Rede z. B. von Feuerzungen, Mistfäfern und Nachtgeschmeiß — und das Herrenhaus wird dich preisen für den fernigen Ertrag deiner Sprache. Nur vor einem hüte dich: vor dem Sprachgebrauch der klassischen Philosophie, vor dem Denken und Sprechen im Geiste der Humanität — das läßt sich das Herrenhaus nicht gefallen, dann wird es bitterböse und beweist seinen Daseinszweck, indem es klagt.

Deutsches Reich.

Reichstags-Vertagung. In der 16. Kommission des Reichstages teilte am Dienstag Abg. v. Frege (erster Vicepräsident) mit, daß über eine Vertagung des Reichstages von der Regierung noch kein Beschluß gefaßt sei.

Nur Lumpen bezahlen Steuern — das ist der Inbegriff eines philosophischen Systems, das die „Deutsche Tageszeitung“ zur Rettung ihres Cebieters, des Herrn von Wangenheim erformt hat, des reichen Mannes ohne Einkommen. Wenn Herr v. Wangenheim keine Einkommensteuer bezahlt, „so erfüllt er“, schreibt wörtlich das Blatt, „lediglich seine Pflicht gegen den Staat und würde pflichtwidrig handeln, wenn er aus falscher Scham oder aus sonstigen persönlichen Rücksichten ein Einkommen angäbe und versteuerte, das er nicht erworben. Ferner würde er ein Unrecht insofern begehen, als er die allgemeine wirtschaftliche Lage des künftigen Grundbesitzes falsch darzustellen mithülfe.“

Pflichtwidrig handelt, wer Steuern zahlt! Ein Agrarier kann, darf und muß kein steuerbares Einkommen haben — sonst handelt er pflichtwidrig, der zudem die Landwirtschaft in den gefährlichen Verdacht bringt, sie sei nicht notwendig. Steuerzahlen ist unsittlich, weil es persönlich pflichtwidrig ist, zweitens weil es gegen das Interesse der Landwirtschaft verstößt. Steuerreich sein und doch bettelarm scheinen — das ist agrarische Kunst, agrarische Pflicht, agrarische Sittlichkeit.

Herr v. Wangenheim bezahlt keine Einkommensteuer, weil er eben aus seinem Mittergut kein Einkommen herauswirtschaftet. Er hat ein säuberes Vermögen von 400 000 M., empfängt allein aus der Brandwein-Liebesgabe jährlich über 10 000 M., er hat ein Gut von 767 Hektar mit einem Grundsteuer-Steuertrag von 2028 M. — aber kein Einkommen.

Wie bei anderen Agrariern dieses Steuerwunder zu stande kommt, das hat neulich der konservativ „Reichsbote“ verraten. Man giebt einfach die gesamten persönlichen Ausgaben von den Einnahmen ab, und rechnet auf diese Weise — kein Einkommen heraus. Auf diese Weise können kluge Agrarier sogar Spielverwirte im Klub der Darmlosen nützlich machen. Denn jede Ausgabe verbessert ihr Vermögen insofern, als sie ihr steuerbares Einkommen vermindert.

Herr v. Wangenheim würde sich ein großes Verdienst erwerben, wenn er eine ausführliche Wirtschafts-Bilanz veröffentlichte, auf daß alle Welt das Anstößige lerne, vermögend ohne Einkommen zu sein, und in die Lage komme, die Pflichtwidrigkeit des Einkommen-Steuerzahlens nicht mehr begehen zu müssen.

Ins Zuchthaus!

Eine systematisch organisierte Verhinderung Arbeitswilliger betreibt der Verband der Dresdener Metallindustriellen. Er hat sich Journale für Berufs-erklärungen anfertigen lassen, deren Wortlaut die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ wiedergiebt:

Anzeige

Aber den
Vor- und Zunahme!
Geboren den
Geburtsort
Beschäftigt im Betriebe als vom bis
Jetzige Wohnung

Zur Beachtung.

1. Die Anzeige hat mit größter Gewissenhaftigkeit und Unparteilichkeit zu erfolgen.
2. Der Erhalter der Anzeige übernimmt für dieselbe die volle moralische Verantwortung.
3. Dieselbe ist stets von dem Herrn Chef selbst oder dessen Stellvertreter zu unterzeichnen.
4. Es ist bei der Erhaltung darauf Bedacht zu nehmen, daß die Nachweise nicht in die unangenehme Lage verlegt wird, jemand wegen eines verzeihlichen Vergehens die Werkstätten des Verbandesmitglied zu beschämen.

Weshalb erfolgt die Anzeige?

Erscheint derselbe unzufrieden zum Beginn der Arbeit? Weicht derselbe des öfteren kürzere oder längere Zeit von der Arbeitsstelle fern?

Ist derselbe Ueberlich in der Arbeit?

Ist derselbe ungeschickt in seiner Profession?

Sonst aber fleischig?

Ist derselbe Trinker?

a) Gewohnheits?

b) Zeitweise?

Ist derselbe kontrollbedürftig?

Verdachte er eine übernommene Arbeit nicht?

Ist er Fehler, Wähler, Krachler oder unbotmäßig gegen Vorgesetzte?

Erfolgt die Anzeige wegen eines besonderen Vorfalles?

a) wegen ArbeitsEinstellung?

b) wegen Vergehens an einem Vorgesetzten?

c) wegen anderer Veranlassung?

Waren mehrere bei dem Vorfall beteiligt?

Ist der Angezeigte als Rädelsführer, Leiter u. des Vorfalles anzusehen?

Ist dem Vorfall ein freierartiger Charakter beizumessen?

Etwas Beteiligte oder Zeugen des Vorfalles nebst Angabe der jetzigen Wohnung derselben?

Welche Bestrafung wird für angemessen erachtet?

a) Verwarnung?

b) Sperrung auf Zeit und wie lange?

c) Sperrung dauernd?

Etwas Bemerkungen.

Es ist anzuführen:
a) ob ordnungsmäßig vom Arbeitgeber entlassen?
b) oder ob die Arbeitsstätte vorchriftswidrig verlassen wurde?

Unterschrift des für die Anzeige Verantwortlichen.
Diese Mobilisierung des Hungers gegen alle Arbeiter, die sich nicht willenlos dem Unternehmer unterwerfen, diese Zerstörung des Koalitionsrechtes durch eine Organisation wirtschaftlichen Mordmordes, diese schamlose Ausbeutung des Rechtes des Stärkeren mit Hilfe einer in Dunkel rickenden und vernichtenden Behme, gegen die der Arbeiter wehrlos ist, diese Verurteilung ohne Verhör des Angeklagten, die „administrative Verbannung“ in das Elend der Arbeitslosigkeit, dieser Unternehmer-Terrorismus wird gewiß den „Ehrenplay“ in dem Zuchthausmaterial des Grafen Potjomowski erhalten. Man sieht: Der Zuchthauskür hat gerade die Wirkung gehabt, gegen die er gerichtet ist. Er hat den Terrorismus ins ungemessene gesteigert, — freilich nur den Terrorismus der Arbeitgeber — er hat zu der Verhinderung Arbeitswilliger im größten Maßstabe ermutigt. — Unser Unternehmertum hat wahrlich eine sehr schlimme Meinung von unserer Regierung, daß sie so fest auf die Gunst zweier Lei Rechts baut.

Socialdemokratie und Verleppsch-Kongress. In der „Münchener Post“ finden wir die folgende inimerer Vorlegung über die Gründe der Nichtteilnahme der Socialdemokratie an dem Verleppschschen Unternehmen. Unser Parteiblatt erinnert an den Beschluß der Konferenz, daß die Teilnahme der Socialdemokraten höchst wünschenswert sei und darauf hinielende Verhandlungen mit unserer Reichstagsfraktion einzuleiten seien. Dann heißt es:

„Diese Verhandlungen erfolgten durch persönliche Besprechungen, die ein Mitglied des leitenden Ausschusses der Konferenz mit einigen unserer Abgeordneten im Reichstagsgebäude hatte. Daraufhin versammelte sich unsere Reichstagsfraktion am letzten Mittwoch, um die Angelegenheit noch einmal eingehend zu verhandeln. Bei dieser Verhandlung stellte sich nun folgendes heraus: Seitens des Geschäftsträgers der Konferenz wurde angegeben, daß bei der Auswahl der eingeladenen Socialdemokraten eine bewußte Tendenz gewaltet habe. Wollte man diesen Fehler gut machen, so müßte der Socialdemokratie, deren Teilnahme man für notwendig erkannt hatte, vor allem volle Freiheit in Bezug auf die zu delegierenden Personen zugestanden werden. Anstatt dessen wollte man die Zahl der eingeladenen Socialdemokraten auf fünf beschränken, so daß sie von vornherein eine „unschädliche“ Minderheit bleiben müßten, und außerdem behielt sich der leitende Ausschuss auch noch vor, über die Annahme oder Nichtannahme der seitens unserer Reichstagsfraktion vorgeschlagenen Personen endgültig zu entscheiden. Demnach wären die teilnehmenden Socialdemokraten nach wie vor weniger die Delegierten der Arbeiterbewegung, als die Ausgewählten der Herren v. Verleppsch und seiner Freunde gewesen. Eine solche Stellung war für die Socialdemokraten nicht möglich und schloß von vornherein eine gedeihliche Wirkksamkeit im Interesse der Arbeiterbewegung aus, das allein uns zu einem Zusammenwirken mit einer socialpolitisch so gemäßigten und so wenig Aussicht auf irgendwelche praktische Ergebnisse bietenden Gesellschaft hätte veranlassen können. Diese Sachlage konnte durch die Art, in der die Verhandlungen seitens nachgebender Personen der Konferenz geführt wurden und die verächtlich den Eindruck der Zweideutigkeit und Unzuverlässigkeit erweckte, nicht verbessert werden.“

Die bürgerliche Presse, die den albernen Vorwurf erhob, der Beschluß der Fraktion beweise, daß der Socialdemokratie an positiver Arbeit nichts gelegen sei, hat nun Gelegenheit, den Grad ihrer Ehrlichkeit zu beweisen.

Das Gelingen des allgemeinen Maximal-Arbeitstages wittert die „Berliner Korresp.“ in dem Beschluß der Reichstags-Kommission, daß alle Verkaufsstellen in der Zeit von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens geschlossen sein müssen. Sie befürchtet, daß in Anwendung dieses Beschlusses „allen anderen Erwerbstätigen bis hinauf zum Kleinsten und Bescheidensten“ die gleiche Fürsorge zugedacht werden könnte und erwartet „eine leidenschaftliche und weitverzweigte Opposition“ gegen „die Ordnung der Dinge“, die geschaffen würde, wenn — der Kommissionsbeschluß Gesetz würde.“

Der Normal-Arbeitstag von 16 Stunden, der nach dem Kommissionsbeschluß eventuell geschaffen werden könnte, ist ein so wesenloses Geknack, daß sich vor ihm sicher kein Gelehrter und mit Ausnahme etlicher Professorenter unter den staatlichen Beamten, auch kein Beamter zu fürchten hätte, ebenso wenig wie die Masse der gewöhnlichen Arbeiter von einer solchen „Fürsorge“ irgendwie berührt würde. Schlimm genug, daß es überhaupt noch Arbeiter giebt, für die eine solche Fürsorge als erforderlich erachtet werden und als Wohlthat erscheinen kann; ebenso schlimm aber, daß ein ministerielles Organ im Staate der Socialreform sie als schädlich bekämpfen zu müssen für angebracht hält.

Der verblähte Heiligenschein Sanct Manchesters umstrahlt jetzt das Haupt des Staatsretters in der weiland Köhler'schen Korrespondenz. Eigentlich gehört der Mann in die „Freimüthige Zeitung“, verdächtigster Staatsocialist erscheint ihm ja bereits als die Etablierung des Zukunftsstaates.

Objektive Aufreizung. Der Prozeß gegen den Dresdener Richter hat mit der Freisprechung des Mannes geendet. Es ist immer anzunehmen, wenn ein Gericht der Freiheit des Wortes keine Schranken bereitet. Allerdings wollen wir es trotzdem niemandem raten, im Vertrauen auf dieses Urteil in Pöbel'scher Willkürsprache etwa den Kapitalismus zu bekämpfen. Das Gericht fand in der Dresdener zwar objektive Aufreizung, verurteilte aber den Dolus. Der Straf sei sich nicht bewußt gewesen, strafbar gesprochen zu haben.

Es ist ein sehr seltener Fall, daß ein Gericht in solchen Fällen das subjektive Verschulden, den Dolus des Angeklagten verneint. Das geschieht fast nur, wenn — ein medizinischer Sachverständiger in die Verhandlung erfolgreich eingreift. Weit eher herrscht die Neigung, bei objektiver Nichtsinnigkeit die subjektive Verschuldung anzunehmen. Die Praxis des Eventualdolus ist geläufiger als die der subjektiven Nichtschuld.

Die „Deutsche Tageszeitung“ entnimmt aus dem Prozeß die Moral, daß sich die Juden um die Empfindlichkeit abgewöhnen mögen. Ein probater Rat, der auch allen übrigen sich leicht beileidigt fühlenden Elementen aus Herz zu legen ist. Die Herrenhändler werden alsdann nicht klagen, wenn man die Arbeiter auffordert, sie am Stragen zu fassen und nach Wälderschem Rezept zu behandeln. Man wird hinfort Gesellschaftslosen und Institutionen giftige Ueberbleiben nennen können, ohne daß ein irgend jemand unruhig wird. Und Arbeiter, die „schlagt den Hund tot“ einem Unternehmer zuzufassen, werden ebenso wenig 54 Jahre Zuchthaus zudiktirt erhalten, wie das Ologener Gericht den Grafen Wälder verurteilte, weil er erklärte, es schade gar nichts, wenn ein jüdischer Bucherer Pöbel bekomme. Die Unternehmer, die Herrenhändler mögen sich eben die Empfindlichkeit abgewöhnen, wenn einmal ein Wort im Wäldersstil fällt. Die „Deutsche Tageszeitung“ wird nun hoffentlich für die Verbreitung dieser trefflichen Ansicht nach Kräften wirken.

Die der „Reichsbote“ den italienischen Kochspiegel *Bazzani* betitelt, der das ägyptische Bombenattentat angefertigt hat: „Arbeiter der Bombenattentats-Entdeckung in Alexandria“. Die Leser des „Reichsboten“ müssen also nach wie vor glauben, daß der Gallunke, welcher das famose Attentat auf den deutschen Kaiser erschunden hat, eigentlich ein Wohlthäter der Menschheit ist, welcher ein abscheuliches Verbrechen entdeckt hat. Was für Verbrecher sind doch die italienischen Geschworenen, daß sie diesen Wiederwasch, der den deutschen Reaktionen so angenehme Empfindungen bereitet, zu sieben Jahren sechs Monaten Zuchthaus verurteilt haben! Es geht nichts über einen hübschen Titel und Namen, wird die fromme Redaktion des „Reichsboten“ denken.

Die Konfiskationsordnung von 1873 fängt an, den frommen Herren Berlin unangenehm zu werden. Auf der Berliner Kreisynode, die gegenwärtig tagt, wurde auch das beliebte Thema der Kirchennot in Sprechbäl behandelt. Die Mittel des Kirchenbauvereins fließen ausschließlich der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche zu. Es kommt aber die Unmöglichkeit hinzu, Kirchbaupläne zu erwerben, weil infolge der unglücklichen Spannung, die die Konfiskationsordnung von 1873 hervorgerufen, die Stadt den kirchlichen Vertretungen auch für deren gutes Geld Plätze, die zum Kirchbau geeignet sind, nicht verkauft. Wenn es so kommen sollte, daß die letzte gerichtliche Instanz gegen die Kirche ansprechen sollte und die Stadtynode gezwungen sein sollte, die von der Stadt empfangenen Gelder zurückzugeben, dann wüßte er nicht, wie man aus den Schwierigkeiten herauskommen und finanziell operieren sollte.

Auch die Prostitution wurde vor das Forum der frommen Herren Berlin unangenehm zu werden. Auf der Berliner Kreisynode, die gegenwärtig tagt, wurde auch das beliebte Thema der Kirchennot in Sprechbäl behandelt. Die Mittel des Kirchenbauvereins fließen ausschließlich der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche zu. Es kommt aber die Unmöglichkeit hinzu, Kirchbaupläne zu erwerben, weil infolge der unglücklichen Spannung, die die Konfiskationsordnung von 1873 hervorgerufen, die Stadt den kirchlichen Vertretungen auch für deren gutes Geld Plätze, die zum Kirchbau geeignet sind, nicht verkauft. Wenn es so kommen sollte, daß die letzte gerichtliche Instanz gegen die Kirche ansprechen sollte und die Stadtynode gezwungen sein sollte, die von der Stadt empfangenen Gelder zurückzugeben, dann wüßte er nicht, wie man aus den Schwierigkeiten herauskommen und finanziell operieren sollte.

Prostituierten bewohnten Häuser. Das Polizeipräsidium habe zunächst Listen, die allerdings höchst unvollkommen waren, zur Verfügung gestellt, dann aber seien die Listen verweigert worden mit folgender Begründung: „eine Verdrängung der Prostituierten aus ihren Wohnungen liege keineswegs im sittenspolizeilichen Interesse und führe nur zu Anhäufungen unfittlicher Personen in anderen Kirchengemeinden.“

Darob natürlich große Entrüstung im Weinberge des Herrn. Die übrige Menschheit aber hat einmal den merkwürdigen Fall zu verzeichnen, den Ansichten der Polizei zustimmen zu können.

Gegen die Partei Witowski haben die Berliner Antisemiten eine wütende Protestversammlung veranstaltet. Sie nahen folgende Resolution an:

„Die im Lokal Königshof versammelten Wähler des zweiten Berliner Wahlkreises, ohne Ausnahme Anhänger der Berliner Bewegung und den staatsverhaltenden Parteien angehörig, welche die von Herrn Geheimrat Witowski zur Begründung seines Mißerfolges aufgestellten Behauptungen als völlig unzutreffend zurück. Die Versammelten sprechen ihre Empörung aus über die schweren Beleidigungen der durchaus königstreuen Männer, die der Berliner Bewegung folgen. Die Berliner Bewegung wird weiterhin Vaterland, Christentum und Monarchie hochhalten.“

Man muß bedenken, daß Herr Witowski die antisemitischen „Gochhalter“ demokratischer Tendenzen bezichtigt hatte. Im Zeichen des Partei Wälder werden die empörten Königstreuen nun wieder der Partei Witowski ins Feld ziehen.

Kriegerverein und Matseier. Einem Mitgliede des Kriegervereins zu Pirmasens in der Pfalz ging dieser Tage folgendes Schriftstück zu:

Mitglied des Bayer. Kriegerbundes und der Pfalz. Kampfgemeinschaft.	Krieger- und Veteranen- verein Pirmasens In Treue fest. Pirmasens, 6. Mai 1899.
--	--

Herrn hier.
Es wurde uns der Beweis erbracht, daß Sie an der so eia-
listischen Feier am 1. Mai teilgenommen haben und
wurden Sie hierwegen in heutiger Sitzung nach § 8 der Statuten
aus obigem Verein ausgewiesen.

Am Antrage
Joders, Schriftführer.
Warum war der Name Mitglied der „Pfalzischen Kampfgemein-
schaft“! —

Professor Dr. Schmoller ist auf Präsentation der Berliner Universität durch landesherrlichen Erlaß vom 6. Mai an Stelle des verstorbenen Geheimen Justizrats und Professors Dr. Paul Hirschfeld in das Herrenhaus berufen worden.

Socialistischer Sieg bei Jungmännern. Aus Straß-
burg i. E. wird uns geschrieben: Bei dem am Sonntag in
Straßburg stattgehabten Wahlen der Mitglieder des Gesellen-
auschusses der neugegründeten Bauvereins-Jungmänner-
die organisierte socialistische Arbeiterpartei der Reichshauptstadt
einen neuen Erfolg. Die von ihr aufgestellten Kandidaten wurden
mit durchschnittlich etwa 275 Stimmen gewählt, während eine von
den Unternehmern proponierte Liste sich mit ganzen 6 Stimmen be-
nügen mußte. Die Bauvereins-Jungmänner ist die größte der in
Straßburg bestehenden Jungmänner.

Die gute alte Reaktion. Der „Frankf. Zig.“ wird geschrieben:
Wenn sich auch die philosophische Fakultät der Berliner Universität
weigerte, dem Dr. Kron's die venia legendi zu erteilen und
dabei ausgesprochen hat, daß er als Lehrer der Pöbel keinerlei
Gelegenheit habe, in seiner Lehrtätigkeit politische Anschauungen
zum Ausdruck zu bringen, so kann man doch nicht daran zweifeln,
daß seine Tage als Privatdocent gezählt sind. In letzter Instanz
entscheidet das Ministerium und dieses scheint ja doch an eine social-
demokratische Sonderpöbel zu glauben, deren Verkündung ex cathedra
das Deutsche Reich erschüttern könnte. Uns erinnert die Sache aber an ein
Kolleg über Pöbel, welches der berühmte Pöbeliker Dove viele Jahre
hindurch an der Berliner Universität las, und das ich im Jahre 1849
besuchte. Als Dove von der Reaktionskraft, d. h. von der
Lehre vom Rückstoß der Körper, sprach, sagte er: „Meine Herren,
die stärksten Reaktionsmaschinen sind die Kanonen.“ Die
Zuhörer, die noch ganz unter dem Eindruck der Märzrevolution
des Jahres 1848 und deren gewalttätige Unterdrückung standen,
brachen in lebhaften Jubel aus, und der Wig des Professor
Dove fand schnell die weiteste Verbreitung. Er wurde auch,
wie spätere Zuhörer versicherten, unter die stehenden Wigge
des Kollegs aufgenommen und fand jedesmal lebhaften
Beifall bei den Studenten. Damals herrschte in Preußen das
Ministerium Brandenburg-Wanteuffel und ihm folgte die
Hera Manieuffel-Westphalen, aber keine von diesen
Regierungen, deren Herrschaft noch heute als die Zeit der schwärzesten
Reaktion gilt, dachte daran, Herrn Prof. Dove wegen seiner in
solcher Weise kundgegebenen Gesinnung zu verfolgen, ja nicht einmal
seine Stellung als Lehrer der Pöbel in der Kriegsakademie
wurde dadurch beeinträchtigt.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Hildesheim. Von der Anklage der Majestätsbeleidigung
freigesprochen ward hier der 21 Jahre alte Arbeiter Gustav
Thiemann. Derselbe soll, während er vorigen Herbst an dem
Wohnbau der Gewerkschaft „Hildesheim“ bei Döhlshagen arbeitete,
seinem Logiswirt gegenüber wiederholt feindselige Äußerungen
über die oberen Gesellschaftsklassen und den Kaiser gemacht haben.
Als Thiemann dann heimlich abreiste und seinem Logiswirt für
Wohnung und Kost 10 M. schuldig blieb, wurde er von ihm wegen
Majestätsbeleidigung und Betruges zur Anzeige gebracht. Die
Strafkammer erließ in der angebliebenen Majestätsbeleidigung
lediglich ein politisches Urteil über den Kaiser, welches die
Grenzen des Erlaubten nicht überschritten habe, weshalb Frei-
sprechung erfolgte.

Wegen Majestätsbeleidigung. Beleidigung des Land-
gerichtspräsidenten Korn und des ausscheidenden Amtsräters
Jüing hatte sich der Gerichtsdienner August Brochhaus
aus Gelsenkirchen vor der Strafkammer in Essen zu verantworten.
Der Angeklagte war früher Gerichtsdienner bei der Staatsanwaltschaft
in Dortmund; er wurde jedoch im Disciplinerverfahren von
jenem Amte entbunden. Brochhaus legte gegen dieses Urteil Be-
weisung beim Ministerium ein, was zur Folge hatte, daß das erste
Urteil aufgehoben wurde, indes wurde der Angeklagte an das Amts-
gericht in Gelsenkirchen strafweise verlegt. Verschiedene Male, als
das Geprüd auf das Disciplinerverfahren kam, soll sich Brochhaus
in der Trunkenheit beleidigende Äußerungen über den Kaiser und
seine direkten Vorgesetzten gestattet haben. Der Angeklagte erklärte
vor Gericht, ein guter Patriot zu sein und nie solche Äußerungen
gethan zu haben. Er wurde jedoch durch die Beweisaufnahme für
überführt erachtet. Das Urteil lautete auf sieben Monate
Gefängnis und Amtsentziehung.

Die beleidigten ostpreussischen Kreisblätter.

Eine Anklage, wie sie die junkerlichsten Junker des preussischen
Herrenhauses in ihren süßesten Socialistenverleumdungs-Träumen
erfuhren, erhielt unser Parteiblatt in Halberstadt, die
„Arbeiter-Zeitung“. Dieses Blatt drachte im April vorigen Jahres
einen dem „Vorwärts“ entnommenen Artikel „Aus Agrarierland“,
der eine Schilderung der politischen Zustände in Ostpreußen
enthielt. Der Artikel schloß mit folgenden Sätzen:

„Da man die socialdemokratische Agitation fürchtet, wird in
den Kreisblättern und in einzelnen schon verteilten
Hauptblättern offen zu Gewaltthatigkeiten gegen
unsere Genossen aufgefordert. Es wird trotzdem
flott an die Arbeit gehen!“

Diese Sätze gaben, wie wir dem genannten Parteiblatt ent-
nehmen, Anlaß zu einem höchst sonderbaren Strafverfahren gegen
den Redacteur der „Arb.-Zg.“ Der Erste Staatsanwalt in Halber-
stadt, Herr Schöne, wendete sich an den Regierungs-

präsidenten in Königsberg, ob er als Vorgesetzter der
Redacteurs der amtlichen Kreisblätter Strafantrag stellen wolle.
Da der Regierungspräsident die ihm zugeschriebene Vorgesetzten-
stellung nicht bejah, so konnte er dem Staatsanwaltswunsch
nicht entsprechen. Der Staatsanwalt aber gab seinen Plan
nicht auf. Er wandte sich an sämtliche Kreisblätter Ost-
preußens, legte ihnen den verdächtigen Artikel vor, ob
sie sich nicht beleidigt fühlten. Einige Kreisblatt-Redacteurs fühlten
sich unmißbar beleidigt. Im Juni vorigen Jahres hatte der Staats-
anwalt 7 Beleidigte, die den erforderlichen Strafantrag stellten, bei-
sammen. Jedoch der Angeklagte machte Schwierigkeiten: Es sei nur
allgemein von „Kreisblättern“ die Rede gewesen, nicht
von den sieben Strafantragsstellern, die mithin gar nicht
Strafantragsberechtigt seien. Nun sagte es sich, daß Herr
Schöne auf Sommerurlaub ging, sein Stellvertreter stellte
das Verfahren ein; das war im August v. J. Aber
als der Erste Staatsanwalt Schöne aus der Sommerreise
zurückkehrte, nahm er das Verfahren von neuem auf. Im De-
zember konnte er hat 7 volle 21 sich beteiligt beleidigt-ostpreussische
Kreisblattredacteurs producieren; 15 Kreisblattredacteurs ließen ihn
noch immer im Stich! Doch nun sollte nicht länger geduldet werden,
die Anklage ward erhoben. Neue Hindernisse aber stellten sich der
Aburteilung des Uebelthäters in den Weg. Das Landgericht
lehnte die Anklage ab, weil die Möglichkeit vorliege, daß die Blätter,
welche Strafantrag gestellt hätten, nicht gemeint seien, während die-
jenigen, welche gemeint sein könnten, keinen Strafantrag gestellt
hätten. Doch die Sache hatte auch hiermit noch kein Ende. Das
Oberlandesgericht hob „ohne jede Angabe von Gründen“ den Beschluß
des Landgerichts auf und verwies die Klage an das Schöffengericht.
Dieses verhandelte jetzt endlich nach mehr denn Jahresfrist seit dem Erscheinen des Artikels. Der Angeklagte führte den Wahrheitsbeweis. Es
war ihm nicht schwer, allerlei Auslassungen von Kreisblättern beizubringen,
die zu Gewaltthatigkeiten gegen Socialdemokraten auf-
forderten. Der Staatsanwalt beantragte 400 M. Geldstrafe. Das
Schöffengericht sprach frei, indem es sich dem Zweifel des
Landgerichts bezüglich der Berechtigung der Strafanträge angeschlossen.
Der Verlauf dieses Strafverfahrens zeigt den Scharfmachern,
wie unbedeutend ihre Klagen über unzureichendes Eingreifen der
Justiz im Kampfe wider den bösen socialdemokratischen Feind
ist. Die Justiz verrichtet vielmehr wahre Wunderwerke. Der Staats-
anwalt in Halberstadt hat gewiß keine Mühe gescheut, um eine den
Junkern freilich unangenehme Festnagelung des geschwätzigen Ver-
haltens ihrer Presse zu ahnden. Bedeutend auch der Ausgang des
Prozesses eine Niederlage des Staatsanwalts als Juristen, so ist
sicher, daß er den Verfall der Amtsblätter und ihrer Hinterlassenen
finden wird, derjenigen Amtsblätter, denen kein Vorgehen gegenüber
der Socialdemokratie scharf genug erscheint.

Friedenskonferenz. Die Konferenz wird Donnerstagnachmittag
2 Uhr eröffnet werden.

Die Einladung des Papstes zur Konferenz hat
die Folge gehabt, daß auf Anordnung des Cardinals Rampolla der
päpstliche Internuntius Tornasi im Haag seinen Posten verläßt und
sich nach Luxemburg begeben hat.

Die vor einiger Zeit erschienene Broschüre „Der ewige
Friede“, in welcher Professor v. Stengel, bekanntlich deutscher
Delegierter auf der Haager Friedenskonferenz, sich in scharfer Weise
gegen die Möglichkeit einer Abrüstung ausgesprochen hat, wurde,
wie die „W. W. A.“ erfährt, von der russischen Censur
verboten.

Dies zeigt, wie arg es die russische Regierung verdrossen hat,
daß Deutschland einen solchen Delegierten nach dem Haag ein-
sendet.

Herr v. Stengel aber darf stolz sein auf die seiner Schrift
widerstehende Ehreung. Sonst werden in Rußland gute Christen
konfiskiert. Herr v. Stengels Geschreibsel hat solche Würdigung
nicht verdient.

Die offizielle Liste der Teilnehmer an der Friedens-
konferenz ist erschienen. Sie ist in französischer Sprache gehalten
und alphabetisch geordnet, beginnt mit Deutschland und endet mit
der Türkei. Vertreten sind 36 Staaten durch 68 Delegierte. Die
meisten Delegierten haben Rußland und die Türkei, nämlich je 8. Dann
kommen Deutschland, Oesterreich, Frankreich mit je 6. Bulgarien
figurirt besonders in der Liste mit zwei Vertretern, unabhängig von
der Türkei. Bei Montenegro hingegen ist auf Rußland verwiesen.
Von überseeischen Staaten sind repräsentiert die Vereinigten Staaten,
Mexiko, Persien, Siam, China und Japan. Der russische Vorkonferenz
Staatsüberbrachte dem holländischen Minister des Auswärtigen,
de Beaufort, den Revelli-Orden als Dank des Zaren für die Vor-
bereitung der Konferenz, und beauftragte hierauf das „Huis ten Busch“.
In diesem Palast sind alle Vorbereitungen zum Empfang der Kon-
ferenz getroffen.

Ausland.

Wahlrechtskampf in Belgien. Brüssel, 13. Mai.

Die beiden Linken-Parteien der Kammer und des Senats ver-
sammelten sich am Freitag und beschloßen die folgende Resolution:
„Das neue Wahlgesetz, das die Regierung durchsetzen will, ist
verfassungswidrig, weil es in den verschiedenen Kreisen des Landes
eine verschiedene Wahlordnung schafft, und dies dem Prinzip der
politischen Gleichheit widerspricht, welches durch den Artikel 6 der
Verfassung gewährleistet wird.“

Der Entwurf ist lediglich ein Parteiantrag, um die heutige
Regierung am Ruder zu erhalten. Dazum haben die vereinigten Linken
beschlossen, sich dem Wahlrechtsprojekt zu widersetzen und zwar mit
allen möglichen Mitteln. Sie haben beschlossen: 1. die Vertagung
der Kammer zu fordern, um die Regierung zu drängen, ein Wahl-
gesetz vorzulegen, das der politischen Gleichheit entspricht und für
das ganze Land gleich ist; 2. daß, wenn die Vertagung nicht an-
genommen wird, die zwei Linken der Kammer und des Senats an
der Beratung des Wahlgesetzes keinen Anteil nehmen wollen.“

Diese Resolution ist unterzeichnet von Emile Dupont,
Tornay, Detilleus (konf. lib. Senatoren), Houzeau de
Lehaye (rad. Senat), Leon Desjussieu (soc.-dem. Abg.),
Ferdinand Flechet, Dr. Gillard (rad. Abgg.), Leopold
Ragnart (soc.-dem. Abg.), Georges Lorand (rad. Abg.),
Emile Vandervelde (soc.-dem. Abg.)

Weiter wurde die Ausgabe und Verbreitung eines Manifestes
beschlossen.

Frankreich.

Ins Paris, wo sich jetzt die Dreyfus-Affaire ihrem Ende ent-
gegen neigt, liegen heute die folgenden Mitteilungen vor:
Paris, 16. Mai. Duruy nahm gestern Abend seine Ge-
sellschaftsvorlesungen in der polytechnischen Schule
wieder auf. Den Hörgängen war diesmal nicht mit der entsetzlichen
Strafe des Verweises gedroht worden, von der der biedere Reichs-
minister in der Kammer mit einem Ausdruck von Grauen in Miene und
Gehärd gesprochen hatte, sondern der kommandierende General
hatte ihnen trocken bedeutet, etwaige Vorkommnisse würden unverzüg-
lich aus der Schule gestrichen und als gemeine Soldaten ein-
gerückt werden. Infolgedessen hielten die kühnen Jesuiten-
schüler den Mund wie die Löwen. „Gaulois“ versucht glauben
zu machen, Duruy habe seinen Vortrag mit einer Art Entschuldigung
begonnen; das ist erlogen; Duruy sagte kein Wort über den
Zwischenfall.

Paris, 16. Mai. „Figaro“ weist in seinem heutigen Artikel
über die Dreyfus-Affaire darauf hin, daß auch Einigkeit
vor dem Kassationshofe erklärte, das Schriftstück „cette canaille
de D.“ bezog sich nicht auf Dreyfus. Dieser D. sei ein
Subalternerbeamter Namens Dubois, welcher Militär-
attaché verschiedene unwichtige Dokumente ausgeliefert habe. Dies
gäbe auch aus einem in dem geheimen Aktenbündel befindlichen
Briefe, den ein Militärattaché an einen Kollegen geschrieben habe,

Paris, 16. Mai. „Figaro“ weist in seinem heutigen Artikel
über die Dreyfus-Affaire darauf hin, daß auch Einigkeit
vor dem Kassationshofe erklärte, das Schriftstück „cette canaille
de D.“ bezog sich nicht auf Dreyfus. Dieser D. sei ein
Subalternerbeamter Namens Dubois, welcher Militär-
attaché verschiedene unwichtige Dokumente ausgeliefert habe. Dies
gäbe auch aus einem in dem geheimen Aktenbündel befindlichen
Briefe, den ein Militärattaché an einen Kollegen geschrieben habe,

Aus der Frauenbewegung.

Auf der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Lehrerinnenvereins, die am 21. Mai in Danzig zusammengetreten, werden unter anderen folgende Anträge des Neuen Volksschullehrerinnen-Vereins in Berlin verhandelt werden:

1. Der Allgemeine deutsche Lehrerinnenverein wolle bei den Regierungen der Bundesstaaten, welche die obligatorische Fortbildungsschule noch nicht eingeführt haben, um dieselben in allgemeinen wie insbesondere um solche für das weibliche Geschlecht petitionieren.
2. Der Allgemeine deutsche Lehrerinnenverein wolle durch geeignete Schritte bei den Regierungen der Einzelstaaten um Ein- und Stimme der Frauen in den Schulkommissionen vorstellig werden.
3. Der Allgemeine deutsche Lehrerinnenverein wolle mithelfen, dahin zu wirken, daß im Deutschen Reich auch weiblichen Ärzten die Möglichkeit gegeben werde, die medizinische Approbationsprüfung abzulegen.

Frauenwahlrecht. In einer Frauenversammlung in Lemberg wurde beschlossen, eine Petition an den Landtag zu richten um Zulassung des direkten Wahlrechtes für den Gemeinderat und für den Landtag.

Die tschechischen Frauen richten eine Petition gleichen Inhaltes an den Landtag in Prag.

Die Wiener Frauen verlangen in einer Eingabe an den niederösterreichischen Landtag die Wiederherstellung des Wahlrechtes für den Landtag und die politische Gleichstellung mit den Frauen der Stadt- und Landgemeinden in Niederösterreich.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Italienische Maurer lassen sich nicht als Streikbrecher mißbrauchen. Die Bauunternehmer in Bremerhaven hatten sich 92 italienische Maurer und Bauarbeiter verschrieben, die sie als Streikbrecher gegen die einheimischen Maurer verwenden wollten. Daß in Bremerhaven ein Streik ist, hatten sie diesen aber verschwiegen. Als die Italiener aber hier Kenntnis von der Sachlage erhielten, verweigerten sie die Aufnahme der Arbeit. Höchstens dann wollten sie arbeiten, wenn sie 60 Pf. Stundenlohn bekämen und alle einheimischen Maurer zu denselben Bedingungen beschäftigt würden. Die Unternehmer sind natürlich entsetzt ob dieses Beweises internationaler Solidarität.

Die Kreselder Weber haben in einigen Stofffabriken unangefordert kleine Lohnzulagen erhalten. Gegewärtig ist man damit beschäftigt, in gemischter Kommission eine Lohnliste für die Stoffbranche aufzustellen. Die Sammetappreteure, die zu den am schlechtesten entlohnten Arbeitern gehören, haben eine Lohnerhöhung von 15 Proz. erzielt.

Nachlänge vom letzten Streik waren vor kurzem in der Generalversammlung des christlichen Textilarbeiter-Verbandes zu spüren. Der Vorstand, der bisher die Führung hatte, wurde wegen seines Verhaltens bei dem Streik abgesetzt und zum Vorsitzenden der Sammetweber Besch. gewählt. Besch. hat während des Streiks die härtere Tonart angeklungen und Reden gehalten, die der Kapitalistenpresse recht unangenehm ins Ohr klangen, gerade weil sie ein christlicher Arbeiter hielt. Ueber die Wahl war man so überrascht, daß sie zweimal vorgenommen werden mußte, aber das Ergebnis blieb daselbe. Aus dem Regenschaftsberichte, der unterbreitet wurde, ist ersichtlich, daß von den christlichen Textilarbeitern 51 000 M. vorausgab wurden. Unter den freiwilligen Spenden befindet sich eine solche von 500 M. von dem Abg. Wagem. Der Verband hat noch eine Schuldenlast von 3000 M. zu decken.

Streikpostenstellen. Die Polizei-Verwaltung in G o m m e r n giebt bekannt: „Das Streikpostenstellen an den Steinbrüchen, auf dem Bahnhof, an den Thoren und auf den Straßen, das unbefugte Ankommen von Personen auf den Straßen und den Bürgersteigen, sowie das Belästigen Arbeitswilliger wird strafrechtlich geahndet.“ Hieran knüpft die Polizei-Verwaltung noch die folgenden, gar nicht mißzubedeutenden Worten: „Die Polizei-beamten sind mit Schußwaffen versehen.“

Also ganz im Sinne des Redelichen Erlasses. Eine Sprache von unschätzbarem Aufklärung für die Arbeiter.

Die Maler und Anstreicher in Düsseldorf befinden sich im Ausstand. Beteiligt sind 300 Mann, die einen Stundenlohn von 40 Pf., 10 Pf. Zuschlag für Ueberstunden und 50 Proz. Zuschlag für Sonntagsarbeit verlangen.

Der Verband der Metallindustriellen in Halle hat die angebotene Ausperrung der Arbeiter wegen der Meißner nicht zur Ausführung gebracht. In der letzten Generalversammlung entstand hierüber eine erregte Debatte und beschlossen schließlich die Herren, im nächsten Jahre von ihren Nachmitteln Gebrauch zu machen, sollten die Arbeiter sich wieder an der Meißner beteiligen. Nun bis dahin werden sich die Herren die Sache nochmals überlegen.

Der Maurerstreik in Braunschweig dauert unverändert fort. Die Maurer sind beinahe vollständig von der Baugewerks-Innung ausgesperrt, weil sie auf den Bauten, über welche sie die Sperre verhängten, die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Die Baugewerks-Innung hat nun beschlossen, den „arbeitswilligen“ Maurern Dienstag nach Pfingsten dadurch Arbeit zu verschaffen, daß sie die Sperre an diesem Tage hebt. Der Streik steht für die Maurer außerordentlich günstig, da nur etwa 70 Maurer noch am Orte sind, gegen 700, welche sonst hier beschäftigt werden. Die Arbeitgeber geben jetzt bekannt, daß sie den Lohn auf 48 Pf. erhöhen wollen. Thatsächlich hat aber schon ein erheblicher Teil Maurer seit Jahren 48 Pf. erhalten. Die Arbeitgeber rechnen nun für die Woche nach Pfingsten auf Jung, ja sie schwindeln den Frauen der abgereizten Maurer sogar vor, daß sie ihren Männern schreiben sollen, die Forderungen der Maurer seien bewilligt. Die Arbeitgeber werden natürlich in der bürgerlichen Presse und durch Agenten die Nachricht ausprengen lassen, der Streik sei beendet und die Forderungen bewilligt. Wir erlauben jedoch die Kollegen allerorts, sich dadurch nicht irre führen zu lassen, sondern den Jung nach wie vor streng fernzuhalten. Der Streik kann durch diesen Jungbescheid nicht aufgehoben werden, sondern dauert unverändert fort. Anfragen und Sendungen sind an Carl Obermeier, „Rheinischer Hof“, Wendenstr. 45, zu richten. Das Streikomitee.

Der Töpferstreik in Nürnberg hat mit einem Siege der Arbeiter geendet. Es wurde der Lohnarif bewilligt und die gemeinsame Führung des Arbeitsnachweises durchgesetzt. Das Ergebnis ist der guten Organisation der Töpfer zu verdanken.

Der Streik der Formner in der Maschinen- und Kesselfabrik von Kuhn in Zuffenhausen hat die Bekanntgabe einer schwarzen Liste zur Folge gehabt, die als Inserat in dem Stuttgarter Neuen Tageblatt erscheint. Es werden 20 Arbeiter als Kontrahentien benannt und der Herr Kommerzienrat Kuhn sagt zum Schluß hinzu: Den Betrieb setze ich mit den übrigen 36 Arbeitern fort und suche ich, nur tüchtige und solide Leute, welche das Formen erlernen wollen. Zum Schutze der Arbeitswilligen vor Belästigungen habe ich geeignete Vorkehrungsmaßregeln getroffen.

Unter diesen Umständen wird Herr Kuhn mit der Anwerbung von Arbeitswilligen kaum Glück haben, jedoch ist es immerhin anzuerkennen, daß den Arbeitsuchenden bekannt gegeben wird, unter welchen Umständen sie in den Betrieb eintreten. Die schwarze Liste verrät jenen kleinlichen Standpunkt, der von Haß und Richtigachtung gegen die Arbeiterkassier diktiert ist.

Ausland.

Der Ausstand der Bergarbeiter in Lothringen scheint nach einlaufenden Berichten beendet. Die Vertrauensmänner der Grubenarbeiter haben beschlossen, wieder anzufahren, da die Direktion die Abstellung der herrschenden Uebelstände nach der Wiederaufnahme der Arbeit versprochen hat. Infolge dieses Beschlusses hat der größte Teil der Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen.

Der Bergarbeiter-Streik in Belgien. Im ganzen Lütticher Kohlenbecken und im Oeden von Charleroi ist der Ausstand beendet.

Dagegen ist in Mons bisher eine Vereinbarung zur Beilegung des Streiks nicht erzielt und scheint hier der Ausstand an Umfang zuzunehmen.

Der Kampf der Brüner Textilarbeiter. Die Hoffnung der Fabrikanten, daß am Montag früh die Arbeit aufgenommen werden wird, ist zu nichte geworden. In sämtlichen Fabriken ruht die Arbeit vollständig, und die Arbeiter haben sich, anstatt in die Fabrik zu gehen, nahezu vollständig bei dem im „Arbeiterheim“ um 8 Uhr früh abgehaltenen Meeting eingefunden. Alle Räumlichkeiten des „Arbeiterheim“ waren überfüllt. Der Andrang war so groß, daß das Verlangen gestellt wurde, es möge von mehreren Tribünen gesprochen werden. Es referierten die Genossen Hybeß und Habermann namens der Textilarbeiter, Breukler namens der Gewerkschaftskommission. Als Hybeß am Schluß seiner Rede ausrief: „Wir werden ausharren, auch wenn wir noch so sehr Hunger leiden müssen!“ wurden diese Worte von der Versammlung mit ungeheurer Begeisterung aufgenommen. Schließlich gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die anwesenden 10 000 Textilarbeiter versprechen, unter allen Umständen im Ausstand auszuharren, bis der Rekrutentag erungen ist, und sprechen den sozialdemokratischen Arbeitern Deutschlands für die auf dem Frankfurter Kongreß beschlossene Unterstützung den wärmsten Dank aus.“

Heberall werden jetzt in Skandinavien partielle Streiks mit allgemeiner Aussperrung durch die Arbeitgeberverbände beantwortet. So hat in Stockholm ein Streik bei vier Bäderfirmen dazu geführt, daß eine allgemeine Aussperrung vom Bädermeisterverein beschlossen ist. Ebenso hat sich der „Stockholmer Baumeisterverein“ für allgemeine Aussperrung im Wasserbau im Anschluß an die Fundamentarbeiter-Ausperrung ausgesprochen, weil man bei den Verhandlungen mit den Baugewerksverbänden betreffs der Löhne zu keinem Resultat kommen konnte. Die allgemeine Aussperrung im Wasserbau in Stockholm dauert ebenfalls noch an. Bisher haben nur 7 Bädereien in Stockholm die Forderungen der Arbeiter erfüllt, ebenso sind auch bei ein paar Bauten aus gleichem Grunde die Fundamentierungsarbeiten aufgenommen.

Der Streik der Strumpfwirkerinnen von Wilna und Umgebung dauert fort. Die Zahl der streikenden Arbeiterinnen beträgt zur Zeit gegen 2000.

Sociales.

Entscheidungen des Reichs-Versicherungsamtes. In einer Invaliditätsfrage hat das Reichs-Versicherungsamt eine allgemein interessierende Entscheidung in Beziehung auf Formalitäten getroffen. Die Entscheidung lautet:

Ein Beschädigter, der zwar die Belehrung über Zulässigkeit und Frist der Berufung, aber nicht den Namen und Wohnort des Schiedsgerichts-Vorsitzenden enthält, ist mit einem wesentlichen Mangel behaftet, so daß er die Berufungsfrist nicht in Lauf setzt.

Aus dem Gebiete der Unfallversicherung seien die beiden folgenden Entscheidungen mitgeteilt:

Die Anforderung, sich einer Krankenhausbehandlung zu unterziehen, ist bei minderjährigen Verletzten an deren gesetzlichen Vertreter zu richten, sofern die Berufsgenossenschaft aus einer etwaigen Weigerung für sich Rechte herleiten will. Dem Vertreter steht daher auch die Prüfung zu, ob das Verlangen der Berufsgenossenschaft überhaupt begründet ist; er kann in Ausübung seines Quatrechts den Verletzten anhalten, den Anordnungen der Berufsgenossenschaft zu genügen.

Sobald eine Berufsgenossenschaft aus der Weigerung eines minderjährigen Verletzten, sich durch einen bestimmten Arzt untersuchen zu lassen, den für den Verletzten unangünstigsten Schluß bezüglich des Eintritts einer Besserung ziehen will, so muß die Auforderung, zum Arzte zu gehen, an den gesetzlichen Vertreter des Minderjährigen gerichtet werden.

Arbeiter-Risiko im Baugewerbe. Ein im Abbruch befindliches Haus stürzte in Königsberg ein und begrub 6 Arbeiter unter seinen Trümmern. Einer davon war sofort tot, vier wurden schwer, einer leicht verletzt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Hamburg, 16. Mai. (B. Z. V.) Wie die „Hamburgische Wörstehalle“ meldet, ist der Kanzler des hiesigen peruanischen Konsulats Julio Enrique Mercurio Bocano nach Unterschlagung von etwa 30 000 M. Kassengeldern flüchtig geworden. Gegen den Flüchtigen ist von der Staatsanwaltschaft ein Steckbrief erlassen worden.

Saarbrücken, 16. Mai. (B. Z.) Der Streik in Klein-Rosfeld ist seinem Ende nahe, da der größte Teil der Bergleute anfahren will, insolge eines Beschlusses der Vertrauensleute, die mit 15 gegen 10 Stimmen den Antrag, die Arbeit wieder aufzunehmen, annahmen, weil die Direktion bereit ist, nach Aufnahme der Arbeit die Uebelstände abzustellen.

Wien, 16. Mai. (B. Z.) Hier geht das Gerücht, ein Führer der macedonischen Liga habe gelegentlich einer Audienz bei dem Fürsten von Bulgarien zu erdolchen. Er wurde jedoch durch die Dienerschaft an seinem Vorhaben verhindert und verhaftet.

Wien, 16. Mai. (B. Z.) Verwaltungsgerichtsrat Hofrat Heiterer sandte dem Landmarschall Baron Gudanus seine Zeugen, weil dieser es zuließ, daß die Mitglieder des Verwaltungsgerichtshofes im Landtage beschimpft wurden.

Charleroi, 16. Mai. (B. Z.) Der Ausschuß des belgischen Bergarbeiterverbandes hat einstimmig beschlossen, durch Aufnahme der Arbeit den Gruben auszustand zu beendigen.

Rom, 16. Mai. (B. Z.) Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani“ sind in zwanzig Gemeinden der Bezirke Auro und Ozieri (Sardinien) in der Nacht vom 14. zum 15. d. Mts. zahlreiche Personen verhaftet worden, welche Jahre lang das flache Land in den genannten Bezirken unsicher gemacht und die Bevölkerung durch ihre Verbrechen in Schrecken gesetzt hatten. Auch sind viele Personen, die den Verbrechern Beihilfe geleistet hatten, der Justizbehörde übergeben worden. Unter den Verhafteten befinden sich einige Bürgermeister und Gemeindefunktionäre. Ebenso wurden einige Kommunalverwaltungen aufgelöst, welche dem Einfluß jener Verbrecher unterworfen waren und sich schwere Verstöße gegen die Gesetze schuldig gemacht hatten. Die Verhaftungen erfolgten ohne jeden Zwischenfall.

Madrid, 16. Mai. (B. Z. V.) Der Kriegsminister erhielt von General Rios ein Telegramm, in welchem dieser mitteilt, er sei mit General Otis übereingekommen, die Stadt Zamboanga und die Insel Jolo sofort zu räumen. Nach letzterer sei ein Dampfer abgegangen, um die Besatzung nach Zamboanga zu überfahren. Hier wären zwei Schiffe zur Aufnahme der Garnison bereit. Die Amerikaner werden die Insel Jolo besetzen und der spanischen Flotte militärische Ehren erwiesen.

Bretoria, 16. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Durch die heute früh in Johannesburg erfolgte Verhaftung von sieben Personen, welche frühere britische Offiziere sein sollen und des Hochverrats beschuldigt werden, ist hier große Aufregung hervorgerufen worden. Die Namen der Verhafteten sind Richards, Patterson, Tremlett, Ellis, Fries, Hooper und Mitchell. Dieselben wurden mit einem besonderen Zuge, welcher zu ihrer Aufnahme in Johannesburg bereitstand, hierher gebracht. Nachdem sie in das Gefängnis eingeliefert waren, wurden sie von dem hiesigen britischen diplomatischen Agenten aufgesucht. Die Verhaftungen wurden durch die Wirkung eines Defektios ermöglicht, welcher sich den Verhaftungen der Verhafteten scheinbar angeschlossen hatte, deren Ziel, wie geräuschweise verlautet, die Anwesenheit von Mannschaften zum Zwecke eines bewaffneten Aufstandes war. Es heißt ferner, es seien belastende Papiere vorgefunden worden und es würden weitere Verhaftungen erwartet.

Herzog. In dem Briefe heiße es: Festungspläne nehme ich von nun ab nur mehr für 10 Krants per Stück. Für diesen Preis kann ich so viele haben, als ich will. Der „Figaro“ fügt hinzu, man könne nicht gut annehmen, daß die Verweigerung von Dreyfus und Dubois auf einem bloßen Irrtum beruhe. —

Italien.

Italien in China. In der gestrigen Ministerkonferenz in Rom wurde betreffs der Angelegenheit der Sanmubai eine wesentliche Modifikation der von den früheren Ministern verfolgten Absichten beschlossen. Sowie man erfährt, wird nunmehr Italien lediglich eine Handelsniederlassung in China errichten, die nicht militärisch verwaltet wird. In diesem Sinne wird der neue Gesandte Instruktionen erhalten. —

Spanien.

In den Anarchistenforderungen in Spanien. Madrid, 16. Mai. Die Bewegung zu Gunsten der im Gefängnis von Montjuich unschuldig verurteilten Anarchisten nimmt eine größere Ausdehnung an. Die Regierung hat auf Veranlassung der Königin-Regentin eine neue gründliche Untersuchung über die Behandlung der Gefangenen im Gefängnis von Montjuich eingeleitet.

Rußland.

Im Lande des Friedens-Zaren. In Kiew sind Anfang Mai gegen 500 (!) Hausdurchsuchungen und 150 Verhaftungen vorgenommen worden. Die wachsende Arbeiterbewegung macht die Regierung allem Anschein nach immer nervöser. Aus politischen Gründen sind in den letzten Tagen auch in Moskau Verhaftungen vorgenommen worden. In Petersburg sind Anfang Mai gegen 250 Personen verhaftet. So wird in Rußland der innere Frieden hergestellt. —

Asien.

Den Chinesen geht ein Licht über die europäischen Freundschaften auf. Aus Peking wird berichtet: In der Kiste, mit welcher die russische Forderung einer direkten Eisenbahnverbindung mit Peking abgelehnt wird, erklärt die chinesische Regierung, sie könne nicht mehr an russische Freundschafts-Versprechungen glauben.

Wenn sie jemals daran geglaubt haben, dann wären die Chinesen sehr naiv gewesen. —

Amerika.

Auch Kuba macht den Amerikanern, ebenso wie die andere Erbschaft aus dem spanischen Kriege, allerlei Verdrießlichkeiten. Ein Telegramm aus Washington besagt, es sei aller Grund zu der Annahme vorhanden, daß die amerikanischen Behörden nicht völlig mit der Lage auf Kuba zufrieden seien. Die Verwaltung denke nicht daran, den Kubanern zu gestatten, noch länger ihre Heeresorganisation aufrecht zu halten. Es würden vielmehr Maßnahmen getroffen werden, die kubanische Armee aufzulösen und zu entwaffnen. Die Anhäufung von Waffen und Munition seitens der Kubaner werde in gewissen Kreisen als das Anzeichen von Vorbereitungen für eine bewaffnete Erhebung angesehen, für den Fall, daß die Vereinigten Staaten nicht allen Wünschen der Kubaner nachkämen. Auch über die Haltung von Maxim G o m e z seien die amerikanischen Militärbehörden unwillig. Die Lage sei so gespannt, daß ein Bruch bevorzustehen scheint.

Washington, 16. Mai. Die Lage auf Kuba wird in einigen hiesigen Kreisen für ernst gehalten. Es verlautet, General Brooke erhalte keine speziellen Instruktionen, da er bereits Vollmacht besitze, im Falle eines Aufstandes der Kubaner nach bestem Ermessen zu handeln. —

Partei-Nachrichten.

Zur Angelegenheit des Genossen Müller in Magdeburg veröffentlicht jetzt die Magdeburgerische „Volkstimme“ die Eingabe des Genossen Albert Schmidt an die Staatsanwaltschaft, worin er sich zur alleinigen Täterschaft in der Majestätsbeleidigungssache bekennt. Er teilt darin mit, daß er die fragliche Nummer der „Volkstimme“ ganz allein hergestellt habe, daß Müller während dieser Zeit auf Urlaub war und daß dessen Name nur aus Versehen weiter am Kopfe des Blattes geführt worden ist, weil über seinen Nachfolger noch keine Entscheidung gefaßt worden war. Müller habe sich auch über die Weiterführung seines Namens beschwert und insolge dessen sei sofort eine Aenderung eingetreten.

Ueber die Umstände, unter denen der infrimierte Artikel in die Zeitung gekommen ist, macht er genauere Angaben. Danach hat er den Artikel in einem anderen Blatte gelesen und ihn ausgeschnitten und aufgelegt, um ihn mit nach Berlin zu nehmen und dort zu zeigen, da er kurz zuvor in Berlin von dem geschändeten Ereignis gehört habe. Er sei nur aus Versehen unter das Manuskript geraten und dann zu seinem großen Entsetzen in der Zeitung erschienen, die er erst gesehen habe, als sie schon ausgegeben war. Schmidt macht noch darauf aufmerksam, daß er gewußt habe, auf wen der Artikel gemünzt sei und daß es daher ungeheuer leichtfertig gewesen wäre, ihn absichtlich zu veröffentlichen. Solche Leichtfertigkeit sei ihm, der seit 16 Jahren agitatorisch und journalistisch thätig und dabei noch unbestraft sei, nicht zuzutrauen.

Unter Magdeburgerische Parteiblätter teilt dann noch mit, daß das Gerücht bezweifle, ob Müller für die fragliche Nummer 174 als Unrecht als Redakteur genannt worden sei, während es dies für einige vorausgegangene Nummern durch die Aussage Haarbaums als erwiesen annimmt.

Internationale Solidarität. Für die Angehörigen der im Dresdener Landfriedensdruck Verurteilten sandte der Arbeiterverein in Sao Paulo (Brasilien) 20 M. Von der Insel Java gingen zu demselben Zwecke 5 M. vom Adjunkten Kuscha ein.

Vom Centralkomitee des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes in Rußland wird uns mitgeteilt: In Wilna hat am 1. Mai eine bedeutende Kundgebung stattgefunden. Während die Polizei fast alle ihre Leute mit dem Durchsuchen der umliegenden Wälder beschäftigte, wo sie auf Grund der Erfahrung der früheren Jahre Arbeiterversammlungen vermutete, hat am Abend dieses Tages in der Stadt selbst eine Arbeiterdemonstration stattgefunden. Gegen tausend Arbeiter und Arbeiterinnen — zum größten Teil jüdische — sammelten sich im Stadtpark „Tscharnil“ an, eine rote Fahne wurde aufgerollt und die Arbeitermarschälle im russisch-jüdischen Jargon einige Male gesungen; auf die Ausrufe: „Nieder mit dem Absolutismus! Hoch die politische Freiheit!“ folgte laut „Hurra!“ Aus dem Stadtpark ging die Menge die Hauptstraße der Stadt entlang. Hier sich die Polizei und ging auseinander, dabei wurden 17 Personen verhaftet, von welchen bis jetzt nur drei entlassen worden sind. In L o d z hat der erste Mai auch Anlaß zu Verhaftungen unter den jüdischen Arbeitern gegeben, in W e l o f o t ist es zu keinen Verhaftungen aus Anlaß des Tages gekommen.

Zur Verbreitung der Maiflugblätter in Westrußland ist noch nachzutragen, daß außer der Polnischen Sozialistenpartei und des Jüdischen Arbeiterbundes solche Flugblätter — und zwar heimlich in Rußland gedruckt — seitens der Litauischen sozialdemokratischen Partei und des Polnischen Arbeiterbundes (des nicht politisch-patriotischen Teils der polnischen Sozialdemokratie) verbreitet wurden. —

*) Die in der Nr. 108 des „Vorwärts“ gebrachte Mitteilung, daß am 1. Mai 200 Arbeiter und Arbeiterinnen in einem Walde in der Umgegend von Wilna verhaftet worden seien, war uns nicht direkt aus Wilna, sondern aus einer anderen Stadt Westrußlands zugegangen. Da die an der Spitze der jüdischen Arbeiterbewegung stehenden Genossen, welche uns jetzt Mitteilung von der Straßendemonstration in Wilna selbst machen, diese Verhaftungen im Walde mit keiner Silbe erwähnen, nehmen wir an, daß das in anderen Städten Westrußlands verbreitete Gerücht lediglich auf einer ungenauen Wiedergabe der uns jetzt von kompetenter Seite mitgeteilten Vorgänge beruht. Bei den ungeheuren Schwierigkeiten, welche die russische Regierung der Verbreitung von Nachrichten über Vorgänge in der Arbeiterbewegung entgegensetzt, ist leider das Auftauchen solcher falscher Berichte unvermeidlich.

Reichstag.

83. Sitzung vom Dienstag, den 16. Mai 1899, 1 Uhr.
Im Bundesrat: Graf Posadowsky.
Die zweite Beratung des Invalidenversicherungs-Gesetzes wird fortgesetzt bei § 20a, der von der Gemeinlast und Sonderlast handelt.

Nach den Vorschlägen der Kommission veraltet jede Versicherungsanstalt ihre Einnahmen und ihr Vermögen (Gemeinvermögen und Sondervermögen) selbständig. Aus denselben sind die von den alten Versicherungsverträgen gemeinsam aufzubringende Last (Gemeinlast) und die den einzelnen Versicherungsverträgen verbleibende besondere Last (Sonderlast) zu decken. Die Gemeinlast wird gebildet durch drei Viertel sämtlicher Altersrenten, die Grundbeträge aller Invalidenrenten, die Rentenerhöhungen infolge von Krankheitswunden und die Rentenaufwendungen. Alle übrigen Verpflichtungen bilden die Sonderlast der Versicherungsanstalten. Zur Deckung der Gemeinlast werden in jeder Versicherungsanstalt vom 1. Januar 1900 ab vier Zehntel der Beiträge buchmäßig ausgeschieden (Gemeinvermögen). Vom Gemeinvermögen sind für keinen buchmäßigen Bestand von der Versicherungsanstalt Zinsen gutgeschrieben. Den Zinsfuß bestimmt der Bundesrat für die § 20 Abs. 1 bestimmten Zeiträume einheitlich für alle Versicherungsanstalten.

Eine weitere Bestimmung (Absatz 4) über die Neuregelung nach zehn Jahren für den Fall, daß das Gemeinvermögen nicht ausreicht, wird einweisen auf Antrag des Abg. Richter (fr. Sp.) aus der Diskussion ausgeschlossen.

Ein Antrag Albrecht und Genossen (Soz.) will die Gemeinlast auf die Grundbeträge der Altersrenten beschränken, deren Gesamtbetrag jährlich auf die Versicherungsbeiträge zugelegt wird. Alle übrigen Verpflichtungen sollen die Sonderlast der Versicherungsbeiträge bilden.

Die Abgg. Jechter und Genossen (L.) beantragen, die Bestimmung von § 20a auf die Versicherungsanstalten von Preußen und Bayern zu beschränken.

Abg. v. Staudy (L.):

Das Ziel des Ausgleichs erkennen wir als eine unabwendbare Notwendigkeit an. Es hat sich seit einer ganzen Reihe von Jahren gezeigt, daß eine Reihe von Versicherungsanstalten auf die Dauer nicht existenzfähig sind. Die Versicherungsanstalt Ostpreußen würde schon im nächsten Jahre genötigt sein, zur Deckung ihrer Verpflichtungen das gesammelte Vermögen anzugreifen und würde im Jahre 1910 neun Millionen Defizit haben. (Hört! hört! rechts.) Meine politischen Freunde sind bereit, ihre besonderen Wünsche zurückzustellen, wenn wir im Gesetz Garantie dafür erhalten, daß die notleidenden Anstalten sanft und sanftmütig werden und der ganzen Vorlage gegenüber ablehnend verhalten.

Abg. Jechter (L.):

begründet seinen Antrag. Nachdem die prinzipielle Frage, ob Reichsversicherungsanstalt oder Gliederung nach Bundesstaaten zu Gunsten der letzteren entschieden ist, halten wir es für richtig, daß nicht die beiden einzig notleidenden Bundesstaaten, Preußen und Bayern, nun auch die anderen Bundesstaaten in Mitleidenschaft ziehen. Außerdem sind diese beiden Staaten die einzigen, die mehr als eine territorial abgegrenzte Versicherungsanstalt haben, und gerade diesen Umstand halten wir für die Ursache ihrer jetzigen Notlage. Daher ist es nicht mehr als recht und billig, daß diese beiden Staaten die Schäden unter sich ausgleichen.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky:

Unzweifelhaft hätte man von vornherein eine einzige Versicherungsanstalt für das Reich geschaffen, wenn man sich nicht klar darüber gewesen wäre, daß bei einer Anstalt von so ungeheurer Umfang eine geordnete Verwaltung unmöglich gewesen wäre. Auch der preussische Staat war für eine einzige Anstalt noch ein zu großes Verwaltungsgebiet. Man hat daher dort provinzielle und kommunale Versicherungsanstalten gegründet. Diese haben sich durchaus bewährt und eine Zusammenlegung derselben zu einer einzigen Landesversicherungsanstalt würde sich nicht empfehlen. Gegenüber dem Antrag Jechter muß ich vor allem betonen, daß es sich hier nicht um Staatsvermögen oder Kommunalvermögen handelt. Es handelt sich um eine Vermögensmasse, die den deutschen Arbeitern, den Versicherten gehört. Der Zweck des Ausgleichs kann nur sein, es zu ermöglichen, daß der große soziale Reichsbedarf, den die Versicherung darstellt, gleichmäßig von allen Versicherungsanstalten in den verschiedenen deutschen Landesteilen erfüllt werden kann. Es ist klar, daß im Laufe der Freizügigkeit, wo sich je nach der wirtschaftlichen Konjunktur geradezu Völkerwanderungen der Arbeiter vollziehen, die Last für diese Versicherung eine gemeinsame Reichslast sein muß. Nebenbei haben sich auch alle deutschen Regierungen mit dem Ausgleich unter allen deutschen Versicherungsanstalten einverstanden erklärt. Ich bitte Sie also, es bei den Vorschlägen der Kommission zu belassen, diese sind das mindeste, was man fordern muß, um eine Art Rückversicherung für alle Versicherungsanstalten zu schaffen.

Abg. Richter (fr. Sp.):

beauftragt, den ganzen Paragraphen zu streichen. Eine Rückversicherung kann man diesen Ausgleich nicht nehmen, denn es handelt sich um Zuwendungen, für die keineswegs dem Risiko entsprechende Beiträge entrichtet sind. Will man wirklich eine Gemeinlast neben einer Sonderlast, so wäre das richtige, sie lediglich als den Grundbeträgen der Altersrenten bestehen zu lassen, denn die Feststellung der Altersrente ist eine sehr einfache Sache. Durch die Einziehung der Grundbeträge der Invalidenrente wird die Sache außerordentlich kompliziert. Das Hauptbedenken gegen den Ausgleich liegt darin, daß für die einzelnen Versicherungsanstalten jeder Ansporn in Wegfall kommt, sparsam zu wirtschaften, denn die Prämien eines solchen sparsamen Vorgehens werden den Anstalten entzogen. Die Folge davon wird eine erhebliche Steigerung der Verwaltungskosten sein.

Man hat zur Begründung des Ausgleichs auf das Schreckgespenst — dieser Ausbund ist ja jetzt erlaubt (Heiterkeit); es präsidiert nämlich gerade Graf Vallasstrom, nicht v. Frege, der den Ausbund Schreckgespenst seiner Zeit für unparlamentarisch erklärt hat hingewiesen, daß die ökonomischen Anstalten sonst dem Ruin entgegengehen. Aber auch das kann unsere Haltung nicht beeinflussen. Hängt man erst einmal mit dem Ausgleich überhaupt an, so kommt man konsequenter Weise überhaupt zu Reichsanstalten. Und aus diesem Grunde müssen wir jedem derartigen Versuch entgegenzutreten. (Grado! bei den Freisinnigen.)

Abg. Wollenbuhr (Soz.):

Der Grundgedanke des Ausgleichs entspricht an sich durchaus unseren Prinzipien, da wir gerade eine Verwaltung seitens des Reichs wünschen. Schon bei der Schaffung dieses Gesetzes war von uns der Antrag gestellt worden, eine Reichsanstalt zu gründen. Bedenkliches damals darauf hin, daß eine andere Organisation notwendigerweise zu Katastrophen führen könnte. Weniger als ein Jahrzehnt hat genügt, um das wirklich zu beweisen. Wir sind noch heute Anhänger der Zentralisation, genau so wie damals. Am wenigsten aber können wir uns mit einem Partikularismus befreunden, dem der Abg. Jechter hier das Wort geredet. Man sollte sich doch davon in acht nehmen, einen Gegensatz zwischen den einzelnen Staaten zu schaffen. Eine einfache Berechnung ergibt, daß die sämtlichen Versicherungsanstalten durch die vollständige Auflösung von den übrigen Staaten weder günstiger noch ungünstiger sich stellen würden. Den wesentlichen Vorteil von der Sache würden dann lediglich die Hausstädte davontragen; denn diese haben eine fast rein industrielle Bevölkerung, die zum größten Teil in den höchsten Lohnklassen versichert ist. Nun sehen wir aber nicht ein, weshalb wir ihnen einen ganz besonderen Nutzen verschaffen sollen.

Wir sind aber genötigt, in diesem Gesetz unsere prinzipiellen Forderungen etwas einzuschränken. Wir wollen die Gemeinlast lediglich auf die Grundbeträge der Altersrenten beschränken. Wir erachten das für einen genügenden Ausgleich. Es kann nachgewiesen werden, daß in Bezirken mit ländlicher Bevölkerung die Altersrente viel häufiger zur Auszahlung gelangt, als in industriellen, weil die Leute dort eben viel länger leben. Wir würden auch keinen Anstand nehmen, daselbst mit der Invalidenrente zu thun, wenn nur sonst eine gleiche Basis vorhanden wäre, die einen allgemeinen Ausgleich rätlich erscheinen ließe. Wir sehen aber die merkwürdige Erscheinung, daß die Invalidenrente da am stärksten in Anspruch genommen wird, wo eine Krankenversicherung nicht vorhanden ist. Das ist ja auch wohl der Grund, der Süddeutschland veranlaßt, sich mit Norddeutschland nicht zusammenzusetzen lassen zu wollen. Sie haben gestern beschlossen, daß die gegen Krankheit Versicherten ebenso schlecht gestellt werden sollen, wie die Nichtversicherten. Damit haben sie eine Ungleichheit geschaffen, die wir beseitigen wollen; und wir glauben, daß die Annahme unseres Antrags einen moralischen Eindruck auf diejenigen Landesteile ausüben werde, wo heute eine Krankenversicherung noch nicht existiert, eine solche einzurichten.

Ein Umstand hat mich heute wirklich gefreut. Ich habe nämlich wahrgenommen, daß auf Seiten der Regierung Aufschauungen über das Vermögen der Anstalten geäußert werden, die den unserigen sich nähern. Bei der ersten Beratung des Entwurfs sagte der Staatssekretär Graf Posadowsky, daß das Vermögen der Anstalten Reichsgelder darstelle. Heute aber sagte er, daß es den deutschen Arbeitern gehöre. Er erkennt also an, daß das Vermögen der Versicherungsanstalten Eigentum der Versicherten sei. Das ist ein sehr bemerkenswerter Fortschritt. Nun aber muß man in diesem Sinne auch weiter gehen. Man muß den Versicherten einen größeren Einfluß auf die Verwaltung zugestehen. Wenn erst die Arbeiter die Verwaltung in ihre Hände bekommen, so werden sie mit Leichtigkeit über alle die Schwierigkeiten hinwegkommen, die die Regierung nicht zu überwinden vermag.

Abg. Lehr (natl.):

tritt für den Antrag der Kommission ein und erklärt den Antrag Jechter für durchaus unannehmbar, ebenso den sozialdemokratischen Antrag.

Abg. Schmidt-Eberfeld (fr. Sp.):

legt die Gründe dar, die für die Vorschläge der Kommission zu § 20a bestimmend waren. Das große Unannehmliche sich eingestellt hätte, sei erwiesen. Der Grundgedanke jeder Versicherung sei, daß alle eintreten für einen. Nur politische Gründe verhindern die Gründung einer Reichsanstalt für die Versicherung. Aber daraus folgt nicht, daß die einzelnen Versicherungsanstalten verschoben belastet sein sollen. Man dürfe doch die einzelnen Versicherungsanstalt nicht zahlungsunfähig werden lassen. Andererseits kann man doch auch nicht für einzelne Landesteile eine so erhebliche Erhöhung der Beiträge eintreten lassen, daß damit ein Ausgleich geschaffen werden könne. Ein Ausgleich sei nur auf dem von der Kommission vorgeschlagenen Wege möglich.

Abg. Febr. v. Nischhofen (L.):

Die ganze Vorlage steht und fällt mit dem Ausgleich. Sie wird durch die Notwendigkeit des Ausgleichs motiviert. Der Ausgleich, den die Sozialdemokraten vorschlagen, ist gar kein Ausgleich. Der Antrag Jechter schafft auch nicht den von uns gewünschten Ausgleich, auch unbedenklich ist er nicht. Er anerkennt, daß die Kommission im wesentlichen den gewünschten Ausgleich herbeigeführt habe, er möchte aber doch über den Kommissionsantrag hinausgehen, denn es frage sich doch, ob die Gemeinlast ausreichend darin bemessen sei. Er beantrage deshalb nicht nur drei Viertel der Altersrenten, sondern sämtliche Altersrenten dabei in Betracht zu ziehen.

Seh. Rat Beckmann

verteidigt die rechnerischen Unterlagen des Ausgleichs gegenüber dem Abg. Richter. (Die Einzelheiten seiner Darlegungen bleiben aber auf der Tribüne unberührt.)

Abg. Röske (wildliberal)

bestätigt die Annahme der Kommissionsvorschläge. Diese stellen ein Kompromiß dar. Die Bemessung des Ausgleichs erscheine ausreichend und eine sparsame Verwaltung ließe sich mit ihm ganz gut ermöglichen.

Damit schließt die Diskussion über den ersten Teil des § 20a. Es folgt die Erörterung des Schluppsatzes, welcher lautet:

„Ergibt sich bei Ablauf der in § 20 Abs. 1 bezeichneten Zeiträume (31. Dezember 1910, demnächst für je zehn weitere Jahre), daß das Gemeinvermögen zur Deckung der Gemeinlast nicht ausreicht oder nicht erforderlich ist, so hat der Bundesrat für den nächstfolgenden Zeitraum über die Höhe des dem Gemeinvermögen zu überweisenden Teils der Beiträge unter Ausgleichung der entstandenen Fehlbeträge oder Ueberschüsse zu beschließen. Eine Erhöhung des dem Gemeinvermögen zu überweisenden Teils der Beiträge bedarf der Zustimmung des Reichstages.“

Hierzu beantragen die Abgg. Müller-Hulda (L.) und Genossen folgende Fassung:

„Ergibt sich, daß das Gemeinvermögen zur Deckung der Gemeinlast nicht ausreicht oder nicht erforderlich ist, so hat der Bundesrat für den nächstfolgenden Zeitraum über die Höhe des für das Gemeinvermögen buchmäßig auszuscheidenden Teils der Beiträge zwecks Ausgleichung der entstandenen Fehlbeträge oder Ueberschüsse zu beschließen.“

Eine Erhöhung des für das Gemeinvermögen buchmäßig auszuscheidenden Teils der Beiträge bedarf der Zustimmung des Reichstages.

Die Ausgleichung der Fehlbeträge und Ueberschüsse erstreckt sich nicht auf das bis zum 31. Dezember 1899 angesammelte Vermögen der Versicherungsanstalten.“

Den letzten Satz dieses Antrags beantragt Abg. Schmidt-Eberfeld (fr. Sp.) wie folgt zu fassen:

„Das am 31. Dezember 1899 und weiter das bei Ablauf der in § 20 Abs. 1 bezeichneten Zeiträume angesammelte Vermögen der Versicherungsanstalten darf zur Deckung der Gemeinlast nicht herangezogen werden.“

Bei der Gesamtabstimmung über den Paragraphen werden die Anträge Jechter (L.), Albrecht (Soz.), Nischhofen (L.) und Richter (fr. Sp.) abgelehnt. Der Antrag Müller-Hulda (L.) mit dem Amendement Schmidt-Eberfeld wird mit großer Mehrheit angenommen. Der gesamte so veränderte § 20a wird darauf gleichfalls angenommen. Dagegen stimmen die Sozialdemokraten und ein Teil der Freisinnigen.

Präsident Graf Vallasstrom schlägt darauf vor, zunächst die gestern zurückgestellte Abstimmung über den § 8 vorzunehmen.

Abg. Richter (fr. Sp.) widerspricht diesem Vorschlage. Der § 8 steht nicht auf der Tagesordnung. Dort steht nur: Die Beratung wird fortgesetzt mit § 20a ff.

Abg. Arendt (fr.): Der Widerspruch des Abg. Richter würde nur eine Verächtlichkeit haben, wenn heute hier über den § 8 beraten werden sollte.

Abg. Singer (Soz.): Der Herr Abgeordnete Arendt ist wohl noch nicht lange genug Mitglied des Hauses, um eine Autorität für die Auslegung der Geschäftsordnung zu sein. Die Abstimmung über § 8 steht allerdings nicht auf der Tagesordnung, und Änderungen der Tagesordnung können nur vorgenommen werden, wenn kein Mitglied des Hauses widerspricht.

Präsident Graf Vallasstrom: Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Invalidenversicherungs-Gesetzes. Die Beratung wird fortgesetzt mit § 20a. Wir haben gestern die Veratung über den § 8 zurückgestellt, also hinter den § 20a.

Abg. Richter (fr. Sp.) bleibt bei seiner ersten Auffassung. Abg. Dr. Vieber (L.): Der Herr Präsident hat gestern seinen Zweifel darüber gelassen, daß heute die Abstimmung über den zurückgestellten Paragraphen stattfinden solle. Er hat uns dabei ausdrücklich aufgefordert, heute möglichst zahlreich hier zu erscheinen. Die Worte der Tagesordnung, die Beratung wird fortgesetzt bei § 20a, sind nichts anderes als eine Bureaumotiv; die gestern durch den Präsidenten mündlich festgestellte Tagesordnung ist maßgebend, nicht dieser Druckwisch. (Heiterkeit.)

Abg. Arendt (fr.): Ich bin jeder Belehrung durch den Herrn Abg. Singer unzugänglich. (Heiterkeit.) Die Auffassung des Abg. Richter ist nichts als Wortstreiterei.

Abg. v. Levetzow (L.): Ich bin eine ganze Zeit lang in der Lage gewesen, die Tagesordnung festzusetzen, habe also wohl einige Erfahrung darin. Ich habe aber aus dem Zufall die Beratung beginnt mit § 20a weiter nichts entnommen, als daß eben mit der Beratung dieses Paragraphen begonnen werden soll. Im übrigen steht auch nach meiner Meinung das ganze Gesetz auf der Tagesordnung.

Abg. Richter (fr. Sp.) verweist auf die Tatsache, daß sonst, wenn eine angelegte Abstimmung vorgenommen werden sollte, dies stets auf der Tagesordnung vermerkt gewesen ist.

Abg. Singer (Soz.): Ich habe nie geglaubt, daß der Abg. Arendt der Belehrung überhaupt zugänglich ist. (Heiterkeit.) Dem Herrn Abg. Vieber gegenüber bemerke ich, daß dieser „Druckwisch“ mit dem Namen des Herrn Präsidenten bezeichnet ist. In der Sache kann ich mich nur auf meine vorherigen Ausführungen berufen. Da die Abstimmung über den § 8 nicht auf der Tagesordnung steht, genügt der Widerspruch eines Abgeordneten, um sie zu verhindern. Ich vertrete es ja ganz gut, daß Sie den Herrn Präsidenten nicht sitzen lassen wollen mit seiner Auffassung. Aber damit kein Präzedenzfall geschaffen wird, müssen wir uns entschieden gegen alle diese künstlichen Interpretationen wenden.

Abg. Wasserbaum (natl.) verweist auf den § 33 der Geschäftsordnung, der bestimmt, daß die Tagesordnung am Schluß jeder Sitzung durch den Präsidenten verkündet wird. Das ist gestern geschehen. Der Herr Präsident hat verkündet, daß wir fortfahren mit der Beratung des Invalidenversicherungs-Gesetzes, nicht daß die Beratung fortgesetzt wird mit § 20a.

Präsident Graf Vallasstrom verweist auf § 19 der Geschäftsordnung, der bestimmt, daß der Reichstag die Reihenfolge der Beratung der einzelnen Paragraphen eines Gesetzes beliebig abändern könne. Im übrigen liegt hier ein Fall vor, wo die Ansicht des Präsidenten mit der von Mitgliedern des Hauses nicht übereinstimmt. In einem solchen Falle giebt es nur einen Richter, das ist das Haus, und diesen Richter (Große Heiterkeit) werde ich jetzt befragen.

Das Haus beschließt, über § 8 abzustimmen (gegen Socialdemokraten und Freisinnige.)

Die Abstimmung über § 8 ergibt, unter Ablehnung der Amendements Richter und Albrecht, keine Annahme in der Kommissionsfassung mit einer vom Abg. Röbel beantragten redaktionellen Veränderung.

Es folgt die gestern angelegte Beratung des § 16, der von der Wartezeit handelt. Dieser soll bei der Invalidenrente 200, bei der Altersrente 1200 Beitragswochen betragen. Im Falle der Selbstversicherung soll die Wartezeit bei der Invalidenrente 400 Beitragswochen betragen.

Abg. v. Nischhofen (L)

beantragt, daß die Wartezeit bei der Invalidenrente, wenn mindestens für 100 Beitragswochen auf Grund der Versicherungsbeiträge geleistet worden sind, 200 Beitragswochen, andernfalls 400 Beitragswochen betragen und der zweite Absatz (Selbstversicherung) fortzufallen soll.

Abg. Röske (wildliberal)

beantragt, daß die Wartezeit bei der Invalidenrente 400 Beitragswochen betragen soll, und daß auf die Wartezeit für die Invalidenrente die Beitragswochen, für welche auf Grund der Versicherungsbeiträge geleistet sind, doppelt in Anrechnung gebracht werden sollen.

Abg. Röbel (natl.) beantragt, daß für Selbstversicherte statt 400, 600 Wochen gesetzt werden, damit größere Renten den Mißbräuchen der freiwilligen Versicherung geschaffen werden.

Geheimrat Hofmann

bittet um Ablehnung des Antrags Röske, um Annahme des Antrags Nischhofen.

Abg. v. Salisch (L)

legt ein Wort zu Gunsten der Selbstversicherten ein. Er bittet, es bei den 400 Wochen zu belassen.

Damit schließt die Diskussion. § 16 wird, unter Ablehnung der Amendements Röske und Röbel, mit dem Amendement Nischhofen angenommen.

Die Weiterberatung wird auf Mittwoch 1 Uhr vertagt. Schluß 5¼ Uhr.

An die baugewerblichen Arbeiter Deutschlands!

Arbeitsgenossen! Laut Beschluß des ersten Bauarbeiterkongresses hat sich in Hamburg die Centralkommission für Bauarbeiteramt konstituiert und ist in Tätigkeit getreten.

Zur Erringung eines vernünftigen Schutzes für Leben und Gesundheit der Arbeiter im Baugewerbe, um die Lage dieser Arbeiter entgegen zu gestalten, bedarf es einer energischen Vethätigung im Sinne dieser Kongressbeschlüsse. Vor allem werden die baugewerblichen Arbeiter und ihre Vertrauensmänner nach der Richtung vorgehen haben, daß sie die Fragen nicht nur agitatorisch behandeln, sondern in den einzelnen Orten Kommissionen bilden, die die Aufgabe haben, die Zustände auf den Baustellen fortgesetzt zu beobachten, von Zeit zu Zeit eine Kontrolle in besonderer Beziehung zu den Unfallverhütungs-Vorrichtungen ausüben und versuchen, die ortsbaupolizeilichen Schutzbestimmungen durchzuführen und ihre Wahrnehmungen in einer geordneten Zusammenstellung der unterzeichneten Kommission einzulenden.

Die Centralkommission wird, ihrer Aufgabe gemäß, den in der Sache thätigen Personen überall unterstützung und beratend zur Seite stehen. Die Vielfältigkeit dieser so jämmerlichen Zustände im Baugewerbe bedingt aber auch, daß die fortgeschrittenen, denkenden Arbeiter der einzelnen Berufe sich in der Frage gütlich unterrichten, sich das einschlägige literarische Material zu eigen machen, ganz besonders aber das Protokoll des ersten Bauarbeiterkongresses, das in aller nächster Zeit zur Verfügung kommt, aufmerksam studieren. — Aber die Centralkommission wird auch andererseits, um den Landes-, Provinzial- und Ortskommissionen ihre Aufgabe zu erleichtern und unserem Vorgehen einen einheitlichen und zielbewußten Charakter zu geben, den Vertrauensmännern Anweisung- und Aufnahmeformulare zugehen lassen, aus denen die Direktive für unsere gemeinsame Tätigkeit leicht ersichtlich ist.

Wenn wir, unbeeinträchtigt um das Geheiß der Verschwörer, aller Vorder- und Hintermänner der Arbeiterausbeutung im Baugewerbe, unbeeinträchtigt um die Drohungen und reaktionären Wächterschaften der Baugewerksämter, unter großes Ziel verfolgen, so werden wir — wie auch die Auslassungen der Regierungspersonen in den letzten Tagen über die Stellungnahme der Reichsregierung zu dieser Frage wieder beweisen — dem Schritt im Schritt näher kommen. Vor allem gilt es, für unsere Sache die öffentliche Meinung zu gewinnen. Alle Faktoren des öffentlichen Lebens: die Wissenschaft, die politischen Kreise, die Parlamentarier müssen wir für die aller Kultur, allem Rechtsbewußtsein hochsprachen Zustände im Baugewerbe zu interessieren suchen. In der Presse und den öffentlichen Ver-

sammlungen darf die Frage nicht von der Tagesordnung ver-
schwinden!

Mit Festigkeit und jäher Ausdauer müssen wir die Aufgaben,
die uns allen der Erste Banarbeiterkongress erteilt hat, durch-
führen und das gezeichnete Ziel, die Beseitigung der Korruption im
Vaugewerbe, zu erreichen suchen. Es braucht wohl hier nicht besonders
erwähnt zu werden, daß bei der Vielfältigkeit der politischen Ge-
staltung in Deutschland, in besonderer Beziehung zu den Vereinen
und Versammlungen gesehen auch ein bestimmtes Vorgehen
überall am Platze ist. Es ist deshalb notwendig, die Kommissionen
oder die Vertrauensmänner, die mit der Zentralkommission in
Korrespondenz treten, in öffentlichen Versammlungen aller bau-
gewerblichen Arbeiter am Orte zu wählen.

Die Zentralkommission hat den Genossen G. Heine zu ihrem
Geschäftsführer bestimmt, an den alle Sendungen, Briefe, An-
fragen u. zu richten sind. Derselbe wird auch nach jeder Richtung
unterstützend eingreifen.

Nun vorwärts!!

Die Zentralkommission für Banarbeiterkongress zu Hamburg.
Z. B. Bömelburg, Maurer. Fr. Paepow, Maurer.
Fr. Schrader, Zimmerer. A. Bringmann, Zimmerer.
A. Tobler, Maler. H. Bentler, Maler. F. Arens, Bau-
arbeiter. W. Hempel, Bauarbeiter. A. Schröder, Tischler.
B. Hill, Tischler. O. Pessier, Tischler. G. Sittenfeld,
Stuccateur. Thielberg, Stuccateur. O. Schner, Dachdecker.
A. Gerber, Dachdecker. Leineweber, Steinbildhauer.
W. Kaufhold, Steinmetz. S. Blumenberg, Glaser.
Alle Briefe und Sendungen in Sachen des Banarbeiterkongresses
sind an G. Heine in Hamburg-St. Georg, Neue Bremerstr. 16,
1. Etage, zu richten.

Alle arbeitersfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Tokales.

Der Wahlverein des dritten Wahlkreises hält heute abend
8 1/2 Uhr im Märkischen Hof, Admiralstr. 18c, eine Versammlung ab,
in der Genosse Georg Wagner das Thema: „Waisenkinder,
Brügel, katholische Besschwestern und medizinische Sachverständige“
behandeln wird. Gäste haben Zutritt. Regen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Die Mietunterstützungen an Obdachlose.

Die das städtische Obdach vielfach zahlen muß, um den Obdach-
losen die Wiederbeschaffung einer eigenen
Wohnung zu ermöglichen, haben (wie in der Diensttags-
nummer mitgeteilt wurde) eine vermutlich arme Frau verleitet, sich
unter der Vorspiegelung der Wohnungslosigkeit Aufnahme in das
Obdach und dann bei der Entlassung eine solche Mietunterstützung
zu verschaffen. In einer ähnlichen Weise ist das städtische Obdach
bis vor mehreren Jahren von Leuten ausgebeutet worden, die es
viel weniger nötig hatten, nämlich von — Berliner Haus-
besitzern. Bis zum 1. Oktober 1894 hatten die Haus-
besitzer bekanntlich das Recht, einem zahlungsunfähigen
Mieter beinahe alles abzunehmen, was er noch sein
eigen nannte. Sie haben auch, wie mancher unserer Leser aus
eigener, trüber Erfahrung wissen dürfte, von diesem Rechte in aus-
giebigster Weise Gebrauch gemacht. Selbst nach dem arbeitslosen
Pandrat, nach dem letzten bishigen Gerimpel, das ein arbeitslos
und zahlungsunfähig gewordener Mieter noch nicht selber ver-
kauft hatte, weil es ihm seiner mehr abnahm, haben hartberzige
Hauswirte ihre gierigen Hände ausgestreckt. Konnten sie auch
nicht sich damit anfangen, so konnten sie doch den hinaus-
geworfenen Mieter durch die Abdänderung seiner letzten Habe
Milanieren und die Pfandobjekte überdies zum warmenden
Beispiel für andere Mieter auf dem Boden ausstellen, bis
sie, zermorset und verfaul, auseinanderfielen. Solche
zahlungsunfähigen Mieter fanden dann natürlich nur sehr
schwer wieder eine andere Wohnung, da sie, selbst wenn die
erste Miets gezahlt werden konnte, ohne den notwendigen Haus-
rat kaum von jemanden aufgenommen wurden. Das städtische
Obdach, das damals jahraus jahrein von einer großen Zahl völlig
zahlungsunfähiger Mieter aufgesucht wurde, sah sich sehr oft genötigt,
nicht bloß die erste Miets zu zahlen, sondern auch die gepfändeten
Sachen durch Zahlung der noch von der letzten Wohnung restierenden
Miets einzulösen, damit die Leute überhaupt wieder eine Wohnung
bekommen konnten. Von fündigen Hausbesitzern wurde dieser Umstand
benutzt, um das Obdach zu ihrem Vorteil auszubehüten. Sie ver-
mieteten mit Vorliebe gerade an solche Familien, die
eben erst aus dem Obdach entlassen waren, also von vornherein
in Bezug auf Zahlungsfähigkeit nicht sehr vertrauenswürdig
erschiene. Nach kurzer Zeit ermittelten sie dann diese Mieter
wieder, beschliefen die notwendigsten Sachen zurück und zwangen
so die Obdachverwaltung, die rückständigen Miets zu zahlen,
um die einbehaltenen Sachen wieder herauszubekommen. Auf diese
Weise erzielten die Hausbesitzer aus ihren Armenwohnungen ohne
große Mühe einen ziemlich sicheren Gewinn, während die betreffenden
Wohnungen, die wahrscheinlich aufs ärgste vernachlässigt und seit
vielen Jahren nicht repariert worden waren, sonst leer gestanden
oder doch seinen gewinnbringenden Mieter gefunden hätten. Wir
würden es nicht für glaubhaft halten, daß ein solcher Schwindel vor-
gekommen oder überhaupt möglich sei, wenn nicht in dem Bericht über
die Verwaltung des städtischen Obdachs im Jahre 1894/95 ausdrücklich
darauf hingewiesen würde, daß das Gesetz von 1894, durch das das
Zurückbehaltungsrecht der Vermieter eingeschränkt wurde, dem Treiben
jener Hauswirte ein Ziel gesetzt habe. Der Schwindel ist des-
halb nicht mehr möglich, weil man in denjenigen Bevölkerungsteilen,
die für das Obdach in Betracht kommen, selten mehr als gerade die
allernotwendigsten Sachen hat, deren Zurückbehaltung das Gesetz
verbiethet, — abgesehen davon, daß die Obdachverwaltung auch
nichts weiter als die allernotwendigsten Sachen einlösen würde.
Seitdem sind nun beinahe fünf Jahre vergangen, aber das Wut-
und Jammergeschrei, mit dem die Hausbesitzer die Einschränkung
ihres Zurückbehaltungsrechtes aufnahmen, ist bis heute noch
nicht verstummt. Besonders die Berliner Hausbesitzer thun
in ihren Versammlungen und in der Presse fast so, als sei
es in Berlin bei vielen Leuten geradezu eine Art Sport
geworden, die Hausbesitzer um die Miets zu prellen und sich den
größten Teil des Jahres gratis durchzuwohnen. Sicherlich befinden sich
unter den Schreibern auch jene ehrenwerten Hausbesitzer, die früher
für ihre erbärmlichen Wohnungen, in die kein irgend zahlungs-
fähiger Mieter hineingezogen wäre, einen zahlungsunfähigen suchten,
dessen Miets dann das Obdach zahlen mußte. Diese Herren
schreien wahrhaftig sogar am lautesten über „die Schwindler,
welche gratis wohnen wollen“, und ihnen mag es allerdings auch
besonders schmerzhaft sein, daß jetzt niemand mehr zahlungsunfähig
werden darf. Wirklich ist übrigens, daß in dem betreffenden
Bericht der Obdachverwaltung nichts darüber steht, ob versucht
worden ist, die Hausbesitzer, die das Obdach brandschatzen,
zur gerichtlichen Verantwortung zu ziehen. Armen
Leuten gegenüber wird in der Regel sehr schnell mit einer
Anzeige vorgegangen, die ihre Bestrafung ermöglicht, wenn sie die
städtische Verwaltung dadurch geschädigt haben, daß sie sich auf
unrechtmäßige Weise eine Unterstützung oder sonst einen Vorteil
verschaffen. Die oben erwähnte Frau hat zwei Monate Ge-
fängnis bekommen. Es ist auch wiederholt geschehen, daß Arme,
wenn sie von der städtischen Verwaltung leihweise ihnen über-
lassene Gegenstände (Kleidung, Betten usw.) verkauft hatten,
angezeigt und bestraft worden sind. Warum hat man die
Hausbesitzer nicht ebenfalls zur Anzeige gebracht und ihre Be-
strafung beantragt?

Zum Tuberkulose-Kongress. Wie wir von gut unterrichteter
Seite erfahren, hat die Kongressleitung die Absicht, für diejenigen,
welche nur am 27. Mai, welcher der Beratung des allerwichtigsten
Punktes, der Heilstättenfrage, gewidmet ist, den Verhandlungen bei-
zuwohnen wollen, eine Ermäßigung der Teilnahmegebühren einzutreten zu

lassen. Es ist dieses Entgegenkommen mit um so größerer Freude
zu begrüßen, als ein großer Teil der Krankenleiden, denen im
Interesse ihrer schwindeligen Versicherer an der „Heilstättenfrage“
am allermeisten gelegen ist, nicht in der Lage sind, für die ganze
Dauer des Kongresses denselben besuchen zu können und nur für
den letzten Tag und zu dem am 28. Mai sich anschließenden
Krankenleiden-Konferenz Bevollmächtigte entsenden wollen.

Auch der „Krankenzwang“, der zuerst so viel böses Blut unter der
Arbeiterchaft gemacht, weil man eine Ausschließung der pro-
letarischen Vertreter dahinter witterte, löste sich in Wohlgefallen auf,
denn erstens ist zwischen der rein formellen Zweck dienenden Er-
öffnungsfeier und dem Beginn der Vorträge, für die absolut kein
Krankenzwang besteht, eine Stunde Pause, und zweitens ist es außer
Frage, daß auch niemand, der bei der Eröffnungsfeier in schlechtem
dunklen Anzug erscheint, zurückgewiesen wird.

Der Schlosser Eduard Dingau, früherer Vertrauensmann
der Schönhauser Vorstadt, ist am Montag früh im Moabiter Kranken-
hause einen längeren hartnäckigen Brustleiden erlegen. Dingau
stand Jahre hindurch im Vordertreffen der Parteibewegung, sein
Thätigkeitsfeld war im 6. Berliner Wahlkreis. In einem Niederbuch-
Prozess wurde er nebst anderen Genossen zu einer mehrmonatlichen
Gefängnisstrafe verurteilt. Die Partei verlor in Dingau einen
wideren Kämpfer, der verhältnismäßig in noch jugendlichem Alter
stand. Die Beerdigung findet statt am Freitag nachmittag 4 Uhr
von der Leichenhalle des Moabiter Krankenhauses aus.

Gefährliche Ballonlandung. Ein Ballon der Berliner Luft-
schiffer-Abteilung wurde dieser Tage bei seiner beabsichtigten Landung
durch einen herabtauchenden Eisenbahnzug arg gefährdet. Als die
Zusassen, drei Offiziere der Abteilung, mit dem Ballon unweit
Wilmers in Medlenburg niedersteigen wollten und hierbei zufällig
dem Bahnkörper zugetrieben wurden, kam in demselben Augenblicke
von der Richtung Berlin her ein Personenzug angebraust. Nur
dem schleunigen, durch Auswerfen von Ballast erfolgten Wieder-
aufstieg war es zu danken, daß der Koloß von dem Zuge nicht er-
faßt worden war. Nach dem Passieren des Trains ging die Landung
drei Kilometer weiter auf dem Ader eines Erbpächters bei
Trievald glatt von statten. Der Ballon hatte zu der Fahrt, welche
auf dem Schienenwege 248 Kilometer lang ist, 5 1/2 Stunden ge-
braucht.

Revisionen von Berliner Drogen-Handlungen wurden im
ersten Vierteljahr 1899 in einer Gesamtzahl von 331 vorgenommen.
In 98 Handlungen fand man eine ganze Reihe verbotener Arznei-
mittel und Gifte. Die Gifte wurden bei fehlender Konzeption
vernichtet.

**Auf der Straßenbahn-Linie Gesundbrunnen—Alexander-
platz—Nigdorf** hat das Polizeipräsidium den Verkehr mit Anhäng-
wagen zu allen Hauptbetriebsstunden zugelassen. Auch auf der Linie
Schönhauser Allee—Nigdorf sollen Anhänger gestattet werden.

Heimstätten für Genußende. Von Herrn Dr. jur. Splöcker ist
für die Stadtgemeinde Berlin im Jahre 1892 ein Betrag von 100 000 M.
zur Begründung einer Stiftung unter dem Namen „August-Ernst-
Splöcker-Stiftung“ überwiesen worden. Der Zweck dieser Stiftung
ist, aus den Zinserträgen des Kapitals bedürftigen Personen
beiderlei Geschlechts ohne Ansehung der Religion Freistellen
in den städtischen Heimstätten für Genußende zu
beschaffen. Personen, welche auf diese Stiftung rekurrieren, haben ihre
Gesuche an das Bureau der städtischen Heimstätten für Genußende,
Neue Friedrichstr. 9—10, unter Vorlegung eines ärztlichen Attestes
über ihren Zustand nach einem bestimmten Formular, welches von
dem Bureau kostenfrei verabfolgt wird, zu richten oder dort mündlich
anzubringen.

Wir bemerken hierbei, daß die Heimstätten den Zweck haben,
Personen, die eine Krankheit überstanden haben, auf einige Wochen
zur Pflege und Wiederherstellung ihrer Erwerbsfähigkeit aufzunehmen.
Der Aufenthalt dortselbst ist also nur vorübergehend, auch werden
bare Geldunterstützungen aus der Stiftung nicht gewährt.

Töpfer's Hotel, eins der ältesten und bekanntesten Berlins,
wird jetzt abgerissen, um einem modernen Neubau mit drei
Fronten nach dem Karlsplatz, der Luisen- und Charitestr. Platz zu
machen.

Zu dem Brandunglück am Moritzplatz wird noch mitgeteilt,
daß die Witwe Wetke trotz aller ärztlichen Bemühungen Montag-
abend noch ihren Verletzungen im Krankenhaus am Urban erliegen
ist. Dem Sohne ging es gestern etwas besser. Es ist aber nicht
ausgeschlossen, daß er den rechten Unterarm verliert. Dieser ist so
stark verbrannt, daß auch die Knochen ausgegriffen sind. Der Bild-
hauer Ferrari, der auf der Rettungswache in der Adalbert-
straße einen Verband erhielt, wird längere Zeit arbeitsunfähig
sein. Seine schwerste Verletzung ist eine ziemlich tiefe Brand-
wunde in der inneren Handfläche, eine Wunde vom Umfange
eines Fünfmarsstückes. Ferrari und Montagner haben auch an
ihrer Einrichtung durch den Brand erheblichen Schaden erlitten.
Die Explosion soll durch Unvorsichtigkeit herbeigeführt worden sein.
Die beiden Frauen waren in der Küche mit dem Reinigen von
Handschuhen beschäftigt und benutzten dazu Benzol, das sie einer
Flasche entnahmen, wobei jedenfalls etwas verschüttet wurde. Sie
sollen die Flasche auch nicht immer gleich wieder verschlossen haben,
so daß Benzindämpfe sich entwickeln mußten. Diese entzündeten sich
plötzlich an dem offenen Herdfeuer. Eine Schiffsflamme schoß wie
der Blitz durch die Küche, entzündete die Kleider der Frau und des
Mädchens und brachte die Benzinflasche zur Explosion. Abdam
stand sofort die Küche und ein Nebenraum in Flammen. Die
Hausbewohner hatten von der Explosion selbst nichts gehört;
man wurde erst durch das Hilfsgekrei der Verletzten auf-
merksam. An eine Alarmierung der Feuerwehre hatte man auch
im ersten Augenblick nicht gedacht. Der Sohn der Frau Wetke lief
durch das Haus und suchte die Anna Judis, die, ohne daß er es
wahrgenommen hatte, aus dem Fenster gesprungen war. Die Brand-
wunden hatten das Mädchen so entsetzt, daß es nicht
wiederguerkennen war und gleich von der inzwischen erschienenen
Feuerwehre in eine Leichenhalle gepackt und weggeschafft werden
mußte. Die Gefährlichkeit des Benzins ist schon durch so viele
Unfälle dargelegt worden, daß es verwunderlich erscheint, wie selbst
Personen, die mit der Flüssigkeit täglich zu thun haben, immer noch
nicht vorsichtig geworden sind. Die einfache Vorschrift, daß mit
Benzin niemals bei offenem Licht oder Feuer hantiert werden
soll, wird häufig mit geradezu frevelhaftem Leichtsinne vernachlässigt.

**Der am Sonnabend bei der Mühlenbamm-Schleuse ge-
sunzene Kahn** mit 8600 Centner Steinschlämme liegt oberhalb der
Schleuse an der Fischerbrücke etwa 1 1/2 Meilen unter der Wasserfläche.
Die Bedung des Kahns ist mit Schmirgelstein vermischt. Zunächst
werden die Kohlen mit einem Dampfbooger aus dem Kahn entfernt
und in einem daneben liegenden Kahn geborgen. Vor Ende dieser
Woche dürfte der Kahn nicht gehoben werden.

Der Bankier Niese, der vor einiger Zeit aus Berlin unter
Mitnahme von 200 000 Mark flüchtig wurde, ist, wie die „Leipziger
Gerichts-Zeitung“ meldet, gestern nachmittag in Leipzig mit seiner
Geliebten Fanny Fechner verhaftet worden. Es gelang Niese, im
Augenblicke seiner Verhaftung Gift zu nehmen, dessen Wirkung
er alsbald erlag.

Ein schweres Brandunglück wird schon wieder gemeldet.
Das 26 Jahre alte Dienstmädchen Vertha Wehrend war gestern
Mittag in der Wohnung des Schlichtermeisters Levinski im dritten
Stad des Hauses Veteranenstr. 19 an der Kochmaschine thätig. Ueber
der Maschine befindet sich ein Küchenschrank, auf dem neben ver-
schiedenen Töpfen auch eine Flasche mit Brennpiritus stand. Als
das Mädchen einen Topf herabnehmen wollte, riß es die Spiritus-
flasche mit. Diese fiel ins Feuer, eine gewaltige Stichflamme schlug
aus der Maschine empor, verbrannte das Mädchen am Gesicht und
am Hals und entzündete auch ihre Kleider. In eine lodernde Flamme
gehüllt, eilte die Verunglückte hilferufend die Treppe hinab auf den
Hof des Grundstücks. Hier sprangen ihr Hausgenossen und Leute

von der Straße bei. Ein Herr zog seinen Rock aus und erstichte
damit die Flamme, das Mädchen hatte sich aber an der Brust, am
Unterkörper und an den Armen bereits so schwer verbrannt, daß ein
Krug von der Rettungswache in der Hasenheide-Allee es schleunigst in
das Lazaruskrankenhaus bringen mußte. Die Kleider waren zu
Regen verbrannt. Feuer entstand in der Wohnung nicht, so daß
die Wehr, die bald auf der Unfallstelle erschien, nicht in Thätigkeit
zu treten brauchte.

Eine auffeuerregende Verhaftung ist vorgestern nachmittag
von der Berliner Kriminalpolizei in der Flemingstr. 14 vor-
genommen worden, indem der Inhaber der in jenem Hause be-
findlichen Renovierungsanstalt „Renovation“, Leutnant a. D.
L., wegen Urkundenfälschung, Unterschlagung und Betruges ge-
fänglich eingezogen worden ist. Der Genannte war bis Ende
Januar dieses Jahres in einer anderen hiesigen Firma an-
gestellt. In den letzten Monaten waren in dieser verschiedene
Momente zu Tage getreten, welche den Verdacht erweckten,
daß L. in seiner Stellung sich Unregelmäßigkeiten zu schulden
kommen lasse. Um nun diesen Verdacht zu entkräften, nahm L.
immer mehr ein brüskos und hochfahrendes Wesen gegen Leiter wie
Vitalangestellte der Firma an, weshalb er noch vor Ablauf des
Januar entlassen wurde, worauf er dann die oben genannte
„Renovierungsanstalt“ gründete. Nach seiner Entlassung soll sich
aber herausgestellt haben, daß er für die Firma in mindestens
50 Fällen Gelder eingezogen und unterschlagen sowie, um dies zu
verdecken, in die Geschäftsbücher falsche Eintragungen gemacht hatte.

Einer ernstlichen Gefahr ist, wie ein Lokalbericht meldet, am
Montag der D-Zug Berlin-Hamburg durch die Umfiacht des Loko-
motivführers entgangen. Zwischen den Stationen Paderburg und
Nellen bemerkte der Beamte plötzlich, daß ein schweres Eisenstück
quer über den Schienen lag. Es gelang ihm zunächst noch recht-
zeitig, den Zug zum Stehen zu bringen. Nach Beseitigung des
Hindernisses wurde dann die Fahrt wieder fortgesetzt. Auf welche
Weise das Eisenstück auf das Geleise gelangt ist, ist noch nicht er-
mittelt.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Bei der Durchsuchung der
Wohnung eines Kollidiebes wurde eine Anzahl gefohlener Gegen-
stände vorgefunden, zu denen die Eigentümer bisher nicht ermittelt
sind, 2 Duzend verschiedenfarbige Frauenstrümpfe, 6 Stücke Rattum
und 1 Paket Futterstoffe vom Hofe eines Grundstücks der Kaiser Wilhelm-
straße, und ein Paket mit 2 blauen Stieppeden von einem Geschäfts-
wagen gestohlen haben, welcher in einem Hausflur der Neuen
Friedrichstraße gestanden habe. Geschädigte werden ersucht, sich in
den Vormittagsstunden von 9—12 Uhr im Zimmer 86 des Polizei-
Präsidiumsgebäudes am Alexanderplatz behufs Befolgung der Sachen
einzufinden.

In Zwangsverziehung befanden sich am 1. April d. J.
510 Kinder (gegen 490 am 1. Januar d. J.) und zwar 442 Anaben
und 68 Mädchen. Von diesen Kindern waren 142 Anaben im
städtischen Erziehungshause zu Lichtenberg; 137 Anaben in der
Lehre, 107 (56 Anaben, 21 Mädchen) in auswärtiger Kostpflege,
23 Mädchen im Dienst, 18 Anaben im katholischen Waisenhaus,
12 (4 Anaben, 8 Mädchen) im Erziehungshause in Jehlendorf,
8 Anaben im Reanderhause zu Al. Stammn, 6 Mädchen im Er-
ziehungshause zu Kleinbeeren, 5 Anaben im Johannisstift zu Pflügen-
see, 5 Anaben im Rettungshause zu Heilbrunn; im Bethabara-Stift
zu Weihenlee, im Rettungshause Silesch zu Rantow und im Waisen-
depot je 2 Mädchen, im St. Josefs-Waisenhaus zu Potsdam
1 Anabe und im Afrastift 1 Mädchen. Entlaufen waren 29 Kinder
(27 Anaben, 2 Mädchen). Im Krankenhaus befanden sich 4 Anaben
und 1 Mädchen und im Gefängnis 5 Anaben.

Die landespolizeiliche Abnahme der Dampfbahnstrecke
Zoolog. Garten—Kollendorferplatz—Schöneberg—Steglich für die Ein-
führung des elektrischen Betriebes ist gestern Vormittag erfolgt.

Theater. Das Deutsche Theater hat für die Pfingstfeiertage
folgenden Spielplan: Sonntag nachmittag: „Die Weber“, abends: „Die
Wesertänzer“, „Der grüne Rasabun“, „Barcelesius“, Montag nachmittag:
„Die verurteilten Weiber“, abends: „Die Wesertänzer“, „Der grüne Rasabun“, „Bar-
celesius“, Dienstag abends: „Gurano von Berger“, — Im Schiller-
Theater finden an den beiden Feiertagen Nachmittag-Vorstellungen statt.
Pfingst-Sonntag nachmittag wird „Komet und Julia“ gegeben; Pfingst-
Montag nachmittag geht Abends Schauspiel „Die Frau vom Meer“ in Scene.
In der heutigen Vorstellung wird der Schwank „Zwei glückliche Tage“ von
Schönhan und Kadelburg wiederholt.

Auf der Urania-Sternwarte wird gegenwärtig in den späten Abend-
stunden der Komet Swifts einzeln beobachtet. Derselbe steht dem Polar-
stern so nahe, daß er als circum polar bezeichnet werden kann, also überhaupt
nicht mehr untergeht. Für das bloße Auge ist er kaum sichtbar; hingegen
wird an den drei letzten Tagen dieser Woche die Urania-Sternwarte mit
dem großen Refraktor bis 12 Uhr nachts zur Beobachtung geöffnet sein.

Aus den Nachbarorten.

In der Stadtverordneten-Versammlung von Schöneberg
machte am Montag Bürgermeister Gerhardt die erfreuliche Mel-
dung, daß der Etat 1898/99 mit einem Ueberschuß von 250 000 M.
abgeschlossen. Eine Mitteilung des lgl. Konfessionsrats der Provinz
Brandenburg, betr. den Geschäftsfluß an Sonn- und
Festtagen, wonach der Ladenschluß von 9 1/2—11 1/2 Uhr stattzu-
finden hat, wird zur Kenntnis genommen, nachdem der Vorsteher
vorgelegt hat, bei der nächsten Kreisynode darauf hinzuwirken,
daß für die drei Gemeinden Berlin, Charlottenburg und Schöneberg
ein gleichmäßiger Ladenschluß eintrete. Es folgte die Anfrage der
Stadtverordneten u. Gen. betr. das Zuchtungsrecht der
Lehrer in den Schulen und ob der Magistrat Vorjorge ge-
troffen hat, derartige Mißstände für die Zukunft zu verhindern.

Stadtverordneten-Vorsteher Müller giebt ein anschauliches Bild
der bekannten Vorgänge und weist darauf hin, daß die Aufmerksamkeit
der ganzen gesitteten Welt auf Schöneberg gerichtet sei.
Auch die Zeitungen sämtlicher Parteien hätten sich gegen
eine derartige Prügelpädagogik ausgesprochen. Die Bürgerchaft
erwarte von dem Magistrat, daß er Vorjorge treffe, eine solche
Wiederholung zu verhindern. Soll man wieder Vertrauen zu unseren
Schulen fassen, so wäre es angebracht, dieselben auf die Höhe einer
wirklichen Volksschule zu bringen, und dies könne nur erreicht
werden, wenn man sie zu einer siebenklassigen ausbaue.
Bürgermeister Gerhardt spricht sein Bedauern über das Vor-
gefallene aus, weist darauf hin, daß bei den eigenartigen Verhältnisse-
verhältnissen der Magistrat keine Verantwortung trage und daß im
übrigen alles geschehen sei, um einen solchen Mißstand für die Folge zu
verhindern, unternimmt, als die Aufsichtsbehörde sich mit der Angelegenheit
beschäftige. Man kommt nunmehr zu der Besprechung der Er-
richtung eines städtischen Arbeitsnachweises. Wie
bekannt, haben die Stadtverordneten den Antrag des Magistrats,
die Einziehung einer gemischten Deputation, welche eine Verständigung
in betreff der Nachweisesgebühren herbeiführen sollte, abgelehnt, in-
dem sie durch zweimaligen Beschluß die Unentgeltlich-
keit der ganzen Vermittlung verlangten. Der Magistrat hat diese
Vorlage nun einfach zu den Akten gelegt, da er der Meinung ist,
daß nach der Städte-Ordnung der Einziehung einer gemischten
Deputation seitens der Stadtverordneten stattgegeben werden müsse.
Da dies nicht geschehen, hält er die Angelegenheit für erledigt. In
heftigen Worten wendet sich der Vorsteher gegen ein derartiges
Gesahren, für das er keinen parlamentarischen Ausdruck
finde. Die Versammlung habe dem Magistrat ein Vertrauen
entgegengebracht, wie keine Gemeinde in Preußen, und
zwar bei Objekten mit hohen Summen. Hier, wo es sich
um eine Summe von 300 Mark handle, nehme der
Magistrat eine Stellung ein, die zum Konflikt führe. Auch
Genosse Ohsf fordert, daß die Beschlüsse der Stadtverordneten be-
achtet werden. Hätte es sich um eine andere Klasse von Bürgern
und nicht um Arbeiter gehandelt, dann wäre der Magistrat nicht so
leichtfertig gewesen. Die Bürgermeister Wilde und Ger-
hardt verteidigen den Standpunkt des Magistrats aus formellen
Gründen und glauben im übrigen, daß die Stadtverordneten mit

einer Beschwerde kein Bild haben werden. Es wird zwecks Ver- fändigung mit dem Magistrat die Wahl einer gemischten Deputation beschlossen. Die Anstellung von Schulärzten soll, trotz des Protestes des Genossen Masuch, welcher die sofortige An- stellung verlangt, durch eine Kommission von 9 Mitgliedern ge- prüft werden, um die Kompetenz der Bezirke festzustellen. Ohne Debatte gelangt die Errichtung einer Hauptlehrerstelle für die Filial- schule im Friedenauer Ortsteil und die Wahl einer Verkehrsdeputation zur Annahme.

Der Potsdamer Ruderklub teilt uns mit, daß keines seiner Mitglieder an einem Bootsunglück, das sich vorige Woche bei Glienede zugetragen habe, beteiligt gewesen sei.

Gerichts-Beitrag.

Gegen den städtischen Steuererheber Albert Domack, welcher durch seine langjährige Thätigkeit im Norden unserer Stadt allgemein bekannt war, war vor einiger Zeit noch langer Vor- untersuchung Anklage wegen zahlreicher Unterschlagungen von Steuer- beträgen in Höhe von mehreren Tausend Mark, sowie wegen Fälschung der Steuerregister erhoben worden. Sein früherer Vor- gesetzter, der Buchhalter Brunow, richtete im Sommer 1898 an den Vorsteher der zuständigen Steuer-Annahmestelle aus dem Ofstee- bad Osternothafen bei Swinemünde einen Brief, in welchem er nicht nur die von Domack begangenen Unregelmäßigkeiten aufzählte, sondern sich auch selbst als Mitwisser der Straftaten des Domack bekannte. Domack habe ihn durch Hergabe von 2000 M. bis jetzt zum Schweigen veranlaßt. Das in dem Schreiben ausgesprochene Vor- haben, sich der fideschen Gerechtigkeit durch einen freiwilligen Tod zu entziehen, führte er bald darauf am 9. September 1898 aus. An diesem Tage wurde zur größten Aufregung der am Strande des Seebades Swinemünde lustwandellenden Kurgäste seine Leiche von den Wellen der Ostsee ans Land gespült. Die nun allein gegen Domack geführte Untersuchung hat die Vernehmung fast aller Steuer- zahlers, bei denen Domack Steuern einlassierte, nötig gemacht, so daß eine Verhandlung von mehreren Tagen vorgezogen war. Im letzten Jahre trat nun aber Domack schon ein sehr verändertes Wesen zur Schau, beispielsweise pflegte er sich im heißesten Sommer am liebsten mit dicken Winterkleidern zu bedecken, neben dem überheizten Kaminofen aufzuhalten. Auf die wiederholten Anträge der Rechtsanwältin Dr. Schlesinger und Dr. Schwindt hat nunmehr die Straf- kammer es für ratsam gehalten, die Verhandlung auszuschieben und Domack zunächst in der städtischen Irrenanstalt Herzberge auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Die Angelegenheit wird daher voraussichtlich erst nach den Gerichtsferien ihre Erledigung finden, falls es nicht schon vorher der Verteidigung auf Grund der ärztlichen Gutachten gelingen sollte, die Einstellung des Strafverfahrens wegen Geisteskrankheit des Angeklagten herbeizuführen.

Die Frau v. Hartmann Schule machen. Die Firma Gottschalk hatte es als Pächterin des öffentlichen Anschlag- wesens in Kassel abgelehnt, einen von der Polizei für den öffentlichen Anschlag freigegebenen antisemitischen Vorklatsch auf die Anschlagstulen anzuhängen. Beschwerden bei der Polizeiverwaltung blieben ohne Erfolg. Die Behörde weigerte sich, gegen die Firma Gottschalk einzuschreiten, worauf der Beschwerdeführer Schritte im Verwaltungsstreitverfahren gegen die Polizeiverwaltung voringing. Vor dem Ober-Verwaltungsgericht ließ der Kläger sich durch den antisemitischen Reichstags-Abgeordneten Werner vertreten. Der erste Senat des Gerichts wies indessen die Klage ab, weil für den vorliegenden Fall das Verwaltungsstreitverfahren überhau- pt nicht gegeben sei, da es sich hier weder um ein polizeiliches Verbot, noch um ein polizeiliches Gebot handele. Dem Kläger hätte hier nur die Beschwerde im Aufsichtswege zu- standen.

Erbauliche Dinge aus der Zwangserziehung und Besserungsanstalt Chlodorf bei Hamburg kamen bei einem Injurienprozeß zur Sprache, der vor dem Landgericht Hamburg gegen den Arbeiter Jablonka geführt wurde. J. hatte von Anfang 1897 bis April 1898 einen Sohn in der Anstalt, wollte denselben aber zurück haben, weil der Junge sich über fortwährende Miß- handlung in der Anstalt beklagte. J. richtete zu diesem Zwecke mehrere Schreiben an die Behörden, in denen er schwere Beschul- digungen gegen die Lehrer und Beamten der Anstalt, insbesondere aber gegen den Anstaltsvorsteher Oberlehrer Blund erhob. Es waren über 60 Zeugen in der Sache geladen. Bei dem schlechten Zeugematerial verließ die Beweisaufnahme jedoch ziemlich ungünstig für den Angeklagten, der ohne Verteidiger war und ein Besp- reuche ist, der das Deutsche ziemlich schlecht beherrscht. Aber einiges wurde doch bewiesen, und das wirft ein sonderbares Licht auf die Anstalt und ihre Beamten. So mußte der Oberlehrer Blund zugeben, daß er die ihm zur Besserung übergebenen Zöglinge sehr oft „dreimal defilierter Schweinegel“ anrede, daß er die von ihm selbst festgelegten Regeln für die körperliche Züchtigung häufig überschritten habe, und daß er wegen der Behauptung des An- geklagten, seine Söhne hätten sich gegen weibliche Zöglinge, die in der Wohnung des Vorstehers beschäftigt wurden, unsittlich be- zogen, seinen Strafantrag gestellt hatte. Auch mußte er zugeben, daß er Bettwässer dadurch befaßt hatte, daß er ihnen das Abendbrot entzog, wofür er ihnen freilich doppeltes Geißer geben ließ, welches Verfahren vom Anstaltsarzt jedoch als für die Kinder schädlich bezeichnet wurde. Schließlich wurde fest- gestellt, daß der Küstler Stedelberg einem in der Anstalt be- findlichen Zögling das Geißer über das Gitter warf, so daß es ins Nachtschloß fiel, bloß weil er den Schlüssel vergessen hatte. Das Gericht sprach den Angeklagten frei, weil ihm der Schutz des § 198 zugewilligt und angenommen ward, daß er im guten Glauben gehandelt hatte.

Die Polizeiverordnung, welche vorschreibt, daß von Hotel- gästen in den sogenannten Fremdenbüchern bestimmte Ein- tragungen zu machen sind, sollte die Hotelbesitzerin Winter über- treten haben. Sie hatte, als einige Gäste nähere Angaben nicht machen wollten, in ihrem Fremdenbuch vermerkt: Angaben verweigert. Die Anklagebehörde machte nun geltend, daß sie die betreffenden Gäste in ihr Hotel nicht hätte aufnehmen dürfen. Sie hätte vorrichtshalber das Buch den Gästen vor ihrer Aufnahme vorlegen müssen. Die Frau wurde jedoch in allen Instanzen freigesprochen, gefehlt auch vom Kammergericht. Zur Begründung wurde aus- gesprochen, daß der Hotelier in Fällen wie dem vorliegenden seiner Pflicht genüge, wenn er die Weigerung der Logisgäste, nähere An- gaben zu machen, im Fremdenbuch verzeichne. Es bleibe der Polizei überlassen, gegen die betreffenden Hotelgäste vorzugehen.

Aus Petersburg wird berichtet: Unter großem Andrang des Publikums gelangte am Dienstag der Prozeß gegen die Adlige Marie Werschowa, welche beschuldigt war, ihren Geliebten und zwei Frauen aus Eifersucht vergiftet, Kindesentführung, Fälschung von Dokumenten und Wechseln begangen zu haben, vor dem hiesigen Bezirksgericht nach dreitägiger Verhandlung zum Abschluß. Die Angeklagte wurde obiger Verbrechen für schuldig befunden und zum Verlust des Adelsprädikats und 15 Jahren Zwangsarbeit in Sibirien verurteilt.

Versammlungen.

Im deutschen Holzarbeiter-Verband (Bezirk West und Süd- west) hielt am 8. Mai Herr Rechtsanwält Victor Fränke einen zeitgemäßen Vortrag über „Das Koalitionsrecht der Arbeiter“. Eingangs wies Redner auf die Bedeutung der Kaiserin hin, be- handelte die Entstehung und Entwicklung des Koalitionsrechts, rügte scharf die Verschlingung desselben von Seiten der Regierungsparteien und ihrer Gefolgschaft, und gab an der Hand reichen statistischen Materials einen Überblick über die ungleichen und für die Arbeiter besonders harten Bestrafungen auf Grund der Verstoßbarkeit des § 183 der Gewerbe-Ordnung. Der Vortrag wurde mit reichem Beifall aufgenommen und es schloß sich eine rege Diskussion an denselben.

Im weiteren wurde das Verhalten einiger in der Kommission thätigen Mitglieder in betreff Ueberstundenarbeit scharf kritisiert, was zur Folge hatte, daß der Bezirksführer sowie der Schriftführer ihre Ämter am Schluß der Versammlung niederlegten. Unter Ver- schiedenheit wurde eine recht baldige Einberufung einer öffentlichen Holzarbeiter-Versammlung angeregt und Wagner mit den hierzu erforderlichen Vorbereitungen betraut.

Eine Versammlung der Hilfsarbeiter im Handels-, Trans- port- und Verkehrsgebiete fand am 9. Mai in den Amin- hallen statt. Die Versammlung war sehr gut besucht, auch die Handlungsgeschäfte waren zahlreich vertreten. Reichstags-Abgeordneter Rosenow referierte über die Gewerbe-Ordnung's Novelle und zwar über den Inhalt des Artikels 8, der das Handelsgewerbe betrifft. Der Redner schilderte zunächst die Lage der im Handelsgewerbe thätigen Personen, insbesondere der Hilfs- arbeiter an der Hand eines reichen und überzeugenden Zahlen- materials. Auch die Antworten, welche die Organisationen auf die Fragebogen der Kommission für Arbeiterstatistik gegeben hatten, citierte er und zeigte dadurch, wie notwendig es sei, die Be- stimmungen der Gesetzesnovelle auch auf die Arbeiter in den Comptoiren und Lagerräumen auszudehnen, wie überhaupt dem verheißenen Arbeiter eine größere Ausdehnung zu geben. Der erste Bericht des Sanges der im Handelsgewerbe thätigen Personen sei schwächlicher ausgefallen als man selbst von dieser Regierung erwartet und es sei daher die dringendste Aufgabe der Arbeiter, sich durch Stärkung ihrer Organisationen Bedeutung und Beachtung zu verschaffen. An dieses mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat schloß sich eine längere Diskussion, an der sich die Kollegen Kohn von den Handlungsgeschäften, Klein, Iltis, Straube und andere von den Hilfsarbeitern beteiligten. Am Schluß dieser Debatte fand eine Resolution des Kollegen Klein Annahme, die sich mit dem Referenten einverstanden erklärt und einen energischen, durchgreifenden Schutz der Arbeiter fordert, sowie eine fernere Resolution des Kollegen Kohn, die von der Berliner Stadt- verordneten-Versammlung Ausdehnung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, Beschränkung und Verbot der Sonntagsarbeit fordert. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung fand die gutverlaufene Versammlung ihr Ende.

Der Centralverband der Töpfer (Hilfsvereine Berlin) hielt am 10. Mai eine Generalversammlung ab, in der zunächst Gutachten des Ausschusses vom I. Quartal erstattete. Danach betrug die Ein- nahme 971,00 M., hierzu alter Bestand vom IV. Quartal 1898 in Höhe von 565,20 M., ergibt eine Gesamtsumme von 1536,20 M., der eine Ausgabe von 1146,44 M. gegenübersteht; es verblieb somit ein Bestand von 420,26 M. Hierauf hielt Adolf Hoffmann einen interessanten, mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Auf was wir stolz sind“. Dem Vortrag folgte die Besprechung zweier Anträge von Hiesiger, welche lauten: „Für solche Mitglieder, die 13 Wochen dem Verbande angehören, erhalten durch den Arbeitsnachweis Arbeit nachgewiesen“ und: „Mitglieder, die 13 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, werden ausgeschlossen und deren Namen im Fachblatt ver- öffentlicht“. Beide Anträge erhielten nicht die Zustimmung der Versammlung. Der letztere Antrag wurde indessen dem Delegierten Hagen als Material zum bevorstehenden Kongreß übergeben. Hierauf berichteten Peters, Dederz und Böttler über die Lohnbewegung bei der Firma Titel. Durch einmütiges Zusammenstimmen haben die Arbeiter einen Erfolg errungen. Der Vertrauensmann David wünscht, daß ihm in Zukunft von allen Vorgängen, die sich auf diesem Gebiete abspielen, vorher Kenntnis gegeben werde. Ein planmäßiges Vorgehen sei vorzugsweise in Berlin am Platze, wenn die Erzeugnisse länger dauern sollen. In diesem Sinne sprachen sich noch mehrere Redner aus. Auch wurde mitgeteilt, daß die sämtlichen Drenseher bei der Firma Titel sich verpflichtet hätten, zum Centralverbande beizutreten. Folgender Antrag gelangte alsdann zur Annahme: „Auf allen Kauten, wo Verbandsmitglieder arbeiten, haben dieselben einen Vertrauensmann zu ernennen, der die Pflicht hat, des Sonnabends die freiwilligen sowie die Beiträge für den Verband einzuziehen.“

Zu einer Bezirksversammlung des deutschen Holzarbeiter- Verbandes (Süd-Ost) referierte Wagner über: „Die ärztlichen Ehrengerichte und die Kranken Arbeiter“. Redner beleuchtete in seinem Referat, beifällig aufgenommenen Vortrage die Art, wie die Arbeiter behandelt würden, wenn sie als Mitglieder einer Kranken- klasse die Karte konsultieren. Dem Vortrag folgte eine für die An- wesenden vorteilhafte Diskussion. Unter Verbandangelegenheiten wurde mitgeteilt, daß in der Sigmund-Fabrik von H. Stehmann, Reichenbergerstr. 142, 18 Arbeiter wegen der Feier des 1. Mai entlassen worden sind. Eine am Montag, den 8. Mai, angebahnte Verhandlung seitens des Verbandes mit dem Fabrikanten blieb erfolglos, indem Herr Stehmann erklärte, die Vertrauensmänner nicht wieder ein- stellen zu wollen. Auch verlangte Herr St., daß die übrigen Arbeiter, die am 1. Mai die Arbeit ruhen ließen, eine schriftliche Erklärung abgeben sollen, fernhin den 1. Mai nicht mehr durch Arbeitsruhe zu feiern. Daraufhin wurden die Verhandlungen abgebrochen und beschlossen, über das Geschäft die Sperrung zu verhängen. Hellwig und Schäfer wurden in die Kontroll-Kommission für den „Süden“ gewählt.

Charlottenburg. Die Johistelle des Central-Verbandes der Maurer hielt am 9. Mai in „Bismarckshöhe“ eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung ab. Der Kassierer gab zunächst den Kas- senbericht vom I. Quartal und wurde denselben Entlastung erteilt. Hierauf hielt Millarg einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Das Unfallversicherungs-Gesetz und die Arbeiter.“ Nachdem noch einige gewerkschaftliche Angelegenheiten ihre Erledigung ge- funden, erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Musikinstrumenten-Arbeiter hielten am 18. d. Mts. in Rixdorf eine gutbesuchte öffentliche Versammlung ab, in der Paul Jahn einen Vortrag über Lebenshaltung und Volks- einkommen hielt. Der vorgeschrittenen Zeit halber fand eine Diskussion über den Vortrag nicht statt, sondern man ging gleich zum 3. Punkt der Tagesordnung, Besprechung über Begründung einer Jahrestelle des Fachvereins der Musikinstrumenten-Arbeiter in Rixdorf über. Es entwickelte sich eine äußerst lebhaft Debatte, da einige der zahlreich erschienenen Mitglieder des Holzarbeiter- Verbandes gegen die Gründung einer Jahrestelle auftraten. Diese Stellungnahme rief lebhaften Widerspruch hervor und ergab die Schlußabstimmung mit großer Majorität die Annahme der Re- gründung. Nachdem noch ausgedehnt war, durch lebhaft Agitation die Förderung unserer Sache zu betreiben, erfolgte Schluß der Ver- sammlung.

Vermishtes.

Die Schriftstellerin Elise Polko ist gestern in München 66 Jahre alt gestorben. Elise Polko war in ihrer Jugend Opern- sängerin; nach ihrer Verheiratung nahm sie von der Bühne Abschied und wandte sich der harmlosen Familienblatt-Schriftstellerei zu. Einige Beachtung fanden früher ihre „Musikalischen Märchen“.

Eine Feuersbrunst zerstörte in Wijn bei Sternberg 18 Gebäude. Ein Ehepaar, dessen Befahrung plötzlich von den Flammen ergriffen wurde, erlitt schwere Verwundungen.

In Weimar fand gestern die Enthüllung des vor dem Seebach- Stütz errichteten Denkmals für Marie Seebach statt.

Bei einem Brande in Riederzieder bei Landesbüt wurden durch einen einflügelnden Stiel zwei Personen getötet und fünf schwer verletzt; zwei Dienstmädchen werden vermisst.

Gefährdung eines Eisenbahnzuges. Aus Fiume wird vom Dienstag gemeldet: Bei der Station Stradellina wurde in der Nacht von unbekannt Thätern auf den Budapest-Schnellzug ein Attentat verübt. Die Geleise waren in einer Länge von etwa 90 Metern aufgerissen; glücklicherweise bemerkte der Zugführer des von hier abgegangenen Nachtzuges rechtzeitig den Anschlag, so daß

der Zug zum Stehen gebracht werden konnte. Ein Lehnhüter wurde als der Thäter verdächtig verhaftet.

Epochenmachende Erfindung. Die von zwei ungarischen Elektrotechnikern erfundene Schnelltelegraphie, die das Ab- telegraphieren von 100 000 Worten in einer Stunde ermöglcht, soll sich auf der 350 Kilometer langen Strecke Budapest-Temesvar glänzend bewährt haben. Gegenwärtig sind Verhandlungen wegen eines Versuches auf der Linie Budapest-Berlin im Zuge.

Eingegangene Druckschriften.

Bon der „Neuen Zeit“ ist herben das 34. Heft des 17. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt sind wir hervor: Frau, schau, wem? — Völkerecht und Militarismus. Von J. Karst. II. — Eine Nachlese. Von Franz Wehring. III. — Die preussische Berginspektorenreform. Von Heinrich Müller. — Pitterarische Rundschau. — Feuilleton: Erinnerungen eines Achtundvierzigers. (Fortsetzung.)

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.

Liebf. Gesandbrunnen. Demaliger Vorsitzender war: P. Gmt, Dresdenstr. 107/8.

P. W. Infanterie-Regiment Nr. 149 in Schneidemühl.

G. J. 1. Uns nicht bekannt. Wenden Sie sich an die „Holzarbeiter- Zeitung“, Hamburg-Gimsbüttel, Bismarckstr. 10. 2. „Arbeiter-Zeitung“, Berlin N., Prinzen-Allee 90.

S. P. 100 und G. Sch. Schönleinsstr. 18. Central-Kranken- und Begräbnis-Anstalt für Frauen und Mädchen in Deutschland (Verwaltungsstelle Berlin). Vorsitzender: C. Hefel, Berlin SO., Oranienstr. 180, III.

P. 99. Deutscher sozialdemokratischer Club in Paris. Vereinslokal: Café Le Procope, Rue de l'Antienne-Comédie 13. Sitzung jeden Sonn- abend. Dolebil wird auch französischer Unterrichts erteilt.

Enc. Um Antienste aus hiesigen, bedienten Toden zu entfernen, siehe man etwas heißen Essig unter Benzin, welche die Flecke in dieser Mischung etwa 10 Minuten ein und wasche dann mit Wasser nach. Bei empfindlichen Stoffen und Farben löst man auf den Fleck einige Tropfen Talg von einem dremenden Licht träufeln und wäscht dann die Stelle in einer Lösung von pyrophosphorsaurem Natron aus. Bei Wollstoffen träufelt man süße Milch auf den Fleck, tupft mit frischer Warte ab, wäscht mit Seifenlud nach und reibt mit einem reinen Tuche trocken. Unter Umständen muß dies Verfahren mehrere Male wiederholt werden.

Müller, Moabit. Eine solche Frage läßt sich nur nach genauer Unternehmung von einem Arzt beantworten. Wenden Sie sich rechtzeitig an einen solchen.

H. 24. Sie finden die Versammlungen des Wahlvereins Ihres Wahlkreises im „Vorwärts“ angezeigt.

G. 2. 1004. Fahren Sie von Berlin nach Frankfurt a. M. und von da zurück 4. Klasse und Ihen sich in Frankfurt ein fünf Tage gültiges Retourbillet 3. Klasse nach Basel. Die ganze Fahrt kostet dann 46,80 M.

Spar. Es handelt sich um eine andere Person.

R. 99 W. G. Wir bitten Sie, für die Zukunft briefliche Anfragen auch zu frankieren.

H. R. Nirdorf. Meinen Sie Musikinstrumenten-Zeitung? Nicht es nicht. Die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ erscheint in Nürnberg, Walgenstr. 12.

G. W. 37 und nicht bekannt.

G. W. 39. Wenden Sie sich an das Adressbureau des königlichen Polizeipräsidiums am Alexanderplatz.

H. M. 63 ist beides falsch. Es heißt: „Komme zu mir.“

G. R. 999. Weiß die Arbeiter selbst eine Änderung nicht wünschen.

G. P. Raunen. Wir sind nicht in der Lage, die Zuschrift zu be- antworten, da der Sachverhalt keineswegs klar ist; zudem können wir auch wegen Storfabrang derartige Einzelfälle nur andahndungsweise, wenn ganz besonders auffällige Umstände vorliegen, veröffentlichen.

Ziele. Die Polizei in Berlin ist „königlich“. Die Stadt darf die Kosten für ihre Unterhaltung aufbringen, hat aber kein Wort mitzureden.

J. W. 3. B. eine Frau oder eine aus den weiblichen Eigenschaften dieses Juteils entstandener menschlicher Charakter. Auch der Bandwurm im Magen oder den Jejunumspalten ist ein derartiger unheimlicher Schma- roger ulm.

H. B. Nichts Gewisses weiß man darüber.

G. G. 108. Ein solches Buch ist in keiner Bibliothek zu haben. Sie müssen sich das Buch in einer großen Buchhandlung kaufen.

M. 3. Anonyme Anfragen beantworten wir nicht.

Uta. 1. Die Beschwerde an das Vordgericht kann ohne Anwalt beim Amtsgericht von Ihnen eingelegt werden. 2. Gleichzeitig über Ihre Beschwerde können Sie einmündige Einstellung bis zum Urtheil über Ihre Beschwerde beantragen. 3. Das Verdicten ist nicht gestattet. — G. 2. Ja. — M. D. Das Pflichtteil beträgt nach dem hier in Berlin geltenden Recht: wenn vier oder weniger erbfähige Kinder da sind, also vier oder weniger Erbportionen zu machen sein würden, 1/2, wenn mehr als vier Kinder da sind, 1/3 der Erbportion. — G. 2. 74. 1. und 3. Wir werden Urtheilung ein- ziehen. 2. Hat nichts zu zahlen. — H. 3. 100. Sie haben nicht zu zahlen. — G. W. 53. In Annahmen gehören Fabriken nicht. — J. Ja. — Treuer Abmont Wilmersdorf. 1. und 2. Ja. — G. G. 2. Der Käufer könnte nach seiner Wahl Rücknahme oder Schadenersatz mit Aus- schluß auf Erfolg verlangen. — W. Eine. Rechten Sie vor vollendetem 42. Lebensjahre zurück, so können Sie noch der Ferienkolonie aus 3 Jahre jugeltet werden. — S. J. Nr. 500. Nein, erklären Sie dem Raume bei einer etwaigen nochmaligen Vernehmung. Sie können jede Beantwortung und die Unterchrift ab. — B. 12. Als Gegenstand nicht. — Nord- rich 111. Ja. — C. Müller. Eine Verkaufstaxe werden nicht. Lassen Sie sich nur mit zeitlichen Abzahlungsansichten ein, sonst werden Sie trotz des Abzahlungs- gerichtes sehr erhebliche Nachteile haben. — G. 2. 1. 1. Nein. 2. Ja. 3. Nein. — Stumpe. 1. Nein. 2. Das Ständemamt. — R. G. W. Wenden Sie sich an Stadtverordneten Ratterne, dem Vorliegenden des Vereins. — W. 3. 32. Sie müssen den Bier auffordern, innerhalb 8 Tagen für Be- stellung der unangenehmen Miereiter Sorge zu tragen, eventuell auf Lösung des Vertrages und auf Schadenersatz klagen. — Dr. S. Rein.

Marktpreise von Berlin am 15. Mai 1899
nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

Ware	Quantität	Preis	Ware	Quantität	Preis
*) Weizen	D. Ctr.	15,75 14,50	Schweinefleisch	1 kg	1,60 1,--
*) Roggen	..	14,70 13,60	Rindfleisch	..	1,60 1,--
*) Futterweizen	..	13,-- 12,20	Dammelfleisch	..	1,60 0,90
Hofer gut	..	15,60	Butter	..	2,60 2,--
.. mittel	..	15,-- 14,50	Eier	60 Stück	3,60 2,20
.. gering	..	14,40 14,--	Karpfen	1 kg	2,20 1,20
Nichtroth	..	4,15 3,50	Kale	..	3,-- 1,40
Den	..	7,10 4,50	Fahder	..	2,60 1,--
+) Gersten	..	40,-- 25,--	Dehte	..	2,20 1,20
+) Speisebohnen	..	50,-- 25,--	Parische	..	1,60 0,80
+) Linen	..	70,-- 30,--	Schwiele	..	3,-- 1,20
Kartoffeln, neue	..	6,-- 4,--	Biele	..	1,20 0,80
Milchfleisch, Rente 1 kg	..	1,00 1,20	Kreble	per Schof	12,-- 2,50
do. Rauch	..	1,20 1,--			

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preis- Landwirt- schaftskammer — Notierungsstelle — und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

+) Kleinhandelspreise.

Hofer blieb vernachlässigt. Raids konnte sich behaupten, Mühl tendierte fester. Die Vorkaufuhr am Spiritusmarkt blieb gering, weshalb die Tendenz andauernd fest ist. Gehandelt wurden 64 000 Liter Der Spiritus, die wie gestern mit 40,60 gehandelt wurden. Wer nicht zugeführt. Termine fest und behauptet.

Kartoffelfabrikate. Berlin, 16. Mai. Feuchte Kartoffelfabrikate per 100 Kilogramm 10,30 M. Prima trockene Kartoffelfabrikate per 100 Kilo- gramm 20,60 M., da. Supra 21,25 M., da. Secunda 16--18 M. Prima Kartoffelmehl per 100 Kilogramm 20,60 M., da. Supra 21,25 M., da. Secunda 16--18,50 M.

Berlins Getreide- und Weizenfuhrer zu Wasser vom 15. Mai mittags bis 16. Mai mittags betragen 780 To. Weizen.

Witterungsbericht vom 16. Mai 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. u. G. ° C	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. u. G. ° C
Swinemünde	767,23	3	Wolflig	13	Haparanda	758	W	4	heiter
Hamburg	756,23	4	heiter	14	Petersburg
Berlin	758,93	4	heiter	14	Sort	761	W	3	4,15. bed.	11	..
Wismarsden	761,23	5	bedeckt	13	Bardeen	741	W	3	4,15. bed.	11	..
Wismarsden	761,23	5	bedeckt	11	Paris	760	W	3	4,15. bed.	11	..
Wien	759,23	4	heiter	17							

Weiter-Prognose für Mittwoch, den 17. Mai 1899.

Etwas wärmer, zunächst ziemlich heiter bei mäßigen südwestlichen Winden, nachher zunehmende Bewölkung und Gewitterneigung.

Berliner Wetterbureau.

Ein vorzügliches Frühstück

Ist eine Tasse Kathreiners Malzkaffee, denn er vereinigt die Vorzüge des Bohnenkaffees mit den anerkannt gesundheitlich wertvollen Eigenschaften des Malzes. Der „Kathreiner“ regt an, aber nicht auf, gewährt dem Gaumen den angenehmen aromatischen Geschmack des Bohnenkaffees und hinterlässt keine schädlichen Wirkungen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 17. Mai.
Opernhaus. Die weiße Dame. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Wallenstein Tod. Anf. 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Die Gefährtin. Der grüne Katolub. Paracelsus. Anfang 7 1/2 Uhr.
Veitling. Franzosen. Anf. 7 1/2 Uhr.
Berliner. Raja. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Der Schatzkammer. Kontroleur. Vorher: Zum Einsiedler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Zwei glückliche Tage. Anfang 8 Uhr.
Neues. Eine Verlobung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Margarete (Haus). Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Puppe. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Geschlossen.
Vaisen. Ein Proletarier. Hierauf: Bogelfest. Zum Schluss: Jodwiga. Anfang 8 Uhr.
Welle-Alliance. Pech-Schulze. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshädelchen. Des großen Königs Refrut. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Um ein Weib. Anfang 8 Uhr.
Chend. Die Bulgaria. Anfang 8 Uhr.
Wiener Volks-Theater. Das Besprechen hinter'm Herd. Coulin. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Secu. Palast. Spezialitäten-Vorstellung.
Passege. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstr. 48-49. Monatliche Aufführung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Operntelephon.
Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Zwei glückliche Tage.
Schwan in vier Akten von Franz v. Schöthan und Gustav Adelburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Herrgottschützer von Ammergau.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zwei glückliche Tage.

Offend-Carl Weij-Theater.

Dr. Frankfurterstr. 132.
Die Bulgaria.
Anfang 8 Uhr.
Im Garten von 7 Uhr an: Freiluftkonzert. — Donnerstag: 5 Jahre Juchthaus. Freitag: Die Bulgaria. Sonntag am ersten Male: Die rote Mühle. Ausstattungsgeld in 7 Bildern von Oskar Knöke und Sondermann. Im Garten am ersten Pfingstfesttag: Vollständige Gedächtnisfeier des Sommer-Gartens. Wochentag Spezialitäten, Konzert und Theater-Vorstellung.

Central-Theater

Direktion: José Foronczy.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Puppe (La Poupée)
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Ordonnanz u. Sturgeh. Musik von Ed. Andran.
Morgen und folgende Tage: Die Puppe (La Poupée).

Apollo-Theater.

Täglich um 9 Uhr abends:
Frau Luna.

Burlesk-phanta. Ausstattungs-Operette von Bolton-Bückers.

Musik von Paul Lincks.
Im 4. Bilde: Das sensationelle Luft-Ballett „Crigolats“.
ferner: 10 Spezialitäten und
Henry Bender
Hella Collier.
Kasseneröffnung und Anfang des Garten-Konzerts 7 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Billet-Vorverkauf täglich im Theater und beim „Künstlerdank“, Unter den Linden 69.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Um 8 Uhr: Im Theater:
Das Land der Fjorde.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panoptikum.

Nur noch kurze Zeit.
Der unvorwundbare **Fakir Aratas.**
Das 6-jährige **Wunderkind Marietta**
(kann nur im Finstern sehen).
Son 6 1/2 Uhr: Spezialitäten-Vorstellung.

Castan's Panoptikum.

Ecke Friedrich- u. Bohrenstrasse.
Neu umgestaltet und verschönert!
Rumänische Original-Zigeuner-Kapelle im Konzertsaal.
Neu!!

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.
14 phänomenale 14 Debuts
Mlle. Lidia.
José Hürgin.
Meisterschafts-Jongleur l. Billardsalon.
Lul-Lul
mit dem ballspielenden Hund.
4 Noiset, 6 Glinzerotti.
Kunstradfahrer. Akrobaten.
Frid-Frid, Berliner Soubrrette.
Paul Jälch
Gesangs-Humorist
mit aktuellem Repertoire.
Gregory, ikarische Spiele.
2 grosse Balletts.
60 Damen.
Wochentags Anfang 8 Uhr,
Sonn- und Feiertags 7 1/2 Uhr.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger
(Miesel, Pietro, Britton, Sieidl, Krone, Schneider und Schrader.)
Wiederanstreten des „kleinen Pietro“, Wiederanstreten von Fritz Steidl.
Anfang wochentags präc. 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. Numerierter Balkon 75 Pf., Balkon-Loge 1 Mk., Orchester-Loge 1,50 Mk. Fremdenloge 2 Mk. Tageskasse 11-1.
Jeden Freitag:
Neues Programm.
Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Jeden Sonntag, Montag u. Freitag
Numoristische Soiree der Norddeutschen Sänger
(Fährmann, Horst, Walde).
Anfang: wochentags präc. 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pf.

Jeden Freitag: Neues Programm.

Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111/112.
Jeden Sonntag, Montag u. Freitag
Numoristische Soiree der Norddeutschen Sänger
(Fährmann, Horst, Walde).
Anfang: wochentags präc. 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pf.

Gesellschaftshaus

Dwinnendstr. 42.
Täglich im Garten:
Theater-Vorstellung.
Saal für 800 Personen auch Sonntag frei. 1897

Möbel.

bar und Teilgängen, billigst Neubaur furter Allee 110 I, Ecke Königbergerstr.

Socialdemokratischer Verein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Donnerstag, den 18. Mai, abends 8 1/2 Uhr, „Rosenhaleer Hof“, Rosenhaleerstr. 11-12:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten W. Pfannkuch über: Die Novelle zur Gewerbe-Ordnung im deutschen Reichstag. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. — Gäste sehr erwünscht.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)
Mittwoch, den 17. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Reuststr. 20/21:

Vertrauensmänner - Versammlung

für sämtliche Bezirke und Branchen.
Tages-Ordnung:
1. Die Anschläge der vereinigten deutschen Möbelarbeiter auf den Deutschen Holzarbeiter-Verband, 2. Bericht über den Verlauf der Verhandlung; Wirtschaftskreis und Differenzen. 3. Jede Werkstatt muß vertreten sein. Die Crüderverwaltung.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Crüderverwaltung Berlin.)
Gente, Mittwoch, den 17. Mai, abends 8 1/2 Uhr,
Vertrauensmänner - Konferenz für den Süden
im Lokal des Herrn Rautenberg, Cranienstr. 180.
Pünktliches Erscheinen ist notwendig.

Sonnabend, den 20., und Dienstag, den 23. Mai, ist das Bureau am Nachmittag geschlossen; desgleichen am Dienstag, den 23. Mai, vormittags der Arbeitsnachweis.

Die Verhaftung von Hirschmann, Johannstr. 14/15, sowie die Weherer von Neumann, Chausseestr. 112, sind gelperrt. 112/6 Die Crüderverwaltung.

Verein socialdemokratischer Gast- und Schankwirte Berlins

und Umgebung.
Der Feiertage wegen findet unsere nächste Versammlung nicht am 19., sondern am 26. Mai statt. Das Nähere wird noch bekannt gegeben. 60/8 Der Vorstand.

Max Kliems Sommer-Theater

Hasenhalde 14-15. Artistische Leitung: Paul Wilbin.
Täglich: **Großes Garten-Konzert.**
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Aufstreten des gesamten Schauspiel- und Spezialitäten-Ensembles.
Nur erstklassige Kräfte.
Georg Fischer (Viederländer), Karl Gursch (Zana Parodist), Heddy Brumlen (Roham-Soubrette), Dora Marchetty (Parforce-Quintillistin), The Barings (Circusartisten) usw.
Neues gediegenes Familien-Programm.
Entree: Wochentags 20 Pf. Entree: Sonntags 25 Pf.
Numerierter Platz 40 Pf. Numerierter Platz 50 Pf.
Anfang des Konzerts täglich 4 Uhr. Anfang der Vorstellung 6 Uhr.
Zu den Festtagen: Großer Ball. Max Klien.

Treptow. Park-Restaurant

C. Ludwig früher Jakob.
Allen Vereinen und Fabriken empfehle mein Sommerlokal mit großen Sälen (bis 8000 Personen) zu Festlichkeiten aller Art unter constanten Verbindungen.
Jeden Sonntag: **Frei-Konzert und Großer Ball.**
8 neu renovierte Regeldamen. Kaffeeküche der Neuzeit entsprechend. Lagerbier 1/2, 15 Pf. H. Weißbier. Speisen u. Getränke zu festen Preisen.
Herren- u. Konfirmandenhüte, alle Farben, nur neue moderne Sachen. 1841/2
Prima Qualität: 1,50 und 2,-
Die beliebtesten Arbeitshüte immer noch 65 Pf.
früher Barnimstr. 4 u. 5, jetzt Kaiserstrasse 25 A.

Gutfabrik-Comptoir

Herren- u. Konfirmandenhüte, alle Farben, nur neue moderne Sachen. 1841/2
Prima Qualität: 1,50 und 2,-
Die beliebtesten Arbeitshüte immer noch 65 Pf.
früher Barnimstr. 4 u. 5, jetzt Kaiserstrasse 25 A.

Ostbahn-Park

Hermann Imbs
71 Räderdorfer Straße 71, am Rühriner Platz.
Täglich:
Großes Konzert
und
Specialitäten-Vorstellung.
Anf. 4 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf.
Kaffeeküche. Regeldamen. Volkbelustigungen aller Art.
Hermann Imbs.

Dr. Simmel

hombop. Arzt, Spezialarzt für
Frauen-Krankheiten.
Schönberger Ufer 25. Spr. 9-1. 4-7.
Spezialarzt f. Haut- u. Hornleiden.
10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.

Von der Reise zurück.

Dr. med. Schaper
hombop. Arzt, Spezialarzt für
Haut- u. Hornleiden
Frauen-Krankheiten.
Schönberger Ufer 25. Spr. 9-1. 4-7.
Hombopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnabend,
Ab. 7-8: Friedrichstrasse 14, I.

Todes-Anzeige.

Den Genossen zur Nachricht, daß der Schlosser 219/14
Eduard Bingau
früherer Vertrauensmann der Schindhaner Vorstadt, am 15. Mai, im Moabit Krankenhaus an der Proletarierkrankheit verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. Mai, nachmittags, von der Leichenhalle des Moabit Krankenhauses aus, statt.
Eure feinem Andenken!
Der Vertrauensmann.

Cigarren

Einzelverkauf zu Fabrikpreisen!
Etwa 2 1/2, 3, 3 1/2, 4 Pf. usw.
W. Schilling,
SO., Admiralsstr. 15b.

Rechtsbureau

des langj. Bureauvorsetzers Jacobi, Dr. Frankfurterstr. 86. Rat u. Auskunft in allen Angelegenheiten. Abends 9 bis 9 Uhr, auch Sonntagvorm. geöffnet.

Hans Kayser

1890
Gärtlicher Bahnhof, Platz 6.
Billigste Bezugsquelle für **Press- u. Steinkohlen.**

Gute

Cylinder-Uhr, auf 6 Steinen
gehend, schön gravirt u. 2 v. Goldränder, 3 f. Goldbeiger, 32 Stunden gehend, 7 Wf. Ferner mit 2 ersten Silbernen Fedeln, auf 10 Steinen gehend, 800 Reichshempel, hartes Gehäuse, 2 Goldränder, prima Qualität 12 Wf. Jede Uhr ist gut abgelesen (repariert) u. aufs genaueste reguliert, leistet 3 Jahre Garantie. Viele Dank für. Verf. Georg. Kachin. Immerhin geschätzt od. Geld zurück.
W. Davidowitz,
Bitte Firma beachten!
Berlin C., Rosenhaleerstr. 65.
Dreimal primiert mit der goldenen Medaille.

Verlangen Sie gratis!

HAMMONIA-FAHRER
MOTOR-RÄDER
Lubehör-Theile
Hammonia-Fabrik
A-H-UELZEN, HAMBURG

Möbel

Aleiderpliden, eisoch. u. 20 W. an, founirt u. 36, Wälschpliden u. 30, Schloßpladen u. 30, Wohnzimmersofa u. 25, Bancefophas u. 60, Tischgarnituren i. all. Farb. u. 100, Verticellen u. Federbetten u. 30, Nebelbetten mit Decke u. 33, Marmortischen u. 25, Roumabden, Ausgehliche von 10, Sophatische, Rückenpliden von 15, Couchtische u. 2 1/2, sowie alle sonstigen Möbel in großer Auswahl allerbilligst. Vollständige Einrichtungen, besonders preiswert, transportfrei. — 1824/5

Möbel auf Teilzahlung.

unter Garantie, unter fallbeih. Bedingungen. Schier, Möbelabrik, Neanderstrasse 18.

Fahrräder

Stets großes Lager
verfälschter Fabrikate auf Teilzahl- ohne Preisermäßigung zu den constanten Fabrik-Preisen. Katalog gratis.
Deutsch gebrauchte Räder für Herren u. Damen zu billigen Preisen unter Garantie.
Adomeit & Landau
Lothringerstr. 48 I.
Tücht am Rosenhaleer Thor.

Allerlei Anzeigen.

Meyer, Brohm, Brockhaus
und alle anderen Bücher leicht und tauf Antiquariat Kochstr. 56. Amt IV 895. 85/5

Verkaufe Grundst. im Vorort, 20 Pf. Tour herrlicher Aufenthalt, hart an der Bahn, 91 Rutz, 18 Wf. Front m. Jann f. 1600 Wf. bei 1000 Wf. Anzahlung. 833

Joers, Jepsen & Bernau.
Schauaufgeißt, Miets 1200 Wf., 550 Wf. verkauft. Erfragen Comptoir Holzmarktstr. 40, Pf.

Bier-Hypothek. Spind, 11el, Taubenboden-Ginz, Schwarzdrossel, chinel. Nachtig. a 6 Wf. l. v. schlag. u. a. Waldvögel, Tauben, gr. u. H. Käfige, bill. verkauft. C. B. Jensen a. C., Stalingerstr. 146, Schankh. 985

Betten, Gardinen, Steppdecken, Portieren, Kaffeebecken, Teppiche, Bettvorleger, Tischdecken, Balletts, Anzüge, Posen, Remont. Uhren, Regulatoren, Operngl. Spottb. Wandl. Reanderstr. 6.

Woll- und Baumwoll-Abfälle
jeder Art tauf Broderie, Oppenertstraße 16 part. 14799*

Arbeitsmarkt.

Achtung, Holzarbeiter!

Der Elsholz, Krautstr. 52, fuchen die Kollegen im Streik. In der Schindhaner Vorstadt von **Stehmann, Reichenbergerstr. 142**, sind sämtliche Arbeiter wegen Peters des 1. Mai entlassen. Zugang ist ferngehalten.

Achtung, Drechsler!

In der Bildhauerstr. von H. Wolf, Reichenbergerstr. 14, haben sämtliche Drechsler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. 70/14
Bausen fernhalten.

Möbelpolierer.

Bei **Haller, Krautstr. 37**, sind die Kollegen gemittelt. 146/3
Zuzug fernhalten bittet
Der Vorstand des Verbandes.

Stellenangebote.

Nachschneider für Strich und Auto verlangt 948
Kunstanstalt, Hollmannstr. 16

Farbmalcher verlangt
Kattichstraße, Brünzger 12.

Korbmalcherstellen auf Wallstraße
verlangt **Heinrich Knorr**,
Friedrichsberg, Chausseestr. 85.

Korbmalcher auf Geiselsstraße verl.
sotort **Rug. Barwaldt**,
915 Spandau.

Cigaretten-Arbeiter.

Stephen Mitchell & Son, Glasgow, Schottland, suchen gebilzte Cigaretten Arbeiter. Guter Lohn und dauernde Beschäftigung. Nachweis vorzulegen bei **J. Krausnick**, Fabrikleiter, J. Berlin, Hotel Münchener Hof, Spandauerstr. 11-13. 85/5*

Einige Nachendienstleistungen

finden noch, wenn mit guten Zeugnissen versehen oder gut empfohlen, dauernd gute Stellung. Zu erfragen mit-Blatt 90 in der Zeit von 1/2 bis 1/5 und Sonntag vormittags.

Tüchtige Knechtendienste

erhalten Arbeit bei Stimmwied an **Barmeister & Wahn**, Köpenickerstr. 149.

Technische Gummi-Arbeiter

werden eingestellt in **S. Herz**, Gummiwarenfabr., SO., Adystr. 187/188.

Drahthefterin

auf Drucksachen verlangt. **Riesenstahl, Zump & Co.**, Holzmarktstr. 67. 1*
3 Herrlicherm. Loofe, Waldemarstr. 51.

Zinshneiderinnen

grüße, auf Waisen und Gendern blusen, erhalten dauernde Stellung. **Wag Buchholz**, Schloßplatz 1.

Zimmern.

Möbliertes Zimmer für 1 oder 2 Herren vermietbar. **Weber**, Rautenstr. 65. 908

Schlafstellen.

Schlafst., sep., Walfstr. 21/22, Og. bei Gurtb. 938
Anhand. Schlafstelle zu vermieten. **Alexanderstr. 24, O. 2. Et. 1.**

Wanderarbeit und Abwanderung.

In der Reichstags-Sitzung vom 13. d. M. wies Bebel darauf hin, das Verbot für die Leute unter 18 Jahren, fortzuführen, d. h. also eine wesentliche Einschränkung der Freizügigkeit, diene dem Zweck, die östlichen Landarbeiter an die Scholle zu fesseln. Dem gegenüber bemerkte der konservative Abgeordnete Dertel: „Was die Beschränkung der Freizügigkeit anlangt, so hat Ihr Parteigenosse Kautsky sie für die jugendlichen Arbeiter auch befürwortet.“ Er suchte also einen Gegensatz zwischen meiner Wenigkeit und Bebel, oder vielmehr der Gesamtheit unserer Partei zu konstatieren, denn daß in dieser Frage die gesamte Partei den Ausführungen Bebel's zustimmt, daran ist nicht zu zweifeln.

Ein solcher Gegensatz besteht jedoch in Wirklichkeit nicht, da ich den Ausführungen Bebel's vollkommen zustimme. Herr Dertel ist offenbar irreführt worden durch die Kritik, die Genosse David im „Vorwärts“ (11. März dieses Jahres) an dem übte, was er mein Agrarprogramm nennt. Ich habe diese Kritik ohne Erwiderung gelassen, da die Diskussion mit Versteifen mich in Anspruch nahm und es unmöglich meine Aufgabe sein kann, mich mit allen meinen Kritikern herumzuschlagen. Wer ein Buch veröffentlicht, muß sich eben Kritik gefallen lassen.

Da jedoch die Auffassung Davids weiter isoliert wurde und, wie Figura zeigt, von den Agrariern ausgebeutet wird, halte ich in diesem Falle doch eine Mäßigung für geboten.

Unter den Forderungen zum Schutze der Landarbeiter, die ich in meiner Schrift über die Agrarfrage aufstelle, finden sich auch folgende: Verbot der Wanderarbeit jugendlicher Personen bis zu dem 18. Jahre und Verbot der Wanderarbeit von Mädchen vor dem 21. Jahre.

Diese zwei Verbote erfüllen David mit höchster Entrüstung. Voll edlen Jernes sagt er: „Die Socialdemokratie sollte sich dazu hergeben, die Landarbeiterin bis zum 21. Lebensjahre an die Scholle ihrer „angestammten“ Gutsherrschaft zu fesseln? Sie sollte helfen, den jungen Landarbeiter zu verhindern, aus den Gegenden der niedrigen Löhne und der schlechtesten Behandlung abzuwandern, um bessere Löhne und Lebensbedingungen zu erringen?“

Die Entrüstung Davids wäre vollkommen am Platze, wenn ich der Socialdemokratie etwas Derartiges zumutete. Das ist mir aber nie eingefallen. Davids Horn rührt nur daher, daß er Abwanderung und Wanderarbeit mit einander verwechselt. Gegen ein allgemeines Verbot der Abwanderung von Mädchen und jungen Leuten würde ich mich ebenso entschieden wenden, wie David. Das von mir befürwortete Verbot der Wanderarbeit dieser Kategorien trafe dagegen nur eine besondere Form der Abwanderung. Es hat sich herausgestellt, daß die Wanderarbeit von jungen Personen regelmäßig in der Form vor sich geht, daß Wandern derselben von moralisch höchst zweifelhaften Antrieben getrieben, kontraktlich verpflichtet und unter Umständen verfrachtet und ausgebeutet werden, die schwere moralische und physische Schädigungen nach sich ziehen. Das Verbot der Wanderarbeit dieser unreifen und widerstandlosen Arbeiterelemente soll nicht ihre Abwanderung überhaupt verhindern, sondern nur ihre Abwanderung in der für sie ungünstigsten Form. Das ist denn doch ein kleiner Unterschied.

Man kann selbstverständlich über die Zweckmäßigkeit meines Vorschlags verschiedener Meinung sein, umso mehr, da ich ihn nicht bestimmt formuliert; denn ich stellte mir nicht die Aufgabe, ein Agrarprogramm auszuarbeiten, sondern nur die, die Aufgaben unserer Agrarpolitik an konkreten Beispielen zu zeigen. Aber auf jeden Fall scheint es mir abgemessen, das Verbot der Wanderarbeit als ein Fesseln der jungen Leute an die Scholle oder gar als „reaktionäre

Junterpolitik“ zu bezeichnen, wie dies David thut. Ebenso gut könnte man auch die Forderung der Verlängerung der Schulzeit bis zum 16. oder gar 18. Jahr als reaktionäre Junterpolitik bezeichnen. Die Wanderarbeit der jungen Leute würde dadurch sehr erschwert.

Man kann nicht leicht größeren Wert auf die Freizügigkeit der Landarbeiterschaft legen, als ich in meinem Buche gethan. Um jeden Zweifel zu beseitigen, sei mir zum Schlusse gestattet, einige Sätze daraus zu citieren:

„Ist das Koalitionsrecht auch für den Landarbeiter eine unentbehrliche und nicht zu unterschätzende Waffe, so wird doch für ihn praktisch viel wichtiger das Recht der Freizügigkeit. Wo seine Lage sich in den letzten Jahrzehnten verbessert hat, verdankt er es vor allem der Freizügigkeit. Darum gehört aber auch diese zu den von den Agrariern befehligten Einrichtungen des modernen Staates. Noch sind sie ohnmächtig, direkt daran zu tasten, um so mehr versuchen sie alle möglichen heimtückischen Methoden, um ihr an den Krogen zu gehen. . . . allen diesen Bestrebungen muß sich die Socialdemokratie auf das Entschiedenste widersetzen. . . . Das Koalitionsrecht und die Freizügigkeit sind die beiden wichtigsten Mittel der freien Verfassung und der Organisation für das ländliche wie für das industrielle Proletariat. Die Socialdemokratie hat die Aufgabe, diese Waffen des Klassenkampfes zu erobern und sie dort, wo sie erobert sind, festzuhalten und die verschiedenen Schichten der Arbeiterschaft in ihrem Gebrauch zu unterweisen und zu unterstützen.“ (S. 241-243.)

Ich denke, es gehört viel Phantasie dazu, daraus ein Verlangen nach Beschränkung der Freizügigkeit herauszulesen.

12. Mai 1899. A. Kautsky.

Versammlungen.

In einer öffentlichen Versammlung der Stuccateure, die am Montag stattfand, berichtete Däschütz über den bisherigen Verlauf der Lohnbewegung. Er konnte die erfreuliche Mitteilung machen, daß bereits 31 Firmen mit 430 Arbeitern die Forderungen der Arbeiter bedingungslos, d. h. durch Unterschrift, bewilligt haben; 10 Firmen haben den Tarif mit kleinen Änderungen anerkannt. Die Einführung der Lohnarbeit macht erfreuliche Fortschritte. Wie in einer früheren Versammlung, rief der Bericht in der „Morgenpost“ über die „ungerechten“ Forderungen der Arbeiter, allgemeine Entrüstung hervor. Die Versammlung verlangt daher von den bei der Firma Danner beschäftigten jüdischen Kollegen die hündige Erklärung, daß dieselben als Klassenbewußte Arbeiter mit den in der „Berliner Morgenpost“ erschienenen Berichten nichts gemein haben. Noch längerer und lebhafter Besprechung über die weitere Durchführung der Forderungen wurde beschlossen, der Lohnkommission die geeigneten Schritte zu überlassen. Pflicht aller Kollegen muß es sein, der Lohnkommission jede Maßregelung von Arbeitern, sowie etwaige Verletzung der Löhne seitens der Unternehmer auf Bänden und in Verfassungen sofort mitzuteilen. Die unter den neuen Bedingungen arbeitenden Stuccateure sind verpflichtet, gemäß dem Beschluß der letzten Versammlung, für diese Woche noch Marken von der Lohnkommission zu entnehmen. Die Auszahlung der Unterstützung für die Streikenden erfolgt am Sonnabend, den 20. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Bureau, Steinmetzstraße 17. Mit der Aufforderung zum Anschluß an die Organisation erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Zimmerer der Vertrauensmänner-Centralisation hielten am 10. Mai eine Versammlung ab, in welcher der Revisor Hoff den Bericht über die stattgefundene Revision des Agitations- und Unterstützungsfonds erstattete. Derselbe ergab eine Einnahme,

unter Zurechnung des vorhandenen Bestandes in Höhe von 2617,73 M., von 4546,68 M. Demgegenüber steht eine Ausgabe von 2192,15 M., so daß ein Bestand von 2994,83 M. verbleibt. Redner bemerkte, daß hierbei nur die Zimmerer von Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Niddorf, Weißensee und Pantow, soweit sie auf dem Boden der Vertrauensmänner-Centralisation stehen, in Betracht gezogen werden dürfen, und für alle übrigen Orte seit dem 1. Januar selbständige Sammelfonds bestehen, über die am Schluß des Jahres durch den ersten Vertrauensmann Bericht erstattet werden soll. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer Kopschläger entlastet. Dem Bericht über die Feststellung der Arbeitslosigkeit ist zu entnehmen, daß im 1. Quartal 1897 Wochen als „Arbeitslose“ abgestempelt werden mußten, die Arbeitslosigkeit war somit größer als in den vorhergehenden Jahren. Den Bericht über die Ausperrungen am 1. Mai gab der Vertrauensmann; derselbe bemerkt, daß der Anruf des Unternehmervereins die Maßfeier nicht im geringsten beeinträchtigt habe und überall dort, wo einheitlich gefeiert wurde, auch keine Maßregelungen stattgefunden hätten mit Ausnahme bei der Firma Saar u. Wahl, welche die Arbeiten im Zoologischen Garten auszuführen hat und ihre sämtlichen Arbeiter ausperrte. Die übrigen Maßregelungen seien lediglich auf Konto derjenigen Kameraden zu setzen, welche entgegen dem Beschlusse der Allgemeinheit am ersten Mai gearbeitet haben. So fanden Maßregelungen statt bei den Firmen Döbler, Raß, Lanzendorf, Vogler, Strauß, Zehlfass, Egner, Otto und einigen anderen, bei denen die Ausperrung aber nur 1 bis 3 Tage dauerte. Die Firma Saar u. Wahl stellte am Montag, den 8. Mai, sämtliche Ausgesperrten wieder ein, und ein Teil der übrigen Ausgesperrten hat anderweitig Arbeit erhalten, so daß nur noch einzelne zu unterstützen sind. Die Höhe der ausgezahlten Unterstützung belief sich in der ersten Woche auf 450 M., welche an 41 Mann ausbezahlt wurde, die Zahl der durch die Maßfeier in Mitleidenschaft gezogenen Personen 70. Die Diskussion über den Bericht gefallte sich sehr lebhaft und wurde von einzelnen Rednern bedauert, daß nicht auch die übrigen Berufsvereine Stellung einnehmen und oft noch Beschlüsse im entgegengeetzten Sinne gefaßt werden, die alsdann die Unternehmer-Organisationen dazu bewegen, um die Ausperrungen zu rechtfertigen. Ein Antrag der Zahlstelle Schöneberg, Stellung zu denjenigen Mitgliedern zu nehmen, die am 1. Mai gearbeitet haben, wurde den Playdeputierten überwiegen. Den Bericht über den Braunschweiger Kongreß gab der Delegierte Th. Fischer. Die Versammlung erklärte sich mit den Beschlüssen einverstanden. Im Verschiedenen stellt viel den Antrag, den Gemahregelten die in die Woche fallenden Feiertage mit zu bezahlen; nach eingehender Debatte wurde der Antrag jedoch abgelehnt. Der Vertrauensmann machte noch auf den Streik der Stuccateure aufmerksam, worauf die Versammlung beschloß, dem Wunsch der Stuccateure gemäß, auf allen Bänden die noch in Accord arbeitenden Stuccateure an ihre Pflicht zu erinnern.

Im Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter hielt am 7. Mai Genosse Augustin einen beifällig aufgenommenen Vortrag. Redner kritisierte sehr scharf das Verhalten der Arbeiter, die sich am 1. Mai an dem Kravall in der Warschauerstraße beteiligten. Dem schloß sich in der Diskussion der Vorsitzende voll und ganz an. Die übrigen Verhandlungen betrafen interne Vereinsangelegenheiten.

Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner. Heute, abends 8 1/2 Uhr, in O. Brauer'sches Lokal, Alte Jakobstr. 75: Versammlung. — Montag, den 22. Mai (2. Pfingstfeiertag): Ausflug nach Berlinhof, Restaurant Rucwold. Abfahrt 9 Uhr vom Wannsee-Bahnhof.

**Grosses Warenkaufhaus „Charlottenburg“
Jacob Gebrüder Nachfl.**

Wilmersdorferstr. 56, Ecke Pestalozzistrasse.

Eröffnung

unseres in unserem Geschäftshause, Wilmersdorferstrasse 56, belegenen

Photographischen Ateliers

am **zweiten Pfingst-Feiertag**, vormittags 10 Uhr.

Heute, Mittwoch, den 17. Mai: Ausstellung eines grossen Teils der Möbel, Apparate und Utensilien unseres Ateliers in je einem unserer Schaufenster der Wilmersdorferstrasse und Pestalozzistrasse.

Wir gewähren auch an dem heutigen Tage, **um von der vorzüglichen Ausführung unserer Bilder Beweis zu liefern**, bei einem Gesamteinkauf von

5 Mark 1/4 Dtz.	10 Mark 1/2 Dtz.	15 Mark 3/4 Dtz.	20 Mark 1 Dtz.
eine Person Brust, Kniestück oder ganze Figur gratis.			

Die für diesen Zweck an den Kassen verausgabte Bons haben für die **Gratis-Anfertigung** der Bilder bis zum 1. Juli cr. Gültigkeit.

Preise der Bilder

für eine Person:

Visit, Brust, Kniestück oder ganze Figur **Dtz. 1,50 Mk. Cabinet**, Brust, Kniestück oder ganze Figur **Dtz. 4,50 Mk.**

Postkarten mit Photographie, 6 Stück 75 Pf., 12 Stück 1,20 Mk.

Alle anderen Grössen und Formate, wie Mignon, Visit-Muschel, Cabinet-Muschel, Oblonge, Boudoir, Paneel, sowie Reproduktionen bis Lebensgrösse zu sehr billigen Preise

Lieferung innerhalb 8 Tagen.

Jacob Gebrüder Nachfl.

Spittelmarkt 16/17.

A. Jandorf & Co.

Belle-Alliance-
strasse 12.

Jandorf-Backmehl.

Prima-Qualität.

2 Pfd. 5 Pfd. 10 Pfd.

37 Pf. 90 Pf. 1,70 Mk.

Jandorf-Kochmehl.

ff. Qualität.

2 Pfd. 5 Pfd. 10 Pfd.

27 Pf. 70 Pf. 1,35 Mk.

Matheïn, selbstlockerndes Backmehl mit Kuchengewürz.

1 Pfd. 5 Pfd.

33 Pf. 1,50 Mk.

Jandorf-Kaffee: $\frac{1}{2}$ Pfd. 38 Pf., 40 Pf., 50 Pf., 60 Pf., 70 Pf., 80 Pf.

— fein geröstet —

Rechtschutz-Bureau Anker
führt alles durch
Invalidenstrasse 126 II,
bisher als Steiner Bahnhof.

Fahrrad-Händler
teile von Welt., gep. Mäder sehr vorz.
Oranienstr. 47, Bahnhofsstr. an gros

Fahrgeld vergütet!

Jacques Raphaëli Inh. Th. Büsing,

Berlin C., An der Spandauer Brücke 2.
Herren- u. Knaben-Garderobe.



Herren-Anzüge, ein-
reihig in hochmodern.
Façons, tadelloser
Sitz, peinlich saub.
Ausführung.

Mk. 10, 14, 18, 24, 32 etc.

Herren-Beinkleider,
in grösster Auswahl
Mk. 2,80, 3,80, 4,80, 5,80,
7,50, 9,50 etc.

Herren-Frühjahrs- und
Sommer-Paletots,
nur beste Qualität,
saub. Verarbeitung.

Mk. 10, 14, 18, 24, 28 etc.

Herren-Haveloks
in den modernsten Farben,
Mk. 10, 13,50, 16,50 etc.

Herren-Regenröcke
absolut wasserdicht,
Mk. 21, 24, 27 etc.

Herren-
Sommer-Jacketts
in Lüste u. leicht Zwirn-
Mk. 1, 1,40, 2,25, 2,80,
3,50, 5,- etc.

Radfahr-Anzüge.

Joppen-Anzug
aus halb. grünlichen
Loden
Mk. 7,50, 9,50, 12,50.

Fallen-Joppen-Anzug
die Hose doppeltes
Gesäss
Mk. 12,50, 14,50, 16,50, 20 etc.

Herren-Sommer-Lodenjoppen
in geschmackvollen Sport-
farben, mit u. ohne Falten,
M. 2,80, 3,50, 4,50, 6,-, 7,50 etc.

Knaben- und Burschen-Anzüge
Mk. 2,80, 3,50, 4,50, 5,50, 7,50, 8,50 etc.

Denkbar grösstes Lager in
Cigarren, Cigaretten und Spirituosen.

Bei Einkauf von Mk. 3 an Reiseflasche mit Liqueur gratis.
Man verlange gratis und franco mein Preisbuch.



SCHÜTZ-MARK
Für Fabriken,
Werstätten, Kontinen etc.
Lieferer ist: [18282]
40, 2 Pf. Export-Bier für 3 W.,
ohne Wasserzutat.
40 1/2 Flaschen helles Bayerisch Bier für 3 W.,
von welcher Brauerei gemischt wird.
Abrechnung kann wöchentlich erfolgen.
Eis umloft. Berücksichtbarer Eislosten zu 60
bis 120 Pf. leihweise. 20 verschiedene Sorten
Biere. Lieferung jed. Tag frisch zur Frühlingszeit.

A. Seidler,
Berliner Export-Bier-Brauerei.
Schöneberg-Berlin W., Sedanstrasse No. 82.



Wie oft an uns gestellt wird.
Wieso annoncieren Sie noch bei
dem bedeutenden Umfange
und der gewichtigen Auswahl
Ihres Geschäftes?
Wir kann Jemand
wissen, dass wir etwas
Gutes zu verkaufen
haben, wenn wir es
Ihm nicht sagen!

Herren-Romont. Repetir-Uhr,
14 Kar. Gold m. 1/2 und 1/3 Schling.
Sprungschel von 100 Mk an.
Specialität in Opal- und
Türkis-Schmuck.
Höchste Leistung!!
Ringe, echtem Brillanten,
14 Kar. mass Goldfassung Mk. 10,-,
in Ohrringe von Mk. 30 an.
Gold. Broches v. Mk. 2 an.
Trauringe, 2 Dok. 24 Mk.
Bruchgold und Silber
werden zu Courspreisen gekauft
und in Zahlung genommen.
Vorand nurgez. vorher. Kundend.
des Bestrages oder Nachnahme.
Auf Wunsch für Berlin Auswahl
frei ins Haus.
Lagerbuch höchst lobensw. kein Kaufzwang. Jedes Stück wird berechnungsg.
gezeigt. Überzeugen Sie sich daher, bevor Sie Ihren Einkauf bezogen, von der
Reinheit und Billigkeit, denn wir suchen nicht durch scheinbar billige Preise zu blenden,
da in den meisten Fällen der Preis ohne Prüfung des Fabrikates keinen Massstab
für den Wert desselben abgeben kann. Unser Fabrikatempel ist B. & C. mit Kopf.

Frage,
Antwort.
Besichtigen Sie daher, wenn Sie
gut und billig
Goldwaren und Uhren
kaufen wollen, unsere permanente
Muster-Ausstellung
mit Original-Preisnotierung
(in jedes Stück deutlich sichtbar in
Zahlen ausgeschrieben) vor dem Hause
Königstr. 22-24.
Goldwaren-Industrie
Belmonte & Co.
elektrischer Kraftbetrieb.
Grosshandel, Export, Versand sämtl.
Artikel d. Gold-, Silber- u. Uhrenbr.
Einkauf nur Hof part.
Kein Risiko, da Umtausch
gestattet.

Butter

täglich frisch ankomend,
offeriere meiner werthen Kundsch. in nachstehenden Marken:
Koppen, Gde. Gr. Frankfurterstraße.
Weidenweg 100.
Krautstraße 48.
Langenstraße 27.
Oranienstraße 129.
Buckowerstraße 14.
Wemelerstraße 52.
Nigardstraße 1.
Wandstraße 47.
Andreas-Markthalle Str. 115-118.
Reihe E 15-18.
Frankfurter Allee 131.
Gute Tischbutter Pfund Mk. 1,00
Ganz besonders zu empfehlende Pfund Mk. 1,10 u. 1,20
Sehr gute Kochbutter Pfund Mk. 0,90
Eier, täglich frisch eintreffend Dutzend 50-65 Pf.
Käse, nur bessere Qualitäten. [18222]
J. Maeding, Comptoir und **Krautstr. 48.**
Eingros. Lager:
Teilzahlung monatlich 10 Pf.
Lieferer elegante
Horrangarderobe
u. Maß, Temporwald, Schneiderstr.
Reinhardtstr. 16, II, an der Lindenstr.
(Wuch dort Gasse billige Preise.)
Dr. Pinkus,
Specialarzt für Lungenkrankheiten
und Tuberkulose im allgemeinen.
Friedrichstr. 211, II. Sprechstund.
9-11, 4-5, für Unbemittelte 8-9.

Das beste
und im Gebrauch-
billigste
und
bequemste
Waschmittel der Welt
ist Dr. Thompson's Seifenpulver

Brauerei Germania Act.-Ges.
Berlin O., Frankfurter Allee 53. Telefon Amt VII No. 2645,
empfiehlt zum
Selbstabziehen
Weiss-, Braun-, Weizenbier
à Liter 10 Pfennig.
Malzbier, ein besonders malzreiches Bier, allen Stärkungs-
bedürftigen empfohlen, à Liter 15 Pfennig.
Zu haben in über 60 eigenen Geschäften in allen
Stadtteilen oder durch unsere Gespanne
von 50 Pfennig ab frei Haus!

Kein Laden!
Empfehle mein reichhaltiges
Lager in
Silb- und Seidenhüten,
Schirmen
in den neuesten Façons und
in den billigsten Preisen.
Richard Klose, Auflamerstr. 41,
welches Haus von der Baumstrasse. Eingang vom Hausflur.
Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.

J. Brünn,
(Bahnhof Börse) Hattescher Markt 4
Nach brendeter Inventur gelangen größere Lagerbestände
meiner
Teppiche! Gardinen!
Steppdecken! Portieren!
Fertige Wäsche!
zu sehr billigen Preisen zum
14112*